Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. *(DSS)*

Ulrich Knappe

Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR

DSS-Arbeitspapiere

Heft 104 - 2011

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V *(DSS)*

Ulrich Knappe

Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR

Dresden 2011

Herausgeber: **D**resdener **S**tudiengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V. *(DSS)*

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler
Rottwerndorfer Straße 3 #1006 01257 Dresden E-Mail: Scheler@DSSicherheitspolitik.de

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. informiert
über Vorhaben und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.
Sie finden uns unter http://www.sicherheitspolitik-DSS.de.

Redaktion: Wolfgang Scheler
Druckvorbereitung: Joachim Klopfer

Vertrieb: Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Tel.: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 30. Juli 2011 Kostenbeitrag: 5,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ ISSN 1436-6010

Inhaltsverzeichnis

Seite

Ulrich Knappe: **Vorwort** **5**

Titelblatt der Dissertation

Ulrich Knappe

Die Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR. **9**

Philosophiehistorische Studie über den Zeitraum Mitte der 50er bis Ende der 80er Jahre (Dissertationsschrift, 1990)

1. Das Wesen des Krieges in den Arbeiten marxistischer Philosophen am Ende der 50er Jahre 9
2. Leistungen und Grenzen bei der Wesensbestimmung des Krieges – Die marxistische Philosophie der DDR Ende der 60er bis Anfang der 80 Jahre 37
3. Altes und neues Denken im Widerstreit – Einige Aspekte der philosophischen Diskussion um das Wesen des allesvernichtenden Krieges in den 80er Jahren 60

Urkunde: Verleihung des wissenschaftlichen Grades

Horst Großmann, Ulrich Knappe, Wolfgang Scheler, Ernst Woit

Unhaltbares und Bewahrenswertes am marxistischen philosophischen Denken über Krieg und Frieden in der DDR **85**

Eine wissenschaftliche Diskussion
(Autorisierte Niederschrift: Ulrich Knappe)

Der Autor

Ulrich Knappe, Jg. 1954; Dr. phil., Major a. D.; DSS-Mitglied 1991 und seit 2010

1973-1990 Angehöriger der Nationalen Volksarmee der DDR
1976 Offizier; 1976-1981 Dienst in einer Raketenbrigade; 1981-1984 Studium an der Militärakademie „Friedrich Engels“ Dresden, Abschluss: Diplom-Gesellschaftswissenschaftler; 1984-1986 Stabsfunktion in einer Raketenbrigade; 1986-1990 Lehrtätigkeit und Aspirantur an der Militärakademie „Friedrich Engels“;
1990 Promotion zum Dr. phil.;

seit 1990 Vertrieb von Finanzdienstleistungen.

Vorwort

Im Dezember 1990 verteidigte ich an der Militärakademie Dresden, wenige Tage vor ihrer endgültigen Auflösung, eine Dissertation, die sich der Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken in der DDR zuwandte. Rechtlich erklärt sich diese Merkwürdigkeit daraus, dass weder Pfarrer Eppelmann als Minister für Abrüstung und Verteidigung der Regierung de Maiziere, noch der Einigungsvertrag die Militärakademie aufgelöst hatte und diese folglich noch bis zu ihrer Auflösung zum 31.12.1990 das Promotionsrecht besaß.
Als Philosophielehrer an der Militärakademie abgewickelt und aus dem Dienst entlassen, hängte ich notgedrungen 1991 die Philosophie an den Nagel. Die Dissertation geriet in Vergessenheit.

Seitdem hat das Thema für mich 21 Jahre geruht, und es ist ein notwendiger Abstand gewachsen. Warum kehre ich jetzt in die Diskussion zurück?
Einfach gesagt finde ich, es ist an der Zeit.
Konkrete Anlässe bestanden zum einen darin, dass mich mein Mentor, Wolfgang Scheler, Anfang dieses Jahres ermunterte, die Arbeit wieder an- und aufzunehmen. Zum anderen hat mich das jüngst von Christa Wolf veröffentlichte Buch „Stadt der Engel …“[1] tief berührt, und ich leitete daraus einen persönlichen Anspruch für mich ab.

So lag es nahe, den Versuch zu wagen, aus diesem vergessenen Material etwas mehr zu machen. Der erste Schritt liegt in Gestalt dieses Heftes vor.

Doch noch einmal zurück in die Jahre 1989/1990:

Ein Anspruch, den ich in meiner Dissertation zu verwirklichen suchte, bestand darin, philosophische Auffassungen in ihrer Entwicklung zu erfassen. Philosophische Auffassungen reflektieren, sofern sie nicht in den Glauben absinken, Bewegungen der wirklichen Gegenstände und sehen sich in der Versuchung, Einfluss auf sie zu nehmen, in sie einzugehen.
Wenn ich in meiner Dissertation, die nachfolgend unverändert[2] abgedruckt ist, von „heute“ spreche, so sind damit die wenigen Monate des gedanklichen Entstehens dieser Arbeit, von Dezember 1989 bis August 1990, gemeint.

Es ging mir nicht darum, mich möglichst schnell und geräuschlos durch den Gegenstand zu winden. Mir ging es auch nicht darum, mein Mäntel-

1 C. Wolf, Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud, Suhrkamp Verlag Berlin, 2010.
2 Unveränderter Nachdruck des Hauptteiles; hier nicht einbezogen: detailliertes Inhaltsverzeichnis, ausführliches Literaturverzeichnis und Erklärungen.

chen in den Wind zu hängen und, dem Zeitgeist folgend, das marxistische philosophische Denken zu desavouieren. Ich versuchte, in revolutionären Zeiten, vorurteilsfrei, eine Entwicklung am Gegenstand, so sie sich vollzogen haben sollte, aufzuspüren, sie sachlich und kritisch zu bewerten und damit zwei weiter reichende Fragen aufzuwerfen. Sie lauteten: Was war marxistisches philosophisches Denken? Gibt es Bewahrenswertes an ihm?

Diese Fragestellungen machen das Lesen 21 Jahre später, nachdem die Themen wieder virulent geworden sind, interessant. Eine Stärke, die gleichzeitig auch eine Schwäche ist, kommt in der „Intuitivität“ dieser Arbeit zum Ausdruck. Ich trug meinen Standpunkt vor, auch wenn noch kein wissenschaftlicher Diskurs stattgefunden hatte, der natürlich notwendig ist, um Erkenntnisse abzusichern.

Wir sahen uns veranlasst, diese Schrift auch deshalb unverändert abzudrucken, weil sie selbst in ihrer zeitlichen Bedingtheit, in ihrem Weitergehen und in ihren Grenzen, als Teil der Entwicklung des marxistischen philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden gesehen werden kann. Zwei Grenzen möchte ich benennen und die Weiterentwicklung meines Standpunktes andeuten.

Erstens: Meine damaligen Auffassungen über das Wesen des Krieges

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges trat die Menschheit in das Atomzeitalter ein. Der Begriff „Atomzeitalter“ war vor allem militärisch besetzt, und mit seinem Gebrauch versuchte man, im Wissen um Hiroshima und Nagasaki auf fundamentale Veränderungen in der Kriegführung hinzuweisen. Sinnbildlich stand für das Neue und Ungeheuerliche, das er ausdrückte, der Atompilz als Metapher.

Lange Zeit dachte ich, dass jenes im Entstehen begriffene Neue in der Konsequenz nur außerhalb des Kriegsbegriffes geistig zu erfassen sei. Die Allesvernichtung, die Apokalypse, stand für mich gedanklich außerhalb der Kriegsdefinition. Das war für mich „Nicht-Krieg“. Hinzu kam, dass für mich all jene, die permanent und wider die Faktenlage am Clausewitzschen Denken, bezogen auf einen nuklearen Weltkrieg, festhielten, die an einen Sieg glaubten, die die katastrophalen Folgen abstritten und die einen solchen Krieg als gerecht ansahen, „Ewiggestrige“ waren, die das Neue nicht erkennen konnten, wollten oder sollten. Aus diesem Grund gehe ich im dritten Kapitel der nachfolgend abgedruckten Arbeit in vielen Formulierungen des „allesvernichtenden Krieges“ von etwas Neuem, nicht unter dem Begriff „Krieg“ zu Fassendem, vom „Unkrieg“ aus.

Das Problematische an dieser Sicht ist wie folgt zu umreißen.

a) Fasst man den alles vernichtenden „Krieg“ als neue Wesenheit auf, so gibt es Krieg nur im klassischen, im Clausewitzschen Sinne. Man spürt schon, wie schwierig es wird, Krieg nicht gleich Krieg zu definieren.
b) Der alles vernichtende Krieg hat ein zwiespältiges Gesicht. Er wächst aus der Politik in den Zustand der Beendigung von Politik und allen Lebens hinüber. Genetisch ist es noch Krieg, funktional ist es kein Krieg mehr.
c) Das Entstehen des Krieges, seine Genese hängt von Menschen, ihren Entscheidungen und ihrem Denken ab. Wie will man sie gedanklich mitnehmen auf die Reise, sich von überkommenen Vorstellungen zu lösen, wenn man das Neue, das aus Altem hervorgeht, nicht benennen und nicht definieren kann? Die Schwierigkeiten, die gerade Marxisten-Leninisten mit dem Begreifen des Neuen am alles vernichtenden Krieg hatten, bestanden ja gerade darin, dass ihre Vorstellungen über Krieg ebenso wie die der Allgemeinheit von jener historischen Form des Krieges bestimmt waren, die Clausewitz theoretisch gültig auf den Begriff gebracht hatte.

Die erste Gedankenschwierigkeit bestand für mich also darin zu begreifen, dass die Clausewitz-Definition nur eine Form des Krieges umreißt, den klassischen Krieg. Die zweite Gedankenschwierigkeit bestand für mich darin, jede andere Form von Krieg als qualitative Unterscheidung zu dieser Form zu begreifen und ihr ein eigenes Wesen zuzuordnen. Das ist eine Auffassung vom Krieg, die Entwicklung und Bewegung dieser Erscheinung zu denken versucht. Carl von Clausewitz hätte, als Hegelschüler, unter uns heute sicherlich nichts dagegen einzuwenden gehabt, den Krieg als gesellschaftliche Erscheinung auch in seinem Werden und Vergehen und nicht nur in der Hochphase seiner Existenz erfassen zu wollen.

Noch einmal zusammengefasst: Die neue Qualität des alles vernichtenden Krieges lässt sich am besten begreifen und erklären, wenn man diese Form des Krieges unter den Begriff des Krieges subsumiert und es wie das Besondere in das Verhältnis zum Allgemeinen setzt. Der alles vernichtende Krieg ist dann selbstverständlich etwas Neues, aber nichts, was als solches freihändig, sondern im Unterschied zu den anderen Formen des Krieges entwickelt wird. Die Methode dafür ist die Darstellung des Wesenswandels des Krieges.[3]

3 Diesen Standpunkt habe ich im Ergebnis eines Gedankenaustausches mit Wolfgang Scheler (Mai 2011) gewonnen.

Zweitens: Totalitarismus und DDR

Ich war 1989 tief erschrocken, eine von mir bis dahin vehement abgelehnte Theorie faktisch, in ihrem Wahrheitsgehalt, als richtig anerkennen zu müssen. So werfe ich in der nachfolgend abgedruckten Dissertation die Frage auf, wie marxistisches philosophisches Denken in der DDR unter totalitären Verhältnissen zu charakterisieren ist. Ich möchte aber den Eindruck vermeiden, gedankenlos einer Gleichsetzung von „kommunistischer“ DDR und deutschem Faschismus folgen zu wollen, einer Gleichsetzung, die in den vergangenen 21 Jahren leider häufig gängiges Schema war.

In einem später zu veröffentlichenden Beitrag, der das Thema „Sozialismus und Frieden“ aufnimmt, werde ich versuchen, dazu einen differenzierteren Standpunkt zu erarbeiten.

Abschließend bleiben mir nur noch zwei Dinge. Erstens möchte ich allen, die am Entstehen und Erscheinen dieser Publikation beteiligt waren, herzlich danken. Zweitens wünsche ich mir viel Resonanz, jede Menge Widerspruch, Kritik und Anregung.

Ulrich Knappe

Die Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR (Eine philosophiehistorische Studie über den Zeitraum Mitte der 50er bis Ende der 80er Jahre)

DISSERTATION (A)

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt von Diplomgesellschaftswissenschaftler Ulrich Knappe
geboren am 22. September 1954 in Schneeberg

Gutachter:

Prof. Dr. sc. phil. Sieglinde Heppener
Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Scheler
Prof. Dr. sc. pol. Dr. phil. Ernst Woit

Dresden, den 22. September 1990

Ulrich K n a p p e

Die Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR

(Eine philosophiehistorische Studie über den Zeitraum Mitte der 50er bis Ende der 80er Jahre)

1. Das Wesen des Krieges in den Arbeiten marxistischer Philosophen am Ende der 50er Jahre

1.1. Die geistige Situation und Problemstellungen der philosophischen Diskussion

In der Mitte der 50er Jahre wurden die Themen Krieg und Frieden zu einem wichtigen Gegenstand philosophischer Reflexionen in der DDR. Das Interesse marxistischer Philosophen entsprang aus einem praktischen Bedürfnis, das sich für sie zu einer moralischen und intellektuellen Herausforderung erhob, durch das Ausarbeiten materialistisch philosophischer Positionen zur Verhinderung eines drohenden dritten Weltkrieges beizutragen.

Das Ende des Zweiten lag noch kein Jahrzehnt zurück, seine blutigen Spuren waren noch nicht getilgt, da erhob sich über den Häusern friedlicher Städte und Dörfer das furchtbare Gespenst eines neuen, hundertmal verheerenderen Krieges.[1] So hieß es im Friedensmanifest der Kommunistischen und Arbeiterparteien aus dem Jahre 1957.

Die Frage, ob man etwa nicht imstande sei, den Krieg zu verhüten und die Selbstvernichtung zu verhindern[2], bewegte Millionen Menschen, führte sie über Trennendes hinweg in einer Antiatomkriegs- und Teststoppbewegung zusammen. Vor dem Hintergrund des Stockholmer Appells, den im Jahre 1950 fünfhundert Millionen Menschen unterschrieben[3], formulierte G. Klaus seinen Standpunkt zur bürgerlichen pazifistischen Bewegung: „Von nun an müssen wir in zunehmendem Maße ... zwei wesentliche

1 Friedensmanifest der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1957. In: Die multilateralen Beratungen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Teil II, Dokumente 1957 bis 1976 (1), S.7.
2 Ebenda, S. 8.
3 Siehe I. Ehrenburg, Dem Frieden, Berlin 1952, S. 220 ff.

Richtungen in den bürgerlichen Friedensbestrebungen unterscheiden. Das sind zunächst die |4/5|* bürgerlichen Friedensgedanken, die von … humanitären, utopischen, religiösen Gesichtspunkten ausgehen“[4] … Obwohl G. Klaus diesen bürgerlichen pazifistischen Ideen wenig gesellschaftliche Wirksamkeit zubilligte, bezeichnete er jedoch die sie repräsentierenden Kräfte als „wertvolle Bundesgenossen“[5] im Kampf gegen den Krieg. Dieses, in der Weltfriedensbewegung der 50er Jahre angelegte, integrative, auf Konsens und Bündnisse ausgerichtet Moment fand auch seinen Niederschlag in den Dokumenten der Beratungen der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960.[6]
Die geistige Situation in jener Zeit war also dadurch gekennzeichnet, eine noch nie dagewesene Gefährdung der Menschheit wahrzunehmen und ihr durch gemeinsame Anstrengungen unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Klassenkräfte zu begegnen.

Doch wäre es sicherlich unzutreffend, dieses integrative, allgemeinmenschlichen Interessen entsprechende Moment zum dominierenden zu erheben und seinen Einfluß auf das Denken marxistischer Philosophen in der DDR überzubetonen.

Das dominierende Moment der geistigen Situation bestand vielmehr in den Wirkungen des Kalten Krieges. Bezogen auf Krieg und Frieden spielte in diesem Zusammenhang der theoretisch und praktisch vertretene Ausgangspunkt eine besondere Rolle, in der „Überwindung der anderen Seite“, der Liquidierung des Kapitalismus, das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Krieg zu erkennen. Gerade diese Position stand der Suche nach Bündnispartnern aus anderen Klassen, Schichten und sozialen Gruppen und ihrer Einbeziehung in die Friedensbewegung entgegen. Genauer gesagt, machten sich die Kommunisten durch Überbetonung dieser Position selbst bündnisunfähig. Dem integrativen Moment wirkte also ein anderes, auf Sonderinteressen von „Lagern“, |5/6| „Systemen“ und „Klassen“ ausgerichtetes Moment entgegen. Mit dem Erfassen dieser beiden konstitutiven Momente ist die geistige Situation aber noch nicht hinreichend erfaßt. Sie wurde auch durch die Hoffnung geprägt, die mit dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) erwachsene Chance der Gestaltung eines demokratischen

---

* Hier und im weiteren: Diese Angaben |xx/yy| bezeichnen die Seitenübergänge im Original der Dissertation.

4 G. Klaus, Zur Geschichte der vormarxistischen Friedensbewegungen. In: „URANIA“, Leipzig/Jena. 1951, Heft 9, S. 327.

5 Ebenda.

6 Friedensmanifest der Kommunistischen und Arbeiterparteien, a.a.O., S. 10 bzw. Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S. 34.

und menschlichen Sozialismus auszunutzen. Was sich für die gesellschaftliche Praxis in der DDR für unmöglich erwies, für die gesellschaftstheoretische Arbeit wirkten sich damit entstandene „Freiräume“ bis in die 60er Jahre aus.
Ein letzter Gesichtspunkt zur Charakteristik der geistigen Situation soll Erwähnung finden.
Alle relevanten gesellschaftstheoretischen Fragen, begonnen von der „Systemauseinandersetzung“ bis hin zu Krieg und Frieden, erhielten in der DDR eine spezielle deutsche Ausrichtung. Die Konfrontation der „zwei Lager“ fand so immer auch eine besondere Ausdrucksform in der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. In diesem Sinne sprach man sich gegenseitig die Friedensfähigkeit ab, was auch auf theoretischem Gebiet unmittelbar in die Schützengräben des Kalten Krieges führte. Obwohl das philosophische Denken in diesem Zusammenhang nicht den „Hauptkriegsschauplatz“ darstellte, blieb es dennoch von diesen Auseinandersetzungen nicht völlig verschont.
Die marxistischen Philosophen in der DDR, die das Thema Krieg und Frieden aufgegriffen hatten, wie z. B. H. Scheler, M. Klein, G. Klaus, R. und E. Bauer, W. Mussler u. a., standen nicht über der in groben Umrissen skizzierten geistigen Situation, sondern in ihr.

So ergibt sich, mit dem Abstand von heute, manch kritische Bewertung ihres philosophischen Schaffens. Gerade deshalb sei ihr, bis in die Gegenwart gültig gebliebener persönlicher Standpunkt, das Motiv für die Beschäftigung mit dem Thema Krieg und Frieden nochmals hervorgehoben. Ihr Anliegen bestand darin, durch eine materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Phänomens Krieg in den Entstehungsmechanismus eines Neuen einzugreifen und zu seiner Verhinderung beizutragen. Unter dem Anspruch, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen[7], wandten sich H. Scheler, G. Klaus u. a. der |6/7| Ausarbeitung des Wesens des Krieges zu. Anknüpfend an Lenin bestimmte Scheler es wie folgt: „Kriege sind die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln. Lenin schrieb, daß die These des deutschen Theoretikers der Kriegskunst Clausewitz, daß ‚der Krieg einfach eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ ist, auch stets der Standpunkt von Marx und Engels gewesen sei, ‚die *jeden* Krieg als eine *Fortsetzung* der Politik der betreffenden interessierten Mächte – und der *verschiedenen Klassen* in diesen Mächten – in dem betreffenden Zeitabschnitt – auffaßten‘“.[8] Scheler und Klaus ordneten die Wesensbestimmung des

7 Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S. 39 f.
8 H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, Berlin

Krieges in folgenden Zusammenhang ein: Der historische Materialismus sieht Kriege nicht als ewige Erscheinungen an. Sie sind an das Entstehen und Vergehen der antagonistischen Klassengesellschaft gebunden.
Kriege haben ihre letzte Ursache im Privateigentum an Produktionsmitteln und der damit verbundenen Politik der jeweiligen Klasse der Privateigentümer.[9]

Von hier ausgehend lenkte Scheler die Aufmerksamkeit erstens darauf, daß die Kriege in bestimmten ökonomischen Verhältnissen wurzeln und folglich daraus die Klassennatur der Kriege erkannt werden muß.[10]

Damit knüpfte er an Leninsche Auffassungen aus den Jahren 1916/17 an. Die von Lenin praktizierten Methoden der ökonomischen Analyse des Imperialismus und die daraus abgeleiteten Tendenzen einer zum Krieg treibenden Politik wurden von Scheler gegenwartsbezogen angewandt. So kennzeichnete er einerseits einen möglichen Krieg als imperialistischen Krieg. Andererseits entwickelte er den Gedanken, daß aus dem Charakter der Politik eines sozialistischen Weltlagers imperialistische Kriege zu verhindern, also der Frieden dauerhaft zu sichern sei. Darin wurde das Neue |7/8| gegenüber den Leninschen Auffassungen von der Unvermeidlichkeit des Krieges in der Epoche des Imperialismus gesehen. „Mit dem Erstarken des sozialistischen Weltlagers wächst die reale Möglichkeit, Kriege zu verhindern. Der Krieg ist keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit.“[11]

Diese Feststellung, die erstmals auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) getroffen wurde,[12] stellte im anbrechenden Atomzeitalter eine Errungenschaft dar. Obwohl sie nicht der Existenz der Kernwaffen geschuldet war, orientierte sie doch, von der politischen Ebene aus, das marxistische philosophische Denken auf die einzig vernünftige Alternative, die Verhinderung eines Atomkrieges. Doch genau genommen verfiel man damit aus einem mechanischen Kriegs- in ein ebensolches Friedensverständnis. Hinter dieser Feststellung verbarg sich die Auffassung, daß, solange es nur die ungeteilte Herrschaft imperialistischer Staaten auf der Welt gegeben hatte, Kriege prinzipiell unvermeidbar gewesen waren. Aus dem ökonomischen Wesen der Ausbeutergesellschaften, besonders des Kapitalismus, drängte der Krieg ungehindert, eben schicksalhaft hervor. Damit war der

---

1957, S. 19.

9 Ebenda, S. 8 und 11 bzw. G. Klaus, Zur Geschichte der vormarxistischen Friedensbewegung. In: „URANIA“ Leipzig und Jena, Heft 9/1951, S. 321.

10 Ebenda, S. 18.

11 Ebenda, S. 234.

12 Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag. In: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Band XII, S. 123 f.

Frieden, als eine Überwindung der schicksalhaften Unvermeidlichkeit des Krieges prinzipiell erst mit der Beseitigung dieser, den Krieg ungebrochen repräsentierenden Gesellschaftsordnung möglich. Auf diesem mechanisch-materialistischen Standpunkt stehend, mußte man alle Auffassungen zurückweisen, die die Kriegsverhinderung auch schon vor dem Jahr 1917 für möglich hielten. Das geschah z. B., indem G. Klaus, einer Auseinandersetzung in der „Presse der Sowjetunion" folgend, die Ansichten des jugoslawischen „Revisionisten" Kardelj zurückwies, der behauptete: „Abstrakt gesagt war die Unvermeidbarkeit des Krieges niemals absolut und schicksalhaft. Sie hing immer vom Kräfteverhältnis ab."[13] Dieser zutreffende Gedanke Kardeljs wurde mit folgender Begründung kritisiert: „Die ‚Theorie' Kardeljs von der Vermeidbarkeit der Kriege auch *vor* der Entstehung des sozialistischen Lagers |8/9| leugnet den qualitativen Sprung, der in der Frage Krieg oder Frieden seit der großen sozialistischen Oktoberrevolution eingetreten ist."[14]

Der hier offenbar werdende Ausschließlichkeitsanspruch, der einem unmittelbaren Politikabhängigkeitsverhältnis geschuldet war, behinderte ein Verständnis, die jeder Gesellschaft innewohnenden Tendenzen zum Frieden aufzudecken und den Frieden im Atomzeitalter als ein allgemeinmenschliches alternativloses Problem zu erfassen.
Mit der Ausarbeitung des Klassencharakters der Politik und der daraus abgeleiteten Klassennatur eines Krieges war auch die Darstellung des Unterschiedes zwischen dem Clausewitzschen und dem marxistischen Verständnis des Wesens des Krieges verbunden. Indem partiell über Clausewitz hinausgegangen wurde, ging man auch teilweise über alle bürgerlichen Theoretiker hinaus, die in der Gegenwart dem Clausewitzschen Verständnis des Krieges und seines Wesens folgten. „Die These von Clausewitz deckt sich jedoch keineswegs mit der marxistischen Theorie vom Krieg. ... Clausewitz leugnet den Klassencharakter der Politik, die er von der Ökonomik trennt. ... Nach Clausewitz vertritt die Politik, und damit auch der Krieg, die Interessen der ganzen Gesellschaft, nicht die Interessen bestimmter Klassen."[15] Diese Unterscheidung wurde zu einem in der Folgezeit häufig gebrauchten Instrument der Kritik aktueller bürgerlicher Auffassungen. Selbstverständlich gab es eine Vielzahl bürgerlicher Stand-

13 G. Klaus, Krieg und Frieden. In: Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II Historischer Materialismus, 6. Heft, Berlin 1961, S. 43 f.
14 Ebenda, S. 44.
15 H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, a. a. O., S. 19. Diesen Standpunkt teilten neben G. Klaus auch H. Engelmann und R. Bauer. Vgl.: G. Klaus, Krieg und Frieden, a.a.O., S. 9 f., S. 15 f. / H. Engelmann: Vom Wesen und Mythos des Krieges, Berlin 1958. / R. Bauer: Kriegspolitik und Friedenskampf, Berlin 1963, S. 48 ff.

punkte, die das Interesse von Teilen der Bourgeoisie an tatsächlicher Kriegsvorbereitung im Dunkeln ließen. Jedoch beschränkte der ausschließliche Gebrauch dieses „Instrumentariums“ auch die Aufnahme jener bürgerlichen Auffassungen, die im anbrechenden Atomzeitalter die Gültigkeit Clausewitzscher Definition des Wesen des Krieges prinzipiell in Frage stellten. Doch dazu später. Vorerst kann man festhalten: |9/10| Ein Ergebnis der Überlegungen H. Schelers und auch G. Klaus` zum Wesen des Krieges bestand darin, den Klassencharakter eines jeden Krieges hervorzuheben und die Politik als Klassenpolitik zu bestimmen.

Ausgehend von der These, „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik“ untersuchte Scheler zweitens die Politik als Überbauerscheinung in ihren Verhältnissen zur „Ökonomik“, den Produktionsverhältnissen der Ausbeutergesellschaften, speziell des Imperialismus. Folgender Ausgangspunkt wurde durch ihn zugrunde gelegt: „Militarismus ... und imperialistische Kriege ... sind der militärische Reflex dieses Wesens. (Gemeint ist das ökonomische Wesen des Imperialismus, d. A.) Das bedeutet allerdings nicht, daß Politik, Militarismus und Kriege nur passive Reflexe der Ökonomie darstellen. Als Wirkungen der ökonomischen Basis des Imperialismus werden sie zu Ursachen (Hervorhebung d. A.) gewisser Veränderungen dieser Basis. ... Von der ökonomischen Basis hervorgebracht, bilden diese Bestandteile des ideologischen Überbaus ... und erlangen wie dieser relative Selbständigkeit gegenüber ihrer Basis. Sie vermögen daher im Prozeß der gesetzmäßigen Entwicklung des Imperialismus eine aktive Rolle zu spielen.“[16] Dieser wichtige konzeptionelle Ausgangspunkt lag den Untersuchungen Schelers größtenteils zugrunde. Er versuchte, die in den ökonomischen Verhältnissen des Imperialismus vorhandenen Widersprüche aufzudecken und von da aus verschiedene Möglichkeitsfelder imperialistischer Kriegs-, aber auch Friedenspolitik herauszuarbeiten.

Allerdings blieb letzteres die Ausnahme. Denn allein aus der Analyse des Zusammenhangs von Imperialismus und Krieg heraus konnte Scheler den Frieden dieser Gesellschaftsordnung in der Gegenwart eigentlich nur als äußere, durch die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus hervorgebrachte Wirkung erklären. Das bedeutete, an den Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Friedensfähigkeit entwickelter kapitalistischer Industrieländer vorbeizugehen und nicht die relative Selbständigkeit beider Überbauerscheinungen, Krieg und Frieden, zu erfassen. Während Scheler noch den Versuch unternahm, |10/11| diesem philosophischen Problem nachzugehen, „daß die These von der Möglich-

16 H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, a. a. O., S. 59.

keit des friedlichen Nebeneinanderbestehens des Sozialismus und es Kapitalismus nicht einen bloßen Wunsch, sondern eine objektive, in den materiellen Bedingungen der internationalen Entwicklung verankerte Möglichkeit ausdrückt,“[17] engten andere philosophische Arbeiten das Problem von vornherein auf ein „ökonomistisches“ Herangehen ein. „Clausewitz verkennt auf Grund seiner sozial-historischen Stellung die ökonomische Bedingtheit der Politik.“[18] „Ökonomisch gesehen ist der Krieg in der Periode des Imperialismus unvermeidlich.“[19]

Zum zweiten kann man also festhalten, daß das Wesen des Krieges seine Ausarbeitung in Richtung der ökonomischen Begründung einer zum Krieg treibenden imperialistischen Politik erfuhr. In diesem Zusammenhang wurde ein gewisser „Ökonomismus“ deutlich. Die bisherige Darstellung marxistischer Auffassungen zum Wesen des Krieges weist Züge eines Reduktionismus innerhalb des Marxismus auf. Da Interessenvielfalt selten wahrgenommen und Interessen damit auf Klasseninteressen reduziert, aber auch indem Ursachen für Krieg und Frieden ausschließlich in den Produktionsverhältnissen, nicht aber im Zusammenhang zur Produktivkraftentwicklung gesehen wurden, lag aus diesem Reduktionismus heraus die Gefahr nahe, an tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen vorüberzugehen.

Soweit zu einer ersten Analyse. Doch gibt sie den Blick frei auf die ganze komplizierte philosophische Problemstellung? Verharrt man mit einer solchen Analyse nicht in den Voraussetzungen, die damals angenommen wurden? Stand die marxistische Philosophie Ende der 50er Jahre nicht vor einer großen Herausforderung, der sie sich noch gar nicht bewußt sein konnte? War nicht eine Situation entstanden, da die den Clausewitzschen Sätzen zugrunde liegenden Voraussetzungen mehr und mehr erschüttert wurden? |11/12|

Wie kann man diesem Erkenntnisprozeß, der auch die Entwicklung der marxistischen Philosophie erfaßte, auf die Spur kommen?

Um das zu tun, soll in einem ersten Schritt die bisherige Untersuchungsebene verlassen und nach dem Verhältnis von Philosophie und Politik gefragt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Philosophie und die Politik, was die Stellung zu einem möglichen Krieg betraf, nicht im Widerspruch zueinander standen. Vielmehr repräsentierten beide ein und denselben Wider-

17 Ebenda, S. 270.
18 H. Engelmann, Vom Wesen und Mythos des Krieges, Berlin 1958, S. 42.
19 Ebenda, S. 46.

spruch. Sowohl in der Philosophie als auch in der Politik wurde davon ausgegangen, daß Kriege vermeidbar sind und mit unterschiedlichen Mitteln, politischen, militärischen, theoretischen u. a., zur Kriegsverhinderung beigetragen werden muß. Diese Position war dominant.

Aber weder Philosophen noch Politiker sahen einen hinreichenden Grund dafür, diese Gedanken bzw. praktischen politischen Handlungen nicht mit jenen Aktivitäten zu verbinden, die auf einen Sieg in einem vom Imperialismus aufgezwungenen nuklearen Weltkrieg zielten.[20] So repräsentierten Philosophie und Politik gemeinsam den allmählich immer deutlicher hervortretenden Widerspruch[21] zwischen der unbedingten Notwendigkeit der Kriegsverhinderung im nuklearen Zeitalter und der Annahme der Gewinnbarkeit eines solchen Krieges.[22] |12/13|

Hier ist also ein Widerspruch auf den Begriff gebracht. Aber was ist das für ein Widerspruch, der Philosophie und Politik gleichermaßen durchzieht? Ist hier nicht das Problem aufgeworfen, nach dem tieferliegenden Grund zu suchen? Ist nicht jener jetzt dargestellte Widerspruch nur ein erscheinender Widerspruch, wo liegt der wesentliche Widerspruch, und über welchen Weg kann man ihn entdecken?
Eine Möglichkeit dafür liegt in der Einordnung der bisher herausgearbeiteten Ergebnisse der philosophischen Diskussion zum Wesen des Krieges in jenen erscheinenden Widerspruch.

Die Heraushebung des Klassencharakters der Politik und das Aufdecken der ökonomischen Ursachen von Kriegen stellte in unserem Jahrhundert eine Leistung marxistischer Philosophen dar. Dieses Grundprinzip, dem sich nicht nur Lenin, sondern auch K. Kautsky, A. Bebel u. a. sozialdemokratische Theoretiker verpflichtet gefühlt hatten, wurde in den 50er Jahren bewußt aufgegriffen. Die nun vorliegenden Arbeiten eröffneten in einer Phase wachsender Kriegsgefahr wiederum den Blick auf einige tatsächlich zum Krieg tendierende imperialistischen Kräfte. Der in diesem Zusammenhang fruchtbar gemachte konzeptionelle Ausgangspunkt der Kriegsverhinderung entsprach objektiv dem sich in Herausbildung befindenden neuen

---

20 Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S.35. / Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1961, S. 56. / H. Scheler, a.a.O., S. 89 f. / G. Klaus, a.a.O., S. 14. / M. Klein, W. Mussler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, Berlin 1961, S. 26. / H. Engelmann, a.a.O., S. 38.

21 W.I. Lenin spricht von „Identität-Unterschied-Widerspruch". In: W.I. Lenin, Werke, Bd. 38, S. 124.

22 Die Entwicklung dieses Widerspruchs in der Politik der DDR wurde vorgenommen. Vgl.: U. Knappe, Die Entwicklung politischer Konzeptionen durch die SED in der Friedensfrage, Jahresarbeit 1989, S. 8 f. / U. Knappe, Zum Verhältnis von Politik und Philosophie des Friedens, Thesen zum VII. Philosophiekongreß der DDR 1989.

Charakters eines Atomkrieges. Mit dem Atomkrieg war ein gesellschaftliches Phänomen allgemeinmenschlichen Charakters im Entstehen begriffen, das späterhin allein durch die Anwendung dieser tradierten marxistischen Grundprinzipien nicht erfaßt werden konnte. Bevor diese Problemstellung jedoch klare Umrisse erhielt, geriet marxistisches philosophisches Denken in eine Ambivalenz, die sich am Ende der 50er Jahre wie folgt ausdrückte. Genauso, wie die Ergebnisse der philosophischen Diskussion zum Wesen des Krieges die Position der Kriegsverhinderung stützten, untermauerten sie auch ihr letztliches Gegenteil, die Annahme der Gewinnbarkeit eines nuklearen Weltkrieges. „Das sozialistische Weltlager verabscheut den Krieg, es braucht ihn nicht, um die Welt vom Imperialismus zu befreien. ... Aber es wird einen Krieg, wenn er von den Imperialisten vom Zaune gebrochen werden sollte, in einen Krieg zur Befreiung der Welt vom Imperialismus und vom Krieg verwandeln.“[23] |13/14|

Eine Entwicklung marxistischer Auffassungen zu Krieg und Frieden müßte sich also, wenn sie sich vollzogen haben sollte, in einer Überwindung dieser Ambivalenz nachweisen lassen. So ergeben sich folgende Fragen. Wurde diese Ambivalenz im marxistischen philosophischen Denken überwunden und der Kriegsverhinderung, besser gesagt, dem Frieden die absolute Priorität eingeräumt? Vollzog sich diese Entwicklung, und wenn ja, auf welchem Wege?
Die Suche nach Antworten auf diese zentralen Fragen bringt uns dem wesentlichen Widerspruch näher und erfordert ein Vergegenwärtigen der Problemsituation, in der sich die marxistische Philosophie damals befand.

Der Krieg, als eine jahrtausendealte gesellschaftliche Erscheinung, begann sich allmählich zu wandeln. Dieser Prozeß blieb damals sowohl bürgerlichen als auch marxistischen Theoretikern, so auch marxistischen Philosophen in der DDR verborgen. Das zeigte sich daran, daß man zwar jene „Katholischen Moraltheologen“ heftig kritisierte, die davon ausgingen, daß die Verwendung atomarer Kampfmittel nicht notwendig der sittlichen Ordnung widerspricht und nicht in jedem Fall Sünde ist[24], die es als eine „verallgemeinernde und unkritische Sprechweise (bezeichneten), jede derartige Kampfmaßnahme heute von vornherein als `Selbstmord ganzer Völker` oder gar der `ganzen Menschheit` herauszustellen“.[25] Im Grunde genommen kritisierte man sie aber von einer „Klassenposition“ aus, was besagt, daß man ihnen das Recht auf den Einsatz solcher Waffen absprach.

---

23 H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, a.a.O., S. 280.
24 Vgl. G. Klaus, Krieg und Frieden, Berlin 1961, S. 25 f. bzw. G. Heyden, M. Klein, A. Kosing, Philosophie des Verbrechens, Berlin 1959, S. 250.
25 Ebenda.

Zur Verteidigung der „Interessen der Arbeiterklasse“ betrachtete man aber den Gebrauch von Kernwaffen durchaus als legitim. Im Falle der Verteidigung, im Falle des Krieges war das auch „nicht Sünde“. |14/15|

Auf einer völlig anderen Position, das bürgerliche und das marxistische Denken in diesem Punkt kritisierend, standen in den 50er Jahren namhafte Naturwissenschaftler. Für sie vollzog sich der Wesenswandel des Krieges unübersehbar und in historisch kurzer Frist. Am 9. Juli 1955 traten A. Einstein, B. Russell, M. Born, F. J. Curie, L. Pauling u. a. mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit: “Wir müssen lernen, auf neue Art zu denken. Anstatt zu fragen, welche Schritte unternommen werden können, damit dem Lager, dem wir den Vorzug geben möchten, der Sieg sicher ist - denn solche Schritte gibt es nicht mehr -, müssen wir uns die Frage stellen, welche Schritte unternommen werden können, damit ein militärischer Konflikt verhindert wird, dessen Folgen für alle Seiten katastrophal wären.“[26] Obwohl diese Auffassungen keine nachhaltigen Wirkungen gegenüber einem amerikanischen machtpolitischen Realismus zeigten, nahmen doch einige Philosophen und Sozialwissenschaftler, wie K. Jaspers, C. F. v. Weizsäcker, F. Sternberg, A. J. Toynbee, R. Aron, A. Schweitzer u. a., diese Position an.

Nun geschah aber folgendes. Durch das marxistische philosophische Denken wurde der Unterschied dieser beiden Positionen im bürgerlichen Denken nicht bemerkt. Ob katholische Moraltheologen den Einsatz von Kernwaffen in einem Krieg befürworteten oder ob Jaspers, Sternberg u. a. vor dem Untergang der Menschheit in einem Atomkrieg warnten, beides war relativ unerheblich, denn beides kam aus dem „bürgerlichen Lager“. Mit den Auffassungen der „Moraltheologen“ brauchte man sich nicht einmal so umfangreich auseinanderzusetzen, weil ihnen mit der Ausarbeitung der eigenen (konservativen) Klassenposition entgegengetreten werden konnte. Die andere, die neue pazifistische Position trat deshalb in das Zentrum der Auseinandersetzung. |15/16|

Aber – war es nicht auch suspekt, in einer Zeit, da erstmals in der Nachkriegsgeschichte die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages in dem durch die USA inszenierten Wettrüsten gleichzuziehen vermochten, von einer Nichtbeherrschbarkeit eines Nuklearkrieges oder dem Untergang der Menschheit in einem solchen Krieg auszugehen? Was sollte man als marxistischer Philosoph von A. Schweitzer halten, der im April

26 Das Einstein-Russel-Manifest. In: Wissenschaftliche Welt XXIII (1979) 2, S 17 ff.
Zit. nach: Naturwissenschaftler im Friedenskampf, Berlin 1987, S. 27.
In diese Zeit fällt auch die Mainauer Erklärung der Nobelpreisträger vom 15. Juli 1955 sowie die Göttinger Erklärung (Erklärung der Achtzehn) vom 13. April 1957.

1958 im norwegischen Rundfunk erklärte: „In einem Atomkrieg gibt es keinen Sieger, sondern nur Besiegte. In ihm erleidet jeder von den Bomben und Atomgeschossen seines Gegners, was die Seinen diesem antun. Es entsteht dabei eine in Gang bleibende Vernichtung, der kein Waffenstillstand und kein Friedensschluß ein Ende setzen kann. Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zu seinem Gegner sagen: `Nun sollen die Waffen entscheiden`, sondern nur: `Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen …“[27]

Wie sollte man diese Art „Pazifismus“ einschätzen, wenn mit der Entwicklung der Raketenkernwaffen sogar erstmals ein Vorsprung für die Sowjetunion erreicht war? Und jetzt, da den imperialistischen Kriegstreibern ein wichtiger Trumpf aus der Hand genommen war, nun sollten plötzlich die auf Clausewitz zurückgehenden Erkenntnisse null und nichtig sein? Galt es nicht hier, in einer Zeit, da der Kalte Krieg tobte, höchste Wachsamkeit zu üben? War es nicht im Sinne der Stärkung der Friedenskräfte erforderlich, solchen Weltuntergangsprognosen entgegenzutreten, die zumal nur hypothetisch vorgetragen wurden?

Wir sind beim eigentlichen Problem angelangt.

Die Auseinandersetzung marxistischer Philosophen mit bürgerlichen Auffassungen zum Wesen des Krieges bringt den tieferliegenden, den wesentlichen Widerspruch zum Ausdruck. Dieser Widerspruch liegt im Wesen des Gegenstandes selbst[28], er liegt im Wesen des Krieges. |16/17| Mit folgender Frage forderte er das theoretische, so auch das philosophische Denken heraus: Wenn der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, führt dann die Revolution im Militärwesen, der durch die Kernwaffen bedingte Qualitätssprung in den Mitteln der Kriegführung, zu einer solchen Veränderung des Wesens des Krieges, daß er im üblichen (klassischen) Sinne gar kein Krieg mehr, sondern etwas völlig neues ist? Diese präzise Frage konnte sich allerdings die marxistische Philosophie am Ende der 50er Jahre noch nicht vorlegen. Sie wurde sich dieser Frage erst allmählich bewußt, z. B. in folgender Form: Ist die These vom Untergang der Menschheit in einem nuklearen Weltkrieg nicht Ausdruck der Klassenlage des niedergehenden Imperialismus? Können Waffen (Kernwaffen) als besondere Form von Technik eine Veränderung politischer Verhältnisse bewirken oder erfordern? Ist damit nicht der „Grundsatz“ der marxisti-

27 A. Schweitzer, Friede oder Atomkrieg. In: A. Schweitzer, Ausgewählte Werke in fünf Bänden, Bd. 5, S. 593.

28 „Im eigentlichen Sinne ist die Dialektik die Erforschung des Widerspruchs im Wesen der Dinge selbst: Nicht nur die Erscheinungen sind vergänglich, beweglich, fließend, nur durch bedingte Grenzen getrennt, sondern die Wesenheit der Dinge selbst.“ W.I. Lenin, Werke, Bd. 38, S. 240.

schen Theorie verletzt, nach dem die ökonomische Basis, die Produktionsverhältnisse, die Politik ursächlich bestimmen? Wenn Kernwaffen das Wesen des Krieges verändern, welche Rolle spielt dann der Mensch? Sind all die von einigen bürgerlichen Theoretikern aufgeworfenen Fragen nicht gezielte Versuche der Entwaffnung der Arbeiterklasse zum Vorteil der Bourgeoisie?

Wie ging die marxistische Philosophie an die Beantwortung dieser Fragen heran? |17/18|

1.2. Der Widerspruch im Wesen des Krieges im Spiegelbild der Auseinandersetzung marxistischer Philosophen mit bürgerlichen Theoretikern

Am Ende der 50er Jahre wurden durch Natur- und Sozialwissenschaftler, auch Philosophen aus den USA und Westeuropa, nichtmarxistische Theorieansätze entworfen, die eine Entwicklung des Wesens des Krieges im Atomzeitalter erfaßten. In diesem Zusammenhang wurden völlig neue philosophische, moralische und politiktheoretische Fragen aufgeworfen, die auf die Alternativlosigkeit des Friedens zielten. Marxistische Philosophen in der DDR rezipierten diese Diskussion, griffen jedoch häufig nicht produktiv in den wissenschaftlichen Meinungsstreit ein. Da diese Problemstellungen von bürgerlichen Theoretikern aufgeworfen wurden, blieb ein differenziertes Herangehen meist in ideologisch gestützten Vorurteilen und mechanistisch gehandhabten Leitsätzen stecken. Die auf diese Art und Weise geführte Auseinandersetzung konzentrierte sich auf deutsche Theoretiker, so z. B. K. Jaspers, F. Sternberg, W. Heisenberg, u. a., und spielte damit zusätzlich eine besondere Rolle im Kalten Krieg zwischen beiden deutschen Staaten.

Im Jahre 1951 veröffentlichte Fritz Sternberg, ein damals in den USA lebender Sozialdemokrat, das Buch „Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht“. Vornehmlich aus „sozialreformistischer“ ökonomischer Sicht analysierte er die Weltgeschichte in ihren interdependenten Zügen. Sternberg war kein Antikommunist, dem real existierenden Sozialismus stand er jedoch kritisch gegenüber. Da der Zeithorizont in seinem Buch das gesamte Jahrhundert erfaßte, bewertete er auch beide Weltkriege und leitete eine Tendenz für einen möglichen dritten Weltkrieg ab. Obwohl das atomare Wettrüsten damals noch in den Kinderschuhen steckte, berücksichtigte er in seiner Trendanalyse den Eintritt der Menschheit in das „Atomzeitalter“. In einem Kapitel unter der Überschrift „Der Wandel in der Natur des Krieges“ führte er den Beweis, daß die Weltkriege „immer

totaler“ werden. Bezug nehmend auf Clausewitz kam er zu der Schlußfolgerung, daß alle bisherigen Kriege in der Menschheitsgeschichte Mittel zum Zweck, also politisches Instru- |18/19| ment waren. Die Clausewitzschen Sätze galten, solange die „Kriege keine totalen waren“. … “... in einem kommenden Krieg … kann es durchaus dahin kommen, daß es sinnlos wird, vom Krieg als Fortsetzung der Politik zu sprechen; dann kann der Zerstörungsprozeß gerade im industriellen Sektor … so groß sein, daß das Leben dieser Nationen selbst bedroht ist. … Dann ist es möglich, daß der Krieg eben herauswächst aus seiner bisherigen Funktion für die Gesellschaft“. Sternberg schloß mit dem Gedanken, daß jede verantwortungsbewußte Politik diese neue Funktion des Krieges in Rechnung zu stellen habe. Wer nach wie vor davon ausging, Krieg sei Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, gefährde die Existenz der Menschheit.[29]

Nun wurde gerade das als Angriff auf die marxistische Theorie des Krieges gewertet. „Professor Fritz Sternberg zum Beispiel, leugnet den Klassencharakter der imperialistischen Kriege, indem er gegen Clausewitz polemisiert, der die These aufgestellt hat, daß ‚der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ ist. ‚Jede Politik‘, schreibt er, ‚die in unserer Epoche der Weltmächte und der Atombomben im Krieg nur die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sieht, ist veraltet‘. … Natürlich geht es Sternberg in seiner Polemik gegen Clausewitz … um den Marxismus-Leninismus, der die richtige These von Clausewitz aufgegriffen, wissenschaftlich begründet und zur Lehre von der Klassennatur der Kriege weiterentwickelt hat.“[30] Neben anderen gab es noch einen weiteren wichtigen Punkt der Auseinandersetzung mit Sternberg. Die Disfunktionalität eines künftigen Weltkrieges wurde durch ihn tendentiell schon in den beiden vorhergehenden Weltkriegen bemerkt. Der erste und auch der zweite Weltkrieg waren aber gerade jene Kriege in unserem Jahrhundert, die sowohl eindeutig aus ökonomischen Interessen heraus geführt wurden und in deren Verlauf der Zusammenhang zur sozialistischen Revolution besonders deutlich hervorgetreten war. Deshalb wurde Sternbergs theoretisches Vorgehen, das davon ausging, daß schon die Weltkriege in unserem Jahrhundert politisch kaum zu beherrschen waren, wie folgt kritisiert: „Seitdem die Kriege die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie dieses oder jenes |19/20| Staates `nicht nur erschütterten`, sondern `bis ins Mark trafen`, (Sternberg, a. a. O., S. 383 f., d. A.) d. h. zum Sturz dieser Herrschaft und zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse führten,

29 F. Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg 1951, S. 383 f.

30 H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, Berlin 1957, S. 86 f.

sollen also die von den Imperialisten angezettelten Kriege nicht mehr die Fortsetzung der Politik sein: Und all das deswegen, weil diese Herrschaften zuweilen die Geister, die sie riefen, nicht mehr bannen können und ihre militärischen Abenteuer mit ihrer Klassenexistenz bezahlen müssen.“[31]

Was aus dieser Sicht durch die marxistische Philosophie für den ersten und zweiten Weltkrieg festgestellt wurde, erhielt auch seinen Bezug auf einen möglichen dritten Weltkrieg. „Gewiß birgt der moderne Atomkrieg für die Klassenherrschaft seiner imperialistischen Anstifter große Gefahren. … Was sie beunruhigt, ist der Umstand, daß die Schrecken des Atomkrieges ihr eigenes Hinterland, die Volksmassen ihrer eigenen Staaten zur Erhebung gegen die imperialistische Klassenherrschaft treiben könnten.“[32] Und weiter wurde geschlußfolgert: „Gründlich aber ‚irrt‘ sich Sternberg, wenn er glaubt, daß der Untergang der imperialistischen Bourgeoisie Amerikas und der übrigen kapitalistischen Länder gleichbedeutend mit dem Untergang `der Nationen` und `der Gesellschaften` sein werde. Die Völker werden leben, und sie werden den imperialistischen Kriegen für immer den Garaus machen.“[33]

Hier erhebt sich die Frage, warum Scheler so offensichtlich die Auffassungen Sternbergs verkannte, warum es ihm nicht gelang, den rationalen Kern dieser Auffassungen aufzunehmen. Ein im Jahre 1956 in der DDR veröffentlichter Artikel von G. Lukacs erhellt dieses Problem etwas näher. Für Lukacs stand die Frage, ob sich der weltgeschichtliche Gegensatz zwischen Sozialismus und Imperialismus unvermittelt oder dialektisch durchsetzte. Dieser Frage nachgehend schätzte er ein, daß kurz nach Lenins Tod in der ganzen Welt die Front des Faschismus und Antifaschismus |20/21| entstand. Weil das aber durch die kommunistische Bewegung nicht erkannt wurde, sondern die Wahrheit von 1917 – Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Macht – ohne Kritik in eine Periode übernommen wurde, deren strategisches Problem eben nicht der unmittelbare Kampf um den Sozialismus, sondern das Kräftemessen zwischen Faschismus und Antifaschismus war, wurden solche gravierenden Fehler zugelassen. Auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bezogen schrieb Lukacs, “nach der Niederlage des Faschismus tauchte abermals ein neues Problem dieses Charakters auf. … es ist die Rede von Krieg und Frieden, von Verhinderung des Krieges, vom Problem der Koexistenz.“[34]

---

31 Ebenda, S. 88.
32 Ebenda, S. 90.
33 Ebenda.
34 G. Lukacs, Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur. In: Aufbau, Heft 9/1956, S. 6.

Dieser grundlegend andere gedankliche Ansatz hätte eventuell eine Aufnahme der Sternbergschen Intentionen eröffnet, zumal Lukacs auch davon ausging, daß durch den XX. Parteitag der KPdSU (1956) der Zusammenhang von Krieg und Revolution als historisch überholt dargestellt worden war.[35]

Am 12. April 1957 traten achtzehn Göttinger Naturwissenschaftler mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit. Mit diesem Schritt gerieten sie mitten hinein in die Diskussion der Philosophen um |21/22| das Wesen des Krieges. Wer, wenn nicht sie, konnte prädestiniert über den Charakter jener neuen Mittel der Kriegführung Auskunft geben.
Mit Entschiedenheit mischten sie sich in politische Entscheidungen ein, traten sie gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr auf. Das führte zu heftigen Reaktionen im eigenen Lager. Zu den Prominenten, die sich gegen die Göttinger Achtzehn wandten, gehörte auch Karl Jaspers. In seinem 1958 erschienenen Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ kritisierte Jaspers die Göttinger Achtzehn.[36] Besonders lehnte er ihre unkompetente Einmischung in staatliche Kompetenz, ihre Sicherheitsauffassung sowie die Ambition der Loslösung von US-amerikanischen Interessen ab.[37]

Diese Polemik Jaspers` gegen die achtzehn Göttinger Atomphysiker, die auch nicht frei von Unsachlichkeiten war, wurde nun wiederum für marxistische Philosophen zum Anlaß genommen, um Jaspers berechtigt einer Kritik zu unterziehen. Das geschah vor allem in dem Buch „Philosophie des Verbrechens“.[38] Vergleicht man jedoch heute beide Schriften, so erscheint folgendes Paradoxon. Die tragenden Gedanken Jaspers‘, die er in humanistischer Verantwortung für das Überleben der Menschheit und die Verhinderung eines Atomkrieges vortrug, die darauf zielten, die Einmaligkeit der Situation in der Menschheitsgeschichte zu verdeutlichen, blieben

35 Lukacs ging in einer Studie aus dem Jahr 1963 von folgendem Gedanken aus: “... müssen wir daran erinnern, daß jede echte Revolution, angefangen bei der … Pariser Kommune 1871 bis hin zu Kuba, bislang in Verbindung mit einem Krieg ausgebrochen ist. … So überrascht es keineswegs, daß sich viele Kommunisten (und Antikommunisten) in ihrer Einstellung auf die „organische“ Verknüpfung von Krieg und Revolution konzentrieren. Darum gehört es zu den bleibenden Verdiensten des XX. Parteitages, (der KPdSU d. A.) daß er die erforderliche Einsicht sowie den Mut bewies, diese Auffassung offen als historisch überholt zu bezeichnen.“ G. Lukacs, A dogmatizmus logikaja, Nepszabadsag, 23. Januar 1988, S. 13. Aus dem ungarischen von A. Vinzelberg, Juni 1988, lfm/lP 1/3.

36 K. Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958, S. 269 ff. bzw. K. Jaspers, Rede zur Verleihung des Friedenspreises: Wahrheit, Freiheit und Friede, 1958.

37 K. Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958, S. 269 ff.

38 G. Heyden, M. Klein, A. Kosing, Philosophie des Verbrechens, Berlin 1959, S. 218.

den marxistischen Philosophen verborgen, wurden von ihnen nicht wahrgenommen.

Ihre Kritik richtete sich, ausgehend von den politischen Ansichten Jaspers`, über seine „Totalitarismusauffassung“ auch gegen seine von Vernunft und humanistischer Verantwortung getragenen |22/23| Ideen. So wurde Jaspers zu einem „Philosoph des Untergangs“[39], der in der Logik seiner wirklichkeitsfernen Gedankenkonstruktion seine Leser dahin führen wollte, einen Blick in den Abgrund ihrer eigenen atomaren Vernichtung zu tun. Der sie die grauenhafte Frage nach dem Ende der Existenz der Menschheit in einem totalen Atomkrieg aufwerfen ließ.[40] Jaspers wurde, als Philosoph des Untergangs, zum „Steigbügelhalter des klerikalen Faschismus“ degradiert, der mit seinen Gedanken die Friedenskräfte geistig lähmen sollte.[41]

Nun ist zwar das Paradoxon beschrieben, sein Zustandekommen aber noch nicht erklärt. Aus welcher geistigen Verfassung, aus welcher politischen Situation heraus entstand die umfassende Kritik des „ganzen“ Jaspers? Warum gab es kaum Platz für Differenzierungen, Ausgewogenheit und Toleranz?

Erstens war die Frage von Krieg oder Frieden einem Epocheverständnis untergeordnet, das den Hauptinhalt in der revolutionären Ablösung des Kapitalismus und im Übergang zum Sozialismus sah. Fragen der Revolution hatten in der Theorie und Praxis den Vorrang vor den Fragen des Krieges und des Friedens. Dieses Herangehen wurde dadurch gestützt, in einem Atomkrieg, den es aufgrund seiner schrecklichen Folgen zu verhindern galt, trotzdem nicht die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit zu erblicken.

Zweitens wurde auch Jaspers, besonders in seiner Haltung gegen die Göttinger Achtzehn, durch maßgebliche Kreise in der Bundesrepublik Deutschland politisch „verwertet“, worauf auch der persönliche Einsatz von Bundespräsident Heuss hinwies, der sich direkt für die Verleihung des Friedenspreises der Frankfurter Buchmesse an Jaspers eingesetzt hatte. Obwohl man sicherlich in diesen Kreisen auch nicht mit allen philosophischen Auffassungen Jaspers` konform ging, stimmte man aber seinen politischen Schlußfolgerungen genau an jenen Stellen zu, an denen die eignen Interessen an der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der |23/24| „Atlantischen Integration“ unterstützt wurden. D. h. der Philosoph Jaspers wurde auf der einen Seite politisiert, und auf der anderen Seite trat

39 Ebenda, S. 224.
40 Ebenda, S. 222.
41 Ebenda, S. 214 f.

ihm eine politische Philosophie entgegen. Das ist nur zu verstehen als eine Auswirkung des beiderseits geführten Kalten Krieges im philosophischen Denken jener Zeit.

Drittens darf auch nicht die innenpolitische und die daraus abgeleitete geistige Situation in der DDR vergessen werden.

Die durch den XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Überwindung des Personenkultes war durch die damalige Führung der SED als sowjetisches Problem abgetan und in eine Festigung der Position Ulbrichts umgewandelt worden. Von inneren Machtkämpfen ausgehend, wurde auch die Intelligenz diszipliniert.[42]

Doch zurück zum politischen Handeln von Naturwissenschaftlern am Ende der 50er Jahre. Die geistige Reflexion ihres Handelns ging weit über die Auseinandersetzung Jaspers` mit den Göttinger Achtzehn und die daran gebundene Kritik marxistischer Philosophen an ihm hinaus.

Im Jahre 1945 hatte B. Brecht bereits in der zweiten Fassung seines „Galilei“ explizit die Frage nach der Verantwortung des Kernphysikers für die gesellschaftlichen Folgen der Entwicklung der Atombombe aufgeworfen.[43] Die tiefe philosophische Fragestellung bei Brecht fand ihre Beantwortung in dem Sinne, daß er das Zurückweichen Galileis vor der Inquisition, das Zurückweichen des Geistes vor der Macht, zur „Erbsünde“ der modernen Naturwissenschaft und als eigentlichen Verrat an ihr bezeichnete. Brecht stand in den 50er Jahren[44] auf dem Standpunkt, „daß Fort- |24/25| schritt in der Erkenntnis der Natur bei Stillstand in der Erkenntnis der Gesellschaft tödlich wirkte.“[45] Die großen tragischen Gewissenskonflikte solch humanistisch gesinnter Gelehrter wie z. B. A. Einstein, und R. Oppenheimer ließen ihn nicht los. Für den aus dem amerikanischen Exil Zurückgekehrten war es folgerichtig, das Problem anhand der in den USA wirkenden Naturwissenschaftler aufzuwerfen. Die Bewertung des Brechtschen Anliegens in der DDR lief jedoch darauf hinaus, das Problem als Ausdruck der historischen Überlebtheit des imperialistischen Systems aufzufassen. Eine Analyse der Schriften M. Steenbecks[46] läßt den Schluß

42 W. Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1989.

43 B. Brecht, Werke in fünf Bänden, Bd. 1, S. 683 f.

44 Brecht arbeitete in den 50er Jahren an einem Stück, das sich ausdrücklich den aktuellen Problemen der Verantwortung der Naturwissenschaftler zuwandte. Dieses Stück „Leben des Einstein“ blieb aufgrund seines frühen Todes unvollendet.

45 W. Mittenzwei, Deutsche Dramatik gegen die Atomkriegsgefahr. In: Sozialismus und Frieden, Berlin 1961, S. 220.

46 M. Steenbeck wollte aufklären, die grauenhaften Folgen eines Nuklearkrieges aufzeigen, das Gewissen der Menschen wachrütteln, damit sie ihren Untergang verhindern. Sein Renommee gestattete es ihm, sich damit gegen offizielle politische Entscheidungen zu

zu, daß es sich auch bei diesem tief moralischen Konflikt[47] um ein allgemeinmenschliches, systemübergreifendes Problem handelte. |25/26| |26/27|

Doch nicht nur Künstler, sondern auch Philosophen in der DDR griffen das Thema der Verantwortung der Naturwissenschaftler auf. „Fügt man alldem noch hinzu, daß in allen Zeiten der Menschheitsgeschichte nicht die Wissenschaftler, sondern stets … die Politiker der jeweils herrschenden Klassen über Krieg und Frieden entschieden, daß Kriege nicht von Wissenschaftlern, sondern von den Regierungen und Staatsmännern erklärt werden und die Armeen nicht von Physikern ..., sondern von den Militärs befehligt werden, so ist ganz offensichtlich, daß die gegenwärtig die Menschheit bedrohenden Gefahren nicht von der Wissenschaft, sondern von anderen gesellschaftlichen Kräften herrühren.“[48]

Doch die Naturwissenschaftler wurden auch von den sie verteidigenden marxistischen Philosophen kritisiert, und das genau an jenem Punkt, da sie mit ihren Feststellungen das Wesen des Krieges berührten und auf Neues, auf Wesensveränderndes hinwiesen. „Heisenberg geht in der Überbewertung der Rolle der modernen Naturwissenschaften, besonders der Kern-

---

wenden. Siehe: M. Steenbeck, Wissen und Verantwortung. Reden und Aufsätze 1959 – 1967 bzw. M. Steenbeck, Wirken für die Zukunft, Reden und Aufsätze 1968 -1972, Berlin/Weimar 1973 bzw. M. Steenbeck, Impulse und Wirkungen. Schritte auf einem Lebensweg, Berlin 1977.

47 Der moralische Konflikt der Kernphysiker in West und Ost existierte in einem Zusammenhang:

Erste Stufe

Motiv R. Oppenheimer, A. Einstein, L. Szilard, K. Fuchs u.a. gehen in den USA bzw. Großbritannien aus antifaschistischer, humanistischer Haltung heraus an den Bau der Atombombe.

Zweite Stufe

Konflikt Diese Kernphysiker sehen im August 1945 und in den nachfolgenden Jahren die von ihnen geschaffenen Waffen in den Händen verantwortungsloser Machtpolitiker. Die Atombombe wird zum Instrument amerikanischer Außen- und Innenpolitik.

Motiv Um diese, den Weltfrieden gefährdende Drohpolitik der USA zu durchbrechen, erklären sich M. Steenbeck, M.v. Ardenne u.a. bereit, beim Bau der sowjetischen Atombombe mitzuwirken.
Bei Steenbeck wirkte das Motiv, als unpolitischer deutscher Ingenieur zum Abtragen der Schuld gegenüber der Sowjetunion beizutragen. Die amerikanische Überlegenheit wird gebrochen, das Gleichgewicht des Schreckens entsteht.

Dritte Stufe

Konflikt Das Gleichgewicht des Schreckens lässt sich nicht festschreiben. Auch die Sowjetunion nutzt die Atombombe als außenpolitisches Instrument und lässt sich Ende der 50er Jahre in ein gigantisches Wettrüsten verwickeln.
Die Menschheit tritt an den Rand des Abgrundes und es gibt nur einen Weg zurück, die Gefahr zu erkennen. Dazu wollte M. Steenbeck beitragen.

Aus philosophischer Sicht taucht hier die Frage nach der Freiheit oder Unfreiheit des einzelnen in der Gesellschaft auf. Wo liegen die Ursachen dafür, daß ein auf humanistischen Motiven gegründetes Handeln die Macht über sich selbst verliert?
Warum erhält diese Frage gerade am Ende unseres Jahrhunderts solche Brisanz?

48 R. Bauer, Die Naturwissenschaft in der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. In: Die Wissenschaft im Würgegriff des westdeutschen Imperialismus, Berlin 1963, S. 19.

physik, sogar soweit, daß er behauptet, die Erfindung der neuen Waffen, insbesondere der thermonuklearen Waffen, hat offensichtlich die politische Struktur der Welt von Grund auf verändert.“[49] Diese Auffassung Heisenbergs wurde als falsch zurückgewiesen[50] und die marxistische Auffassung folgendermaßen entwickelt. „…die Erfindung neuer Waffen (kann) direkt weder die `politische Struktur der Welt` verändern, noch die Politik bestimmen. Die Anwendung von Waffengewalt zwischen den Staaten ist immer die Fortsetzung der Politik der herrschenden Klassen dieser Staaten mit anderen Mitteln. Die Politik dieser Klassen aber wird grundlegend durch die ökonomische Struktur, durch die Produktionsverhältnisse dieser Staaten bestimmt. … Natürlich kann die Erfindung neuer Waffen der herr-|27/28| schenden Klasse eines Staates neue gewaltige Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik in die Hand geben, der Inhalt dieser Politik aber wird durch die Waffen nicht bestimmt.“[51] Eine ähnliche Auffassung war Jahre zuvor von Scheler vertreten worden. „Er (Fritz Sternberg, d. A.) versucht, den Charakter einer solchen gesellschaftspolitischen Erscheinung, wie es der imperialistische Krieg ist, statt aus dem Charakter der ökonomischen Basis des Monopolkapitalismus, aus dem Charakter der Technik, in unserem Falle der Kriegstechnik zu erklären. Gerade infolge des veränderten Charakters der Kriegstechnik soll die These über den Krieg als Fortsetzung der Politik veraltet sein.“[52] Die marxistische Philosophie sah sich also vor folgende Schwierigkeit gestellt. Um Politik wissenschaftlich zu erklären, mußte ihr Zusammenhang zur Ökonomik hervorgehoben werden. Richtig wurde herausgearbeitet, daß kein Automatismus in der Veränderung der Politik aus der Existenz von Waffen abzuleiten sei. Da aber noch nicht erkannt wurde, was Kernwaffen sind, nämlich nicht nur ein neuer Waffentyp, wie es ihn in der Geschichte zigmal gegeben hatte, sondern die absolute Negation von Waffen überhaupt, blieb den marxistischen Philosophen die Einsicht verschlossen, daß die Menschheit in einem Krieg auf ihren sicheren Untergang zusteuerte. Die daraus resultierenden Anforderungen an die Politik, gleich ob die sozialistischer oder kapitalistischer Länder, die klassenübergreifenden Probleme, konnten deshalb noch nicht erkannt werden. Ein Grund dafür ist sicherlich auch in dem der marxistischen Philosophie damals kaum zur Verfügung stehenden politischen Spielraum zu sehen. Ein Akzeptieren des Standpunktes, daß Kernwaffen prinzipiell neue Bedingungen für die Politik schufen, hätte auch bedeutet, neben der imperialistischen auch die eigene Militärpolitik zu kritisieren.

49 Ebenda, S. 23.
50 Ebenda, S. 24.
51 Ebenda, S. 24 f.
52 H. Scheler, a. a. O., S. 88.

Mit der Anfang der 60er Jahre verabschiedeten Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages waren nämlich alle Weichen auf die Annahme der atomaren Herausforderung durch die USA und die NATO gestellt worden, begann ein gigantisches Wettrüsten beider Seiten, in dem die sozialistischen Staaten von |28/29| einem Erringen militärischer Überlegenheit ausgingen.[53]

An der Art und Weise, wie die Standpunkte der Naturwissenschaftler zu Kernwaffen und dem Kernwaffenkrieg reflektiert wurden, läßt sich der Entwicklungsstand marxistisch philosophischen Denkens zum Wesen des Krieges ableiten.

Zum einen standen die namhaften Naturwissenschaftler an der Seite von Millionen Menschen, die, in der Friedens- und Antiatomkriegsbewegung zusammengeschlossen, gegen die drohende Gefahr eines Atomkrieges protestierten. Ihr Sachverstand war bürgerlich konservativem Denken und dementsprechender Politik ein Dorn im Auge. Von daher genossen sie die Unterstützung und die Sympathie marxistischer Philosophen. Zum anderen brachte das Herangehen der Naturwissenschaftler auch ein anderes Verständnis des Wesen des Krieges zum Ausdruck. Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf jenen, in jedem Krieg vorhandenen Widerspruch zwischen dem politischen Ziel und dem Einsatz von Mitteln bewaffneter Gewalt. Aus der Kenntnis um die Wirkung der Kernwaffen und die Folgen ihres Einsatzes tendierten sie dazu, den Krieg nicht mehr als Instrument der Politik zu betrachten, sondern den Nuklearkrieg prinzipiell abzulehnen. Beweise für ihre Auffassungen besaßen sie jedoch nicht. Was sie formulierten, war die zu erkennende Tendenz. Gerade in diesem Punkt unterschieden sich die Auffassungen der Naturwissenschaftler von den Auffassungen marxistischer Philosophen. Sie gingen weniger von der Tendenz als vielmehr von den Tatsachen aus. Da es nur Hypothesen gab, die auf den qualitativen Unterschied an Kernwaffen zu allen anderen Waffenarten in der Geschichte abzielten, bewegte sich für sie der Widerspruch im Wesen des Krieges nicht auf seine Aufhebung, nicht auf seine Negation zu. Man erahnte zwar die verheerende Wirkung der Kernwaffen und das Ausmaß möglicher Kriegsfolgen. |29/30|

Trotzdem reichten die Vorstellungskraft und die Struktur theoretischen Denkens nicht aus, an das Weltende zu denken. Während sich die Vorstellungen der Naturwissenschaftler dahingehend wandelten, eine Veränderung der Qualität Krieg im Nuklearkrieg zu erkennen, blieb er für das

53 R. I. Malinowski, Über die sowjetische Militärdoktrin. In: Militärwesen, Heft 5, 1963, S. 658 bzw. Aus dem Referat des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der NVA auf der IV. Delegiertenkonferenz. In: Parteiarbeiter, Heft 14, Berlin 1962, S. 16.

marxistische Verständnis im Maß der Qualität Krieg. Nun ist es weder möglich, für das Ende der 50er Jahre den einen Standpunkt als richtig und den anderen als falsch zu bezeichnen. Die Auffassungen der Naturwissenschaftler verkörperten die Tendenz der wirklichen Entwicklung und das marxistische philosophische Denken die noch existierenden, in Auflösung begriffenen Tatsachen.

Die Darstellung der Auffassungen von Naturwissenschaftlern wäre unvollständig, wollte man nur die durch sie wahrgenommene Veränderung im Wesen des Krieges aufzeigen. Eine Welt ohne Krieg – das war ein Programm, dessen Umsetzung unmittelbar aus der Einsicht von Naturwissenschaftlern in die katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges abgeleitet wurde. Unter dem Titel „World without war“ veröffentlichte J. D. Bernal[54] im Jahre 1958 ein Buch, das eine in sich geschlossene Idee der Friedensgestaltung entwarf.
Der von ihm gewählte Ausgangspunkt bestand im Gegensatz zu dem marxistischer Philosophen in der DDR[55] nicht in der Darstellung des Zusammenhangs von Sozialismus und Frieden, sondern im Entwickeln des Zusammenhangs von „industrieller Revolution“, interdependenter Welt und Frieden. Damit trat der „Systemgegensatz“ und die starre Trennung Kapitalismus gleich Krieg, Sozia- |30/31| lismus gleich Frieden zurück. Die neuen Möglichkeiten, aber auch die Gefahren der industriellen Revolution sah Bernal nicht in einer apodiktischen Gegenüberstellung, sondern in der Entfaltung ihrer Möglichkeiten. Darin sah er die einzige Chance, die größte Gefahr, die Kriegsgefahr, dauerhaft zu überwinden.

„Angesichts dieser Tatsache (Kriegsvorbereitung führt entweder zu wirtschaftlichem Ruin oder zum Untergang der Menschheit, d. A.) sind immer mehr Menschen zur Einsicht genötigt, daß die einzige kurzfristige Lösung eine Periode der Entspannung ist, welche die ersten Schritte zur Abrüstung ermöglicht, mit dem Ziel, die Gefahr eines Atomkrieges endgültig zu beseitigen. In dieser Periode müßten die Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen lernen, in der gleichen Welt miteinander vorwärtszukommen.“[56] Für Bernal galt der Grundsatz, daß kein Krieg mehr ausbrechen braucht. „Ein Atomkrieg wäre eine Tragödie. …er wäre doppelt

54 J. D. Bernal, Welt ohne Krieg, Berlin 1961.
Bernal, vor dem Zweiten Weltkrieg Professor für Physik am Birkbeck College in London und Gründer der Gruppe „Wissenschaftler gegen den Krieg“ (1935), gehörte während des Krieges zu den Beratern des Alliierten Oberbefehlshabers. Im Jahres 1959 wurde er zum Präsidenten des Weltfriedensrates gewählt.

55 Hier soll auf eine von H. Scheler vertretene Friedenskonzeption hingewiesen werden. Ihre nähere Darstellung erfolgt im Abschnitt 1.4. der vorliegenden Arbeit.

56 J. D. Bernal, Welt ohne Krieg, a. a. O., S. 4.

tragisch und von sinnloser Ironie, weil er gerade zu einem Zeitpunkt ausbrechen könnte, da man sich anschickt, die ungeheuren Möglichkeiten eines gesicherten und glücklichen Lebens praktisch zu verwirklichen …“[57] Die bis in die Gegenwart reichende Aktualität der Friedensauffassung Bernals geht darauf zurück, daß er „die Probleme der Welt als Ganzes“[58] und die Abhängigkeit ihrer verschiedenen Teile untersuchte. Ohne „vorausschauende Fürsorge“[59] werde die Menschheit die Zukunft nicht erleben.
Was läßt sich zusammenfassend feststellen? Die marxistische Philosophie in der DDR reflektierte den Widerspruch im Wesen des Krieges am Ende der 50er Jahre hauptsächlich über die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theoretikern. Die in diesen Auseinandersetzungen entwickelten Gedanken entsprachen der Tatsache, daß der Krieg noch nicht in ein völlig neues Phänomen umgeschlagen war. Mit der Entwicklung und Anhäufung der Kernwaffen, der Entwicklung hochver- |31/32| wundbarer Industriegesellschaften hatte aber ein Prozeß eingesetzt, der spätestens Anfang der 60er Jahre dahin führen sollte,[60] daß das Erreichen politischer Zielstellungen in einem Krieg durch den Einsatz von Kernwaffen unmöglich wurde. Die marxistische Philosophie entwickelte sich infolgedessen in zwei Richtungen. Die eine Richtung bestand darin, die Auffassungen zum Wesen des Krieges weiter auszuarbeiten und dadurch die marxistische Philosophie zu bereichern. Diese Einschätzung trifft auch dann zu, wenn diese Ausarbeitungen über jenen geschichtlichen Zeitpunkt hinausreichten, da der Krieg nicht mehr in seiner Möglichkeitsform existierte. Die marxistisch-philosophischen Erkenntnisse bezogen sich eben ab diesem Punkt auf ein mehr und mehr nur noch als geschichtlich existierendes Phänomen.

Dieser Tatsache und der damit verbundenen Beschränktheit ihrer Erkenntnisse wurden sich aber die marxistischen Philosophen erst in einem komplizierten Erkenntnisprozeß bewußt. Dieser Erkenntnisprozeß stellt die zweite Entwicklungsrichtung der marxistischen Philosophie in jener Zeit dar. Er hat seine Ausgangspunkte in der skizzierten Auseinandersetzung mit jenen bürgerlichen Theoretikern, die zum einen am Klassenwesen vergangener und noch möglicher Kriege vorbeigingen, die aber die Tendenz der Negation des klassischen Krieges durch den Eintritt der Menschheit in das Atomzeitalter treffend antizipierten. |32/33|

---

57 Ebenda, S. 23.
58 Ebenda, S. 48.
59 Ebenda, S. 52.
60 „Die Sowjetunion hat Kernladungen von 50 Millionen Tonnen Trotyl erprobt. Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde gesagt, daß wir eine Bombe von 100 Millionen Tonnen Trotyl besitzen, sie jedoch nicht erproben werden.“ N. Sbytow, Die Revolution im Militärwesen und ihre Ergebnisse. In: Anleitung zur gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung, Politische Hauptverwaltung der NVA, 1965, Heft 2, S. 40.

1.3. Ein Ansatzpunkt für neues Denken in der marxistischen Philosophie zu Beginn der 60er Jahre

Im vorangegangenen Abschnitt wurde auf den Unterschied zwischen Tendenz und Tatsache in der Reflexion des Wesens des Krieges hingewiesen. Zu Beginn der 60er Jahre gab es auch in der philosophischen Literatur der DDR einen Ansatz, um dieser Tendenz der Entwicklung des Wesens des Krieges zu folgen.

Letztlich stand ein solches Herangehen in Übereinstimmung mit der These der Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960: „Unter diesen Umständen wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, bei Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten.“[61]

Doch sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß die Entwicklung philosophischen Denkens in der DDR, so auch zu Krieg und Frieden, damals nicht losgelöst von der Theorieentwicklung in der Sowjetunion erfolgte. Unter sowjetischen Militärtheoretikern und Gesellschaftswissenschaftlern hatte sich Ende der 50er Jahre eine kontrovers geführte Diskussion um das Wesen des Krieges im Allgemeinen und um das Wesen des thermonuklearen Krieges im Besonderen entwickelt.
Die Diskussion bewegte sich um die Frage, ob es in einem Nuklearkrieg einen Sieger geben könne. Die Grundposition, in Übereinstimmung mit dem neuen Parteiprogramm der KPdSU und der neuen Militärdoktrin stehend, erstreckte sich darauf, aus dem gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab auch auf den militärischen Sieg in einem Nuklearkrieg über das zum Untergang verurteilte Gesellschaftssystem zu schließen.[62] Dagegen standen die Auffassungen von N. A. Talenski, S. S. Birjusow, M. A. Markow, A. J. Krylow, A. E. Bowin, M. B. Below, B. F. Slawin, N. M. Nikolski und B. S Sorin[63], die davon ausgingen, ein Kernwaffenkrieg könne |33/34| nicht mehr Instrument der Politik sein, da es in ihm keinen Sieger gäbe. Ein Kernwaffenkrieg wurde z. B. durch N. M. Nikolski in seinem Wesen als schon nicht mehr Krieg bezeichnet.[64] Von besonderem Interesse ist, mit Wissen um diese Auseinandersetzung, ein 1961 erschienener Artikel von W. Mussler und M. Klein.

---

61 Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S. 36.
62 Vgl.: A.J. Bulanow, J.A. Krylowa, Sootnoshenje Politiki i jadernoi woiny, Voprossy filosofii, 1988, Heft 5, S. 113.
63 Ebenda, S. 114.
64 Ebenda, S. 115.

Im ersten Abschnitt dieses Artikels reagierten sie zustimmend auf Veröffentlichungen von L. Pauling und J. D. Bernal. „Die kolossale quantitative Steigerung des Vernichtungsgrades der modernen Waffen hat den Charakter und die Gesetzte des Krieges so grundlegend verändert, daß es strenggenommen heute gar nicht mehr möglich ist, den modernen Krieg, den Raketen- und Kernwaffenkrieg, mit irgendeinem der in der Vergangenheit geführten Kriege zu vergleichen. Der Unterschied ist so radikal geworden, daß der Allgemeinbegriff ‚Krieg` gar nicht mehr ausreichen will, sowohl die bisherigen Kriege in der Geschichte einschließlich der beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts als auch den modernen Krieg … gemeinsam zu erfassen. Gegenüber dieser neuen Qualität (Hervorhebung d. A.) des Krieges versagen alle Vorstellungen, Analogien, Kategorien und Begriffe der Vergangenheit.“[65] „Beim heutigen Entwicklungsstand der modernen Waffen- und Kriegstechnik hat der Krieg endgültig und absolut aufgehört, das letzte Mittel zur Lösung internationaler Konflikte zu sein.“[66] Die logische Konsequenz bei Mussler, Klein, aber besonders auch bei G. Klaus[67] bestand darin, auf der Grundlage der Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion vom 18. September 1959 die allgemeine und vollständige Abrüstung zu propagieren. In der Abschaffung der Mittel der Kriegführung sahen sie die sicherste Garantie, den Zusammenhang |34/35| von Politik und Krieg aufzuheben. „Die friedliche Koexistenz schließt alle Formen des Wettbewerbs ein - … nur eine Form des Wettbewerbs schließt sie aus, das Rüstungswettrennen. Die totale und kontrollierte Abrüstung muß darum mit allen Mitteln erkämpft werden.“[68]

Das Herangehen von Mussler, Klein und Klaus ist auch deshalb bemerkenswert, weil sie sich damit in die in der Sowjetunion kontrovers geführte Diskussion einschalteten. Sie stellten sich auf die Seite jener Wissenschaftler und Politiker, die aus der Existenz der Kernwaffen ein verändertes Herangehen an die Probleme von Krieg und Frieden ableiteten. Obwohl jene kontroverse Diskussion in den folgenden Jahren sehr schnell abebbte, fand sie doch in einem politischen Ereignis des Jahres 1962, der Kuba-Krise, ihre praktische Bestätigung. So brachte die diesbezügliche Einschätzung auf dem VI. Parteitag der SED auch die Erfahrungen marxistischer Philosophen aus der DDR mit zum Ausdruck: „Der Krieg ist zur Lösung irgendwelcher Streitfragen ungeeignet geworden. Die atomaren Mittel der Mas-

65 W. Mussler, M. Klein, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. In: Sozialismus und Frieden, Berlin 1961, S. 14 f.
66 Ebenda.
67 G. Klaus, Krieg und Frieden. In: Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II. Historischer Materialismus, (6. Heft), Berlin 1961, S. 30 f.
68 W. Mussler, M. Klein, a. a. O., S. 32.

senvernichtung haben alte Maßstäbe … über den Haufen geworfen.“[69] |35/36|

1.4. Die Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages aus dem Jahre 1960 und ihre Wirkung auf das philosophische Denken zum Frieden

In den 50er Jahren wurden durch marxistische Philosophen in der DDR wiederholt Arbeiten zur Darstellung der materialistischen Auffassung des Krieges veröffentlicht. Das bedeutete, die philosophische Bestimmung des Wesens des Krieges anhand der „Clausewitzschen Formel“ in den Mittelpunkt zu stellen und Tendenzen der Wesensveränderung nur in geringem Maße zu reflektieren.

Philosophische Arbeiten, die sich mit der Frage nach der materialistischen Bestimmung des Friedens beschäftigten, die die Frage nach dem Wesen des Friedens stellten, gab es in gleichem Umfang nicht. Trotz dieser Feststellung darf nicht übersehen werden, daß sich z. B. G. Klaus, H. Scheler und M. Klein der Ausarbeitung philosophischer Friedensideen zuwandten. Diese interessanten und in einer Zeit des Kalten Krieges so notwendigen philosophischen Themen fanden jedoch keine allgemeine Verbreitung, im Gegenteil, nach der Veröffentlichung des „Deutschen Friedensbuches“ (1965) verschwand das Friedensthema für längere Zeit aus dem Blickfeld marxistischer Philosophen.

Handelte es sich dabei um einen Zufall oder wie ist dieser Umstand zu erklären?

Bevor dieser Frage nachgegangen werden soll, scheint es angebracht, die Friedensauffassungen Schelers, Klaus‘ und Kleins darzustellen.

Die Auffassungen H. Schelers kamen in konzentrierter Form in seiner auf dem IV. Weltkongreß für Soziologie (1959 in Italien) gehaltenen Rede[70] zum Ausdruck. Scheler ging von der Frage nach den objektiven Bedingungen des Friedens und der fried- |36/37| lichen Koexistenz aus und bewies, daß mit der Existenz des Sozialismus das gesetzmäßige Entstehen von Kriegen überwunden wurde. Den Frieden bezeichnete er als objektive Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft. Während er das Entstehen des Krieges an das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln

69 W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED. Referat auf dem VI. Parteitag der SED, Berlin 1963, S. 20.

70 H. Scheler, Die Verantwortung der Gesellschaftswissenschaftler im Kampf um die Erhaltung des Friedens. In: Soziologie und Gesellschaft, Beiträge zum IV. Weltkongreß für Soziologie, Berlin 1960, S. 23 ff.

knüpfte, verband er Kapitalismus mit Krieg und Sozialismus mit Frieden. Im gesellschaftlichen Eigentum erkannte er die tiefste materielle Ursache des Friedens. Die logische Konsequenz dieser Auffassung bestand darin, den Frieden zwischen den sozialistischen Ländern als internationales Prinzip zu begreifen und sein Hinüberwachsen in den „immerwährenden Frieden“ an den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu binden. Der durchaus richtige Gedanke Schelers, die Friedensfähigkeit des Sozialismus darzustellen und die Erforschung der Bedingungen des friedlichen Nebeneinanderbestehens beider Gesellschaftssysteme als Aufgabe der Soziologie zu bezeichnen, wurde doch durch eine vereinfachte Darstellung des Zusammenhangs von Imperialismus und Krieg, Sozialismus und Frieden und einer darauf beruhenden bipolaren Weltsicht beeinträchtigt. Dieser Gefahr eines vereinfachten und schematisierten Darstellens des Friedensproblems entgingen G. Klaus und M. Klein dadurch, indem sie der Entwicklung der Friedensidee in der Geschichte nachgingen und so auf widersprüchliche Tendenzen konkreter geschichtlicher Friedenszustände verweisen konnten.

Im Jahre 1951 erfaßte G. Klaus den Frieden als historisches Problem.[71] Friedenszustände und ihnen entsprechende Friedensideen in der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit darstellend, ging es ihm darum, den Frieden als sich ständig modifizierendes Element gesellschaftlichen Fortschrittes zu erfassen. Auf diesem Weg gelangte er zu einer differenzierten Bewertung kirchlicher Friedensideen und es bürgerlichen Pazifismus.
|37/38|

Das Herangehen von G. Klaus aufgreifend, trat M. Klein[72] den Nachweis an, daß sich die Friedensidee in der Antike von einer in die Vergangenheit gerichteten Sehnsucht nach Wiederkehr des „goldenen Zeitalters“ zu einer gegenwarts- und diesseitsbezogenen Friedensvorstellung entwickelte.

Das Auftreten von Euripides und Aristophanes gegen den Krieg fand bei ihm ebenso Darstellung wie Beiträge der Naturrechtslehre, der Kyniker, der Stoiker, aber auch des Urchristentums. Die hier aufgeführten Arbeiten Klaus` und Kleins erfaßten das Friedensproblem zwar in seiner Entwicklung und Widersprüchlichkeit. Ein Gegenwartsbezug ließ sich jedoch nur schwer herstellen. In diesem Sinne war das von M. Klein zum „Deutschen Friedensbuch“ verfaßte Vorwort[73] ein Fortschritt.

---

71 G. Klaus, Zur Geschichte der vormarxistischen Friedensbewegungen, a.a.O., S. 121 ff.

72 M. Klein, Über den Friedensgedanken in der Antike. In: Sozialismus und Frieden, Berlin 1961, S. 159 ff.

73 M. Klein, Vorwort, Deutsches Friedensbuch, Berlin 1965, S. 4 ff. bzw. M. Klein, Die Idee des Friedens in der deutschen Geschichte. In: DZfPh, 1986, Heft 12, S. 1109 ff.

Erstens charakterisierte er die Friedensidee als veränderliche, sich durch die geschichtlichen Epochen hindurcharbeitende Idee. Zweitens bezeichnete er sie als allgemeinmenschliches Gut, das nicht Eigentum einer Klasse oder Weltanschauung sei. Drittens betonte er, daß es keinen gleichbleibenden Friedensbegriff gäbe, der Entwicklungsstand des Friedens und die dementsprechenden Ideen vielmehr in unmittelbarem Zusammenhang zur gesellschaftlichen Entwicklung stünden. Viertens hob er hervor, daß die Friedensidee auch mißbraucht werden konnte. An diese allgemeine Charakteristik schloß sich ein gelungener Abriß der Friedensideen vom deutschen Mittelalter bis zur Darstellung des bürgerlichen Pazifismus in Deutschland an. Der abschließende Teil, die Darstellung des Zusammenhangs von Sozialismus und Frieden, ließ leider allen historischen Sinn vermissen.

Warum blieben diese hier kurz dargestellten Arbeiten die einzigen? Gab es dafür kein wissenschaftliches und gesellschaftliches Interesse? Welche politischen Ereignisse zwangen die Philosophen zum Schweigen? |38/39|

Eine mögliche Antwort auf diese Frage weist auf den erreichten Entwicklungsstand des Denkens zum Krieg und seinem Wesen am Anfang der 60er Jahre hin.

Am 14. Januar 1960 nahm der Oberste Sowjet der UdSSR eine neue Militärdoktrin an.[74] Diese Doktrin bildete die Grundlage für militärpolitische Leitsätze des neu zu erarbeiteten Parteiprogramms der KPdSU[75], das auch auf dem XXII. Parteitag angenommen wurde. Dieser Schritt erhob die Militärdoktrin und ihre der Clausewitzschen Wesensbestimmung des Krieges entsprechende Ambition des Sieges in einem nuklearen Weltkrieg zur Staats- und Parteidoktrin aller Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages. Die sich anschließende Konsequenz für die DDR bestand in einer Ausrüstung aller Teilstreitkräfte mit Raketenkernwaffen* (operativ-taktischen bzw. taktischen). Das zog nicht nur eine „Revolution im Militärwesen“

74 N. S. Chruschtschow, Die Abrüstung der Weg zur Festigung des Friedens und zur Sicherung der Freundschaft zwischen den Völkern. Rede auf der vierten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR. 14. Januar 1960. In: N. S. Chruschtschow, Über die Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin 1962, S. 46 ff.

75 Programm und Statut der KPdSU. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, Berlin 1961, S. 55 ff.

* Einfügung 2011: Kernwaffeneinsatzmittel: Die NVA verfügte über keine einsatzfähigen nuklearen Gefechtsköpfe. Eine Zuführung wäre erst bei einer extremen Zuspitzung der militärpolitischen Lage auf Weisung des Vereinten Oberkommandos des Warschauer Vertrages erfolgt.
Vgl.: M. Ott, Unkontrollierte, verborgene Macht, Halle (Projekte Verlag Cornelius GmbH) o. J., ISBN 978-3-86634-620-8, S. 11ff.

nach sich. Darüber hinaus mußte im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Akzeptanz aller dieser „erforderlichen“ Schritte geschaffen werden.

„ … daß wir, wenn es erforderlich sein sollte, in der Lage sind, jeden beliebigen Aggressor von der Erdoberfläche zu fegen. ... Das Führen des massierten Raketen-Kernwaffen-Antwortschlages mit strategischen Mitteln … wird bei uns als die Hauptart der strategischen Handlungen angesehen. Ihnen wird die entscheidende Rolle bei der Erreichung des Sieges im Krieg beigemessen ...“.[76] |39/40|

So wuchs ein geistiges Klima, in dem zum einen jeder wissenschaftliche Meinungsstreit um das Wesen des Nuklearkrieges „verstummte“[77], zum anderen war unter solchen Bedingungen auch wenig Platz für eine philosophische Arbeit zum Frieden. Folgerichtig wich der Geist vor der Macht zurück. Prägnantes Beispiel dafür ist das Distanzieren G. Klaus` von der eigens gegenüber dem bürgerlichen Pazifismus im Jahre 1951 vertretenen Position. Die damals als „wertvolle Bundesgenossen“ im Kampf gegen den Krieg bezeichneten Pazifisten kennzeichnete er nun zehn Jahre später wie folgt: „Der wichtigste Typus des gerechten Krieges in unserer Zeit (1961, d. A.) ist der Verteidigungskrieg sozialistischer Staaten gegen einen kapitalistischen Angreifer. … Wenn es gerechte und ungerechte Kriege gibt, so ist es nicht möglich, jeden Krieg zu verneinen, sich von jedem Krieg prinzipiell zu distanzieren, das heißt Anhänger des sogenannten Pazifismus zu sein.“[78]

Unter den dargestellten politischen und geistigen Bedingungen entwickelte sich eine politiktheoretische Konzeption des Friedens[79], die das Setzen auf militärische Macht und Stärke als eine ihrer Grundlagen erfaßte. Der Frieden und die friedliche Koexistenz entstanden so nur aus einem Zwang heraus, der dem Imperialismus auferlegt werden mußte. „Die Internationale Beratung der |40/41| Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 unterstrich in ihren Dokumenten, daß die Verteidigung des Friedens untrennbar

76 N. Sbytow, Die Revolution im Militärwesen und ihre Ergebnisse, a. a. O., S. 42.

77 A. Türpe weist in seiner Dissertationsschrift auf den Abbruch der philosophischen Diskussion um das Wesen des Nuklearkrieges in der Sowjetunion hin. Siehe: A. Türpe, Carl Philipp Gottfried von Clausewitz, ein Philosoph des Krieges – Eine Analyse seiner philosophischen Position. Dissertation (A), Humboldt – Universität zu Berlin, Berlin 1977, S. 140 ff.

78 G. Klaus, Krieg und Frieden, a. a. O., S. 19 und 21.

79 Die politiktheoretische Konzeption, die die friedliche Koexistenz als spezielle Form des Klassenkampfes auffasste und militärischen Zwang zum Frieden implizierte, erhielt Besondere Impulse durch die Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969. Siehe: Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Prag 1969, S. 35/36.

mit der Aufgabe verbunden ist, den imperialistischen Ländern das Prinzip der friedlichen Koexistenz aufzuzwingen.“[80]

Das Darstellen dieser politiktheoretischen Konzeption machte sich wenigstens in diesem Umfang notwendig, weil sie als eine der Bedingungen existierte, unter denen in der Mitte der 70er Jahre marxistische Philosophen erneut begannen, sich dem Thema des Friedens zu widmen. |41/42|

2. Leistungen und Grenzen bei der Wesensbestimmung des Krieges – Die marxistische Philosophie der DDR Ende der 60er bis Anfang der 80er Jahre

Im ersten Kapitel der vorliegenden Arbeit wurde herausgearbeitet, daß sich das marxistische philosophische Denken zu Krieg und Frieden am Ende der 50er Jahre hauptsächlich in drei Linien entwickelte. Die eine umfaßte die weitere Ausarbeitung des Wesens des Krieges. Die andere war an eine noch undifferenzierte Auseinandersetzung mit spätbürgerlichem philosophischem Denken zu Krieg und Frieden gebunden und kennzeichnete den einsetzenden Erkenntnisprozeß der Grenzen der Gültigkeit der „Clausewitzschen Formel“ im nuklear-kosmischen Zeitalter. Die dritte, noch in den Anfängen begriffene Entwicklungslinie repräsentierte eine philosophisch-materialistische Bestimmung der friedlichen Koexistenz und eine Aufarbeitung historischer Friedensideen. Bevor diese Linien, die bis in die 80er Jahre weiterexistierten, näher untersucht werden, soll das theoriegeschichtliche Problem präziser benannt werden.

Der objektive Widerspruch im Wesen jedes Krieges, der Widerspruch zwischen politischen Zielstellungen und einzusetzenden Mitteln bewaffneter Gewalt, erhielt durch den Eintritt der Menschheit in das Atomzeitalter qualitativ veränderte, neue Existenzbedingungen. Die kontinuierliche, evolutionäre Entwicklung der jahrtausendealten gesellschaftlichen Erscheinung „Krieg“ brach damit ab, und ein Prozeß sprunghafter, diskontinuierlicher Entwicklung, hin zu einer neuen Qualität, setzte ein. Damit ist nicht gesagt, daß der Krieg sofort mit Aufkommen der Kernwaffen in ein neues Phänomen umschlug. Vielmehr drängte der objektive Widerspruch im Wesen des Krieges nunmehr unter veränderten Bedingungen über einen Zeitraum von etwa zwanzig Jahren zu seiner Lösung.[81] Dieser Prozeß des Her- |42/43|

80 Wissenschaftlicher Kommunismus, Lehrbuch, Berlin 1975, S. 184 f. bzw. K. Franke, O. Reinhold, Friedliche Koexistenz und Klassenkampf, Berlin 1974, S. 25.

81 „Es gibt keinen Sprung in der Natur, wird gesagt; und die gewöhnliche Vorstellung, wenn sie ein Entstehen oder Vergehen begreifen soll, meint,…es damit begriffen zu haben,

anreifens des Widerspruchs, dieser Zeitraum, in dem Altes und Neues nebeneinander existierte, ist durch die weitere Anhäufung und technische Vervollkommnung der Kernwaffen bis hin zu dem Punkt gekennzeichnet, da ein Raketen-Kernwaffenkrieg zumindest zwischen NATO und Warschauer Vertrag in Allesvernichtung ausartete.
Mit Gewissheit lag dieser Punkt noch vor dem Entstehen des militärstrategischen Gleichgewichts, etwa Anfang der 60er Jahre. Da das Heranreifen des objektiven Widerspruchs im Wesen des Krieges einen längeren Zeitraum umfaßte, repräsentiert das marxistische philosophische Denken zum Krieg am Ende der 50er Jahre die noch vorhandene tatsächliche Bewegung dieses Widerspruchs, es fand zu einer möglichen Form adäquater geistiger Reflexion.

Jener skizzierte Punkt aber, das Umschlagen des Krieges in die Allesvernichtung, wurde durch die marxistische Philosophie nicht in seiner Tragweite erfaßt.

Obwohl die Diskussion unter sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern begonnen hatte und auch einige Philosophen[82] in der DDR sich diesem Standpunkt näherten, gelang es nicht, sich gegen die herrschenden theoretischen Axiome und die praktische Politik |43/44| durchzusetzen.[83] So trat eine Situation ein, da die Auffassungen zum Wesen des Krieges in Distanz zu einer neu entstandenen Wirklichkeit, dem allesvernichtenden Krieg, gerieten. Jenes „Abheben“ der marxistischen Philosophie von der Wirklichkeit umfaßte zwei Phasen.

Die erste war davon gekennzeichnet, daß die Entwicklung der neuen gesellschaftlichen Erscheinung, allesvernichtender Krieg, dem Denken sprunghaft vorauseilte. Das marxistische philosophische Denken vermochte nicht, so schnell zu folgen. Es offenbarte ein ambivalentes Beharrungsvermögen. Diese Phase wird in den folgenden Punkten 2.1. und 2.2. umrissen. Die zweite Phase, Ende der 70er Jahre einsetzend, kennzeichnet ein

---

daß sie es als allmähliches Hervorgehen oder Verschwinden vorstellt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Veränderungen des Seyns überhaupt nicht nur das Uebergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Uebergang von Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das ein Abbrechen des Allmähligen und ein Qualitiativ-Anderes gegen das vorhergehende Daseyn ist.“ G. W. F. Hegel, Wissenschaft der Logik, 1. Teil. In: G. W. F Hegel, Sämtliche Werke, 4. Bd., Stuttgart 1928, S. 460.

82 Zu W. Mussler, M. Klein und G. Klaus lassen sich in diesem Zusammenhang auch E. Bauer, Die Naturwissenschaft in der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. In: Die Wissenschaft im Würgegriff des westdeutschen Militarismus, Berlin 1963 sowie R. Bauer, Kriegspolitik und Friedenskampf, Berlin 1963, zählen.

83 Ähnlich erging es auf der anderen Seite Sternberg, Jaspers, Einstein, Weizsäcker u.a. Dort jedoch blieb die Diskussion lebendig, trotz der Tatsache mangelnder Akzeptanz in der Öffentlichkeit.

gewisses „Aufholen“ der marxistischen Philosophie, ohne daß ihr damit schon eine eigenständige Lösung des Problems gelang. In dieser zweiten Phase wurde zwar die qualitative Veränderung des Wesens des Krieges im Nuklearzeitalter noch nicht reflektiert, wohl aber eine notwendige erkenntnismäßige Voraussetzung dafür gewonnen. Ein erneutes Beschäftigen mit dem Friedensproblem und der selbstgesetzte Anspruch für einige Philosophen, dem sprunghaften Anwachsen der Kriegsgefahr entgegenzuarbeiten, führte zu einer differenzierteren Bewertung des bürgerlichen philosophischen Denkens, führte zur Erkenntnis von Klassengrenzen überschreitenden Gemeinsamkeiten und Berührungspunkten in der Krieg-Frieden-Frage. So wuchs allmählich ein neuer Standpunkt, der ein Aufeinanderzugehen marxistischen und bürgerlichen Friedensdenkens ermöglichte. Diesen Entwicklungsweg marxistischen philosophischen Denkens auf den Begriff einer „Überlegenheit“ zu bringen, verbietet sich von selbst. Vielmehr kennzeichnet er eine Facette, eine mögliche Form wissenschaftlicher Erkenntnis eines allgemeinen Menschheitsproblems am Ausgang unseres Jahrhunderts. |44/45|

2.1. Leistungen der marxistischen Philosophie bei der Bestimmung des Wesens des Krieges Ende der 60er und in den 70er Jahren

Es ist eventuell anzuzweifeln, marxistisches philosophisches Denken zum Wesen des Krieges als „Leistung“ zu bezeichnen, da dieser Krieg, zumindest in seiner Gestalt als Weltkrieg oder intersystemarer Krieg nicht mehr existierte. Hier soll allerdings eine Leistung konstatiert werden, weil ein wissenschaftliches Instrumentarium vervollkommnet wurde, das zumindest dem Historiker bei der Analyse vergangener Kriege hilfreich sein kann. Von 1963 bis 1969 wurde in der DDR zu philosophischen Problemen des Krieges nur spärlich gearbeitet und publiziert.[84] Zwei Gründe scheinen dafür maßgeblich zu sein.

Erstens betrachtete man das Nebeneinanderexistieren beider gesellschaftlicher Systeme in den 60er Jahren nicht für langfristig. Die in den Partei-

84 Im Deutschen Militärverlag fühlte man sich seit der Gründung des Verlages im Jahr 1956 auch der Herausgabe philosophisch orientierter Literatur zu Krieg und Frieden verpflichtet. Von 1956 bis 1962 wurden z.B. 28 Publikationen sowjetischer und deutscher Autoren veröffentlicht. Die Recherche im Verlagsarchiv für den Zeitraum 1963 bis 1969 ergab folgenden Überblick:
Zeitraum 1963 bis 1966: drei Veröffentlichungen
E. Wünsche, H. Strohbach, W. Menzel, Über die grundlegenden Veränderungen im Militärwesen, Berlin 1963.
S. A. Tjuschkewitsch, Notwendigkeit und Zufall im Kriege, Berlin 1964.
S. I. Krupnow, Dialektik und Militärwissenschaft, Berlin 1965.
Zeitraum 1966 bis 1969: keine Veröffentlichungen

programmen der KPdSU und auch der SED damals umrissenen Zeithorizonte ließen ein solches Herangehen nicht zu. Welchen Zweck sollten also philosophische Arbeiten zu Krieg und Frieden haben, wenn die sozialökonomischen Grundlagen des Krieges sowieso in absehbarer Zeit überwunden waren? |45/46|

Zweitens bewirkte der abrupte Abbruch der philosophischen Diskussion in der Sowjetunion auch im philosophischen Schaffen in der DDR eine, über Jahre anhaltende, Abstinenz. Hinzu trat die unter Punkt 1.4. beschriebene Wirkung des „Tabuisierens" des Nachdenkens über den Nuklearkrieg. Erst Ende der 60er Jahre wurden vornehmlich durch Philosophen in der Nationalen Volksarmee, G. Rau, G. Kießling, E. Hocke u. a., die Themen Krieg und Frieden erneut aufgegriffen.

Ein allgemeines Kennzeichen dieser gegen Ende der 60er Jahre erneut einsetzenden philosophischen Arbeit bestand im direkten Anknüpfen an die Auffassungen zum Wesen des Krieges, ohne dem Gedanken der tendentiellen Wesensveränderung des Nuklearkrieges zu folgen.

Der Unterschied marxistischer Auffassungen zum Wesen des Krieges zu Clausewitz

Im Jahre 1969 warf G. Rau erneut[85] die Frage auf, worin der Unterschied marxistischer Auffassungen vom Wesen des Krieges zu Clausewitz bestand.[86] „Was ist unter Politik zu verstehen", das war die grundlegende Frage. Politik wurde als „Beziehung zwischen Klassen … innerhalb eines Staates und zwischen … Staaten" verstanden.[87] Über ein solches Politikverständnis wurde zweierlei erreicht. Erstens wurde der Kriegsbegriff auf innenpolitische Auseinandersetzungen erweitert, sobald diese mit gewaltsamen Mitteln ausgefochten wurden. Zweitens wurde der Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik verdeutlicht und hervorgehoben, daß ein Krieg zwischen Staaten immer die Fortsetzung der Gesamtpolitik sei.[88] |46/47|

G. Kießling erweiterte dieses Herangehen, indem er Aspekte innerstaatlicher Gewaltanwendung entwickelte (nicht alle innerstaatlichen Konflikte

85 Dieser Fragestellung war schon H. Scheler nachgegangen. Siehe: H. Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg … a. a. O., S. 19.
86 G. Rau, L. Glaß, A. Loose, W. Müller, R. Oelschlägel, E. Hocke, Politik und Krieg in unserer Zeit, Berlin 1969, S. 22 f.
87 Ebenda, S. 25 f.
88 Ebenda, S. 31.

seien als Krieg zu bezeichnen) und indem er das Primat der Innenpolitik gegenüber der Außenpolitik hervorhob.[89]

Das hier dargestellte Herangehen umfaßte eine Richtung der Ausarbeitung des Unterschieds marxistischer und Clausewitzscher Auffassungen zum Krieg und seinem politischen Wesen. Hier wurde vor allem der Annahme nachgegangen, Clausewitz habe den Klassencharakter der Politik ungenügend berücksichtigt und die Politik auf Außenpolitik eingeengt.
Obwohl dieses Herangehen später durch Türpe relativiert wurde, trug es dennoch zur Vertiefung des leninschen Politikverständnisses und seiner Anwendung auf aktuelle Ereignisse bei. Türpe griff das soeben dargestellte Herangehen im Jahre 1977 auf und unterzog es der Kritik. Er zeigte, daß Clausewitz` Politikverständnis die Existenz von Klassen einbezog und daß er neben der Außen- auch immer auf die Innenpolitik zu sprechen gekommen war.[90]

Eine zweite Richtung der Ausarbeitung des Unterschieds beider Kriegsdefinitionen bestand darin, auf das Wesen der Politik einzugehen. E. Hocke und W. Scheler bestimmten es „aus den der Politik zugrunde liegenden bestimmenden materiellen Verhältnissen, den ökonomischen Verhältnisse, vor allem den Produktionsverhältnissen“.[91]

Damit stellten sie das Clausewitzsche Politik- und Kriegsverständnis in den übergreifenden Zusammenhang der materialistischen Auffassung der Gesellschaft als Ganzes. Verschiedene ökono- |47/48| mische Ursachen in verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen der antagonistischen Klassengesellschaft analysierend, leiteten sie die dialektischen Bezüge zu verschiedenen politischen Interessen verschiedener Klassen in historisch konkreten Kriegen ab.

Daraus erwuchs ihnen die Möglichkeit der Kritik eines bürgerlichen Politikverständnisses z. B. der realistischen Schule, das einen solch historisch umfassenden Standpunkt nicht berücksichtigte.[92]

Die relative Selbständigkeit der Politik im Zusammenhang zum Krieg

Es war wiederum G. Rau, der den philosophischen Ansatz von H. Scheler aufgriff und sich gegen das verbreitete „ökonomistische“ Wesensverständnis des Krieges wandte.

---

89 G. Kießling, Krieg und Frieden in unserer Zeit, Berlin 1977, S. 31 und 35.
90 A. Türpe, Carl Philipp Gottfried von Clausewitz, ein Philosoph des Krieges, a. a. O., S. 77 f.
91 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Berlin 1977, S 71 u. 74.
92 Ebenda, S. 74 ff.

„Aus der Tatsache, … daß (der Krieg) ökonomisch bedingt ist, darf … nicht geschlossen werden, der Krieg … würde durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten unmittelbar, gewissermaßen automatisch bestimmt ...“[93] In einer umfangreichen Darstellung wurde nachgewiesen, daß der Krieg kein elementarer, vom Willen der Klassen unabhängiger Prozeß ist. Der Krieg ist Resultat eines Willensaktes jener Kräfte, die sich seiner bedienen wollen. Er entsteht nicht von selbst, sondern setzt den Entschluß zum Krieg voraus. Als politische Erscheinung ist der Krieg den Gesetzmäßigkeiten des politischen Kampfes unterworfen. Entscheidungen zum Krieg sind immer abhängig vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und können somit unter bestimmten Bedingungen auch verhindert werden.[94] |48/49|

So wichtig der Hinweis war, daß Kriege von Menschen gemacht sind und nicht wie Naturkatastrophen über sie hereinbrechen, so gab er aber auch einen Einblick in die Art und Weise des Philosophierens über den Krieg in jener Zeit. Während W. Mussler und M. Klein schon im Jahre 1961, anknüpfend an B. Teplinski und J. D. Bernal, das zufällige Ausbrechen eines Atomkrieges auf Grund technischen oder menschlichen Versagens für möglich hielten,[95] spielte dieser Aspekt bei Rau keine Rolle. Überhaupt wurde sehr allgemein über den Krieg, weniger über den Krieg in seiner möglichen Gestalt als Raketen-Kernwaffen-Krieg philosophiert.

Ähnlich wie Rau verweisen Hocke und Scheler, W. im Jahre 1977 darauf, daß die objektive Grundlage des Krieges des subjektiven Faktors bedürfe und jede ökonomische Grundlage einen gewissen Bewegungsspielraum für politisches Handeln bietet.[96] Weiterhin wurde herausgearbeitet, daß die Bourgeoisie nie als Klasse, sondern immer nur ihre Kriegspartei für den Krieg eintritt.[97]

Das politische Wesen von Krieg und Frieden

Eine Leistung marxistischer Philosophie bestand darin, Krieg und Frieden nicht aufeinander bezogen zu definieren. Anknüpfend an Clausewitz wurden beide gesellschaftlichen Zustände in einen übergeordneten Zusammenhang eingebunden, die Politik. A. Türpe ging davon aus: „Krieg und Frieden sind für ihn (Clausewitz, d. A.) Daseinsweisen, Erscheinungsfor-

93 G. Rau, L. Glaß, A. Loose, Politik und Krieg in unserer Zeit, a. a. O., S. 37.
94 Ebenda, S. 41 f.
95 W. Mussler, M. Klein, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, a. a. O., S 31.
96 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von … a. a. O., S. 96.
97 W. Scheler, Zu einigen strittigen Fragen der Diskussion. In: Protokoll des Kolloquiums des Lehrstuhls Marxistisch – leninistische Philosophie der Militärakademie „Friedrich Engels“ am 21. und 22. Juni 1977, Dresden 1977, S. 106.

men bzw. Zustände der Politik. … Die Politik zeigt sich in den unterschiedlichsten, qualitativ verschiedenen Formen, wobei Krieg und Frieden grundlegende Formen der Politik sind.[98] Auch Hocke und Scheler, W. wählten |49/50| diesen Ausgangspunkt, als sie schrieben, daß Krieg und Frieden nicht als selbständige Wesenheiten gefaßt werden können. Das „Wesen von Krieg und Frieden (kann) in der antagonistischen Klassengesellschaft … nur … wissenschaftlich begriffen werden, … wenn der Zusammenhang von Politik und Krieg und von Politik und Frieden erfaßt wird.“[99] Auf Grund der gleichen Wesensbestimmung von Krieg und Frieden gelang ihnen eine bemerkenswerte Weiterführung dieses Gedankens. „Hier stoßen wir zugleich auf einen gravierenden Unterschied zwischen der Wesensbestimmung des Krieges und der Wesensbestimmung des Friedens. Der Krieg ist stets – seit und solange er existiert – Fortsetzung der Politik von Klassen und Staaten mit den Mitteln des organisierten bewaffneten Kampfes. Immer ist er mithin eine Form der Politik. Beim Frieden ist dies durchaus nicht der Fall. Seit und solange das Privateigentum an Produktionsmitteln, Ausbeuterklassen und -staaten und damit auch die Ursachen und Quellen des Krieges und der Kriegsgefahr bestehen, ist der Frieden eine Form der Politik, ein politischer Zustand der Gesellschaft. Frieden gab es aber auch vor dem Entstehen des Privateigentums. ... Ja es gab ihn nicht nur, sondern er war auch der Normalzustand der Gesellschaft. Frieden wird auch – gewissermaßen als Negation der Negation – der Normalzustand der kommunistischen Gesellschaftsordnung. … Wenn man somit das Wesen des Friedens bestimmt, so muß stets gesagt werden, welchen Frieden man meint: den Frieden der Urgesellschaft, den Frieden in der Klassengesellschaft, den Frieden im Kommunismus oder den Frieden als Übergangsform zwischen den beiden letzteren – den Frieden als friedliche Koexistenz.“[100]

Die ausführliche Darstellung dieses Gedankens wurde aus zwei Gründen gewählt. Erstens fanden Hocke und Scheler, W. ausgehend von der Bestimmung des Wesens des Krieges, eine historische und materialistische Kategorisierung des Friedens. Zweitens wurde bei ihnen deutlich, daß sie im Gegensatz zum Frieden den Krieg nicht historisch kategorisierten. Sie faßten den Krieg als eine zwar in |50/51| sich veränderliche Wesenheit, daß aber der Krieg auch an sich qualitativen Veränderungen in der Geschichte unterworfen ist, soweit gingen sie nicht. Gerade ein solches Verständnis hätte aber der Erkenntnis des Wesenswandels des Krieges hin zum alles-

98 B. Rothe, A. Türpe, Das Wesen des Krieges bei Hegel und Clausewitz. In: DZfPh, 1977, Heft 11, S.1341.
99 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von …, a. a. O., S. 70 f.
100 Ebenda, S. 87.

vernichtenden Krieg gedient. Ein Hindernis auf dem Weg zu dieser Erkenntnis bestand in der Auffassung, nur den Krieg der antagonistischen Klassengesellschaft, wegen seiner Beziehung zur Politik, als wissenschaftlich erfaßbar zu halten.[101] Der „alte Krieg" der klassenlosen Urgesellschaft und der Krieg der antagonistischen Klassengesellschaft wurden als Übergang von der Qualität „Nichtkrieg" zur Qualität Krieg betrachtet.[102]

Ein solches Herangehen versperrte den Blick darauf, daß auch der Krieg der antagonistischen Klassengesellschaft in eine neue Qualität umschlagen konnte.

Aus anderer Sicht wurde jenes Problem, den Krieg nur in sich als veränderliche Wesenheit aufzufassen, bei A. Türpe deutlich. Türpe kam häufig auf die Frage zurück, ob ein Kernwaffenkrieg als „tosende Gewaltsamkeit" noch ein handhabbares Instrument der Politik sei.[103]

Aus der Revolution im Militärwesen und der Einbeziehung ganzer Völker in einen Nuklearkrieg leitete er die Frage ab, ob sich das Wesen des Krieges gewandelt habe und auch ein solcher Krieg als Fortsetzung der Politik anzusehen wäre?[104] Die zwingende Logik, mit der Türpe seine Gedanken entwickelte, führte ihn doch dazu, auch einen Raketen-Kernwaffen-Krieg als Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln anzusehen. Dafür gab es zwei Gründe. |51/52|

Erstens ging Türpe von der Dialektik des wirklichen und absoluten Krieges aus. Den absoluten Krieg identifizierte er mit dem Nuklearkrieg. Da jedoch die Dialektik von wirklichem und absolutem Krieg auf Clausewitz zurückging, trug auch dieser absolute Krieg kein anderes Wesen in sich.[105]

Zweitens hatte Türpe die widersprüchliche und kontrovers geführte Diskussion um das Wesen des Kernwaffenkrieges in der Sowjetunion verfolgt und vertrat die, seit Mitte der 60er Jahre durchgesetzte, dominante Position.[106]

Ein zweites Hindernis auf dem Weg der Erkenntnis der neuen Qualität des Krieges ergab sich aus folgendem Zusammenhang. Der Krieg der Klassen-

101 G. Kießling, Das philosophische Erbe W. I. Lenins und Probleme des modernen Krieges. Rezension. In: DZfPh, 1975, Heft 5, S. 749.
102 Ebenda.
103 A. Türpe, Die Dialektik von Krieg und Frieden in der modernen Epoche. In: DZfPh, 1978, Heft 3, S. 318.
104 Marxistisch-leninistische Philosophie und Kampf um den Frieden. Thematische Information und Dokumentation, Reihe B, Heft 26, Berlin 1980, S. 107.
105 A. Türpe, Carl Philipp Gottfried von Clausewitz, ein Philosoph des Krieges, a. a. O., S. 136 f.
106 Ebenda, S. 140 ff.

gesellschaft war mit dem Entstehen des Privateigentums an Produktionsmitteln, dem Entstehen von Klassen und somit auch dem Entstehen von Politik verbunden. Logisch betrachtet konnte er aus dieser Sicht nur negiert werden, indem die Klassengesellschaft mit all ihren Attributen wieder verschwand. Doch ein solcher Prozeß war für die Gegenwart und nahe Zukunft nicht abzusehen. Demzufolge blieb in der theoretischen Betrachtung alles beim Alten?

Der Krieg war und blieb die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, auch ein Nuklearkrieg?

Hier lag ein tiefes philosophisches Problem. Die neue Qualität des Krieges, der Nuklearkrieg, präsentierte sich in einem gesellschaftlichen Umfeld, das durch und durch Politik war. D. h. auch dieser Krieg erwuchs aus einem politischen Entstehungszusammenhang, auch dieser Krieg wurde nicht ohne die Klasseninteressen an ihm vorbereitet. Eines konnte man in diesem Krieg, wenn er einmal entfesselt war, aber nicht mehr, was sonst jahrtausendelang selbstverständlich gewesen war – nämlich Politik fortsetzen. |52/53|

Hier tat sich ein Widerspruch auf zwischen der Genesis eines Krieges und seiner Funktion. Dieser Widerspruch war nur ausgehend von der politischen Wesensbestimmung des Krieges zu erfassen. So weit war marxistisches philosophisches Denken zum Krieg aber noch nicht vorangeschritten. Um die Situation bildlich zu fassen – Theseus stand zögernd, den Ariadnefaden in der Hand haltend, mitten im Labyrinth.

Das militärische Wesen des Krieges

Vor der marxistischen Philosophie erhob sich bei der umfassenden Bestimmung des politischen Wesens des Krieges das Problem, das Besondere des Krieges gegenüber dem Allgemeinen der Politik zu bestimmen. „Der Krieg ist Teil eines Ganzen (der Politik d. A.), dessen allgemeine Züge und Gesetze er in sich enthält, zugleich ist er verschieden von diesem Ganzen und bildet eine relativ selbständige Erscheinung.“[107] Wiederum an Clausewitz anknüpfend wurde der Gedanke aufgenommen, daß der Krieg, als Verschiedenes zur Politik, bestimmte eigene Gesetze hat.[108] Neben der Darstellung des Klasseninhaltes, des politischen Inhaltes des Krieges, wurde es als unerläßlich betrachtet, den Krieg in seinem Wesen auch „als … Akt organisierter bewaffneter Gewaltanwendung zu erfassen“.[109]

---

107 B. Rothe, A. Türpe, Das Wesen des Krieges …, a. a. O., S. 1340.
108 Ebenda.
109 G. Kießling, Krieg und Frieden in unserer Zeit …, a. a. O., S. 37.

Eine philosophische Analyse dieser zweiten Seite des Wesens des Krieges erfolgte jedoch damals noch nicht. Vielmehr wurde das als ein Problem weiterer philosophischer Forschung erkannt,[110] in deren Folge eine enge Verbindung zur Militärwissenschaft entstand. |53/54|

Die „erste Ableitung“ aus dem Wesen des Krieges

Nur der Vollständigkeit halber soll unter der Überschrift „Leistungen der marxistischen Philosophie“ auch die Wertung des Krieges als gerechter oder ungerechter Krieg, „als unmittelbare Folge seiner Wesensbestimmung“ einbezogen werden.[111] Im Punkt 2.2. erfolgt eine umfangreiche und kritische Darstellung jener marxistischen Auffassung von den gerechten und ungerechten Kriegen, da sie sich mehr und mehr zu einer Grenze philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden entwickelte. Deshalb soll hier nur kurz auf Bleibendes verwiesen werden.

Zu Recht wehrten sich marxistische Philosophen gegen den von bürgerlicher Seite vorgetragenen Vorwurf, mit dieser Auffassung eine Rechtfertigungstheorie „sozialistischer Kriege“ geschaffen zu haben.[112] Es wurde hervorgehoben, daß die sozialistischen Revolutionen aus dem Kampf der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg, für den Frieden, hervorgingen. Weiterhin wurde ein objektives Bewertungskriterium für gerechte und ungerechte Kriege angelegt. Es wurde im Zusammenfallen von Klasseninteressen mit dem gesellschaftlichen Fortschritt mittels Krieg gesehen.[113] So war es möglich, auch allen anderen Klassen in der Geschichte, solange sie Progressives verkörperten, das Führen gerechter Kriege zuzubilligen. Eine Leistung marxistischer Philosophie bei der Ausarbeitung der Lehre von den gerechten und ungerechten Kriegen bestand darin, an Lenin anknüpfend, Typen gerechter und ungerechter Kriege zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wurden die Widersprüche der Epoche[114] analysiert und Kriege in unserem Jahrhun- |54/55| dert in ihrer korrelativen Beziehung dargestellt.[115] Das bedeutete, ein differenzierteres Bild bei der Bewertung

110 W. Scheler, Zu einigen strittigen Fragen der Diskussion. In: Protokoll des Kolloquiums, a. a. O., S. 111.

111 G. Rau, P. Händel, G. Kießling, W. Pluntke, W. Scheler, Gerechte und ungerechte Kriege, Berlin 1970, S. 10.

112 Ebenda, aber auch E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von…, a. a. O., S. 235 f. oder Grundlagen des historischen Materialismus. Lehrbuch, Berlin1977, S. 572 ff.

113 G. Kießling, W. Scheler, Friedenskampf und politisch-moralische Wertung des Krieges. In: DZfPh, 1976, Heft 1, S. 39.

114 Die Definition des Epochebegriffes ging zurück auf die Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960. Vgl. Erklärung der Beratung …, a. a. O., S. 10.

115 G. Rau, P. Händel, G. Kießling, Gerechte und …, a. a. O., S. 42 ff. oder Lehrbuch …, 1977, a. a. O., S. 572 ff. oder G. Kießling, W. Scheler, Gerechte und ungerechte Kriege

konkreter Kriege in der Epoche zu entwerfen, Krieg nicht pauschal als gerecht oder ungerecht zu beurteilen, sondern für jede am Krieg beteiligte Seite eine wissenschaftliche Bewertung vorzunehmen. Diese Auffassungen zu gerechten und ungerechten Kriegen nahmen breiten Raum eines Kapitels[116] des im Jahre 1976 erschienenen Lehrbuches „Grundlagen des historischen Materialismus“ ein. Nach fünfzehnjähriger Pause[117] fand so das Thema „Krieg und Frieden“ wieder Eingang in die philosophische Lehre in der DDR. |55/56|

2.2. Die Begrenztheit der Wesensbestimmung des Krieges durch die marxistische Philosophie in den 70er und 80er Jahren – Die Auseinandersetzung mit dem „nuklearen Pazifismus“ John Somervilles

Die Auseinandersetzung mit J. Somerville zog sich wie ein roter Faden durch die philosophische Literatur der DDR in den 70er und 80er Jahren. Das zentrale Problem bestand in der unterschiedlichen, ja kontroversen Beurteilung der Kriegsfolgen eines Nuklearkrieges bei Somerville einerseits und Philosophen aus der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern andererseits. Die sogenannte Kriegsfolgenproblematik stellte sich in dieser Auseinandersetzung als das „Gravitationszentrum“ dar, an das verschiedene theoretische Schlußfolgerungen, angefangen von der Bestimmung des Wesens eines Nuklearkrieges, über die Beurteilung seiner Gerechtigkeit, bis hin zu wehrethischen Fragen, folgerichtig gebunden waren. Je nach dem, wie man die Kriegsfolgen eines modernen Krieges einschätzte, konnte man am Wesen des Krieges festhalten, oder man mußte seine Einschätzung grundlegend revidieren. Ging die Menschheit in einem solchen Krieg nicht unter, gab es also Menschen, die nach einem solchen Krieg noch Politik machen konnten, so war das vereinigende Band zwischen Krieg und Frieden erhalten geblieben. Krieg und Frieden waren ihrem Wesen nach das, was sie seit Jahrtausenden waren. Ein solcher Krieg bzw. der in seiner Folge entstehende Frieden konnte je nach Interessenlage der jeweiligen Klassen als gerecht oder ungerecht beurteilt werden. Darüber hinaus war zu bedenken, ob man sich auf solch einen Krieg, in dem man den Sieg davonzutragen gedachte, auch moralisch vorbereiten mußte. Andersherum

---

in unserer Zeit, Berlin 1981, S. 67 ff.

116 W. Scheler, Krieg und Gewalt in der Geschichte der Klassengesellschaft. In: Grundlagen des historischen Materialismus (Lehrbuch) 2. Auflage, Berlin 1977, S. 564 ff.

117 Im Jahre 1961 war durch G. Klaus im Rahmen des Schaffens von Lehrunterlagen das Thema „Krieg und Frieden“ letztmalig behandelt worden. Siehe G. Klaus, Krieg und Frieden …, a. a. O. Die in den Jahren 1967 und 1974 erschienenen Philosophielehrbücher sparten dieses Thema jedoch aus.

– ging man davon aus, daß die Menschheit in einem solchen Krieg unterging, es also nach einem solchen Krieg auch keine Menschen mehr gab, die Politik fortzusetzen vermochten, es also keine Politik mehr gab, riß das einigende Band zwischen Krieg und Frieden. Zumindest ein solcher Krieg war nicht mehr das, was er seit Jahrtausenden war. Einen solchen Krieg brauchte man auch nicht als gerecht oder ungerecht zu bezeichnen, da keine Klasse ihre Interessen durchzusetzen vermochte und es am Ende keine Sieger, sondern nur Besiegte gab. Auf einen solchen Krieg brauchte man sich auch nicht moralisch vor- |56/57| zubereiten, höchstens auf seine Verhinderung.

Etwa so, wie hier dargestellt, war die Ausgangsposition der sich in der Auseinandersetzung befindenden Kontrahenten.

Die Kriegsfolgen stellten sich als ein Problem dar, das sowohl nach innen, auf das Wesen des Krieges, als auch nach außen, auf die daraus hervortretenden „Ableitungen“, die Bewertung in gerechte und ungerechte Kriege und die Wehrmoral, vermittelnde Funktionen ausübte. Diese zentrale Stellung der Kriegsfolgenproblematik läßt den Schluß zu, daß es sich hierbei um einen markanten Punkt der Wesensveränderung des Krieges handelte, der später im Begriff der Allesvernichtung Eingang in die Bestimmung der neuen Qualität des Krieges im nuklear-kosmischen Zeitalter finden sollte.

John Somerville, ein engagierter Friedensanhänger und Bürgerrechtler aus den USA, erhielt in den 30er Jahren, als Stipendiat der Columbia Universität, die Möglichkeit eines Studienaufenthaltes in der Sowjetunion. In den 70er Jahren Präsident der „Gesellschaft zum Studium des dialektischen Materialismus“ wirkte er als Professor an der New Yorker Universität. Für internationales Aufsehen sorgten seine Auftritte auf dem XV. Weltkongreß für Philosophie 1973 in Varna und auf dem XVI. Weltkongreß für Philosophie 1978 in Düsseldorf. Vor allem in der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Philosophen P. N. Fedossejew, dessen Position auch Philosophen in der DDR teilten, vertrat Somerville damals folgende Auffassung. Erstens betrachtete er die marxistische Theorie von den gerechten und ungerechten Kriegen als historisch gerechtfertigte Unterscheidung. Zweitens ging er davon aus, daß jetzt, da ein Krieg mit Kernwaffen ausgetragen würde, eine solche Unterscheidung als veraltet anzusehen wäre. „Wenn aber diese bewaffnete Gewalt, die benutzt wird, um Leben, Rechte und materielle Güter zu `verteidigen`, im Endergebnis zur Vernichtung der menschlichen Rasse führt, so ist es auf keiner der beiden Seiten mehr ein gerechter Krieg. Selbst vom Standpunkt derjenigen, die ursprünglich angegriffen wurden und denen Unrecht getan wurde, ist ein solcher Krieg ein Heilmittel, das schlimmer |57/58| ist als die Krankheit. … Das ist keine

Selbstverteidigung, sondern Selbstvernichtung und nicht allein Selbstvernichtung, sondern Allesvernichtung.“[118] Somerville löckte auf diese Weise deutlich wider den Stachel. Er brandmarkte nicht den Kernwaffen einsetzenden imperialistischen Angreifer, sondern auch den Kernwaffen einsetzenden sozialistischen Verteidiger. Diese Annahme von Somerville war natürlich bedenklich – vor allem auch unter dem Blickwinkel der von ihm selbst antizipierten Möglichkeit des Untergangs der Menschheit in einem solchen Krieg. Dieses Herangehen hätte zumindest bedeutet, Opfer und Aggressor auf die gleiche Stufe zu stellen. Aber machte nicht Somerville in erster Linie darauf aufmerksam, daß keine der beiden Seiten mehr erfolgreich, sprich siegreich einen Krieg führen könne?

Wie reagierte nun die marxistische Philosophie in der DDR auf diese „Angriffe“?

Erstens wurde durchgängig das Engagement Somervilles im Friedenskampf gewürdigt. Zweitens wurde seine gesamte Auffassung als insgesamt fehlerhaft zurück gewiesen. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag aber nicht in der Kritik des Gleichsetzens von Opfer und Aggressor, obwohl immer wieder auf diesen Sachverhalt hingewiesen wurde. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag vielmehr inhaltlich in der Kritik der von ihm gesetzten Prämisse, des Untergangs der Menschheit in einem nuklearen Weltkrieg. Indem man versuchte, das Gegenteil nachzuweisen, daß die Kriegsfolgen nicht zum Untergang der Menschheit führen würden, konnte auch die theoretische Begründung von der Gerechtigkeit eines nuklearen Verteidigungskrieges durch die Staaten des Warschauer Vertrages weiter theoretisch begründet werden. |58/59|

Da Somerville Ende der 60er Jahre mit seiner nuklear-pazifistischen Position auftrat, wurde ihm 1970 entgegnet: „Die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen wird deshalb meist mit der Begründung abgelehnt, daß angesichts der Gefahr einen Kernwaffenkrieges, der die Existenz der Menschheit in Frage stellen könne (Hervorhebung d. A.), eine solche Unterscheidung sinnlos geworden sei.“[119]

Hocke und Scheler, W. wählten folgendes Herangehen: „Die grundlegende Prämisse (bei Somerville, d. A.) ist die Gefahr einer völligen Vernichtung

118 J. Somerville, Marxism, World Peace and the Technological Revolution. In: Akten des XV. Weltkongresses für Philosophie, Band 6, Sofia 1975, S. 785 f. Diese Standpunkte entwickelte Somerville auch in: J. Somerville, Die Demokratie und das Problem des Krieges. In: J. D. Frank, Muß Krieg sein? Psychologische Aspekte von Krieg und Frieden, Darmstadt 1968, S. 430 ff. bzw. J. Somerville, Durchbruch zum Frieden. Eine amerikanische Gesellschaftskritik, Darmstadt 1973.

119 G. Rau, P. Händel, G. Kießling, Gerechte und ungerechte Kriege, Berlin 1970, S. 15.

beider Seiten in einem nuklearen Krieg. Daraus wird abgeleitet, es sei unmöglich geworden, daß angesichts dessen eine der beiden Seiten einen gerechten Krieg führen kann.“[120] Ohne diese „Prämisse“ in ihrer Aussage zu entkräften, wurde das bedenkliche Gleichsetzen von Opfer und Aggressor bei Somerville als hinreichender Grund angeführt, um seine Auffassung zu widerlegen. „Ganz unabhängig (Hervorhebung d. A.) von der Wahrheit oder Falschheit der gesetzten Prämisse, ein nuklearer Krieg sei das Ende der Menschheit, ist die Schlußfolgerung falsch, daß jeder Krieg, auch der des Opfers der Aggression, aufhört, ein gerechter zu sein.“[121] Im Laufe der Zeit wurde jedoch immer deutlicher, daß man Somerville eigentlich beweiskräftig nicht widerlegt hatte. „An einer gewissen Stelle haben wir z. B. haltgemacht in der Argumentation gegen den nuklearen Pazifismus. Wir haben die unlogische Konstruktion des nuklearen Pazifismus aufgedeckt, aber im Grunde seine Prämisse nicht beweiskräftig widerlegen können, daß es keine Sieger geben wird.“[122] Die Erkenntnis dieses Problems war ein wesentlicher Ausgangspunkt für die spätere Weiterentwicklung des philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden in der DDR. Daß man aber noch ein ganzes Stück von der Er- |59/60| kenntnis der revolutionären Veränderung des Wesens des Krieges, auf Grund der Folgen eines nuklearen Weltkrieges entfernt war, zeigt die Tatsache, daß überhaupt nicht ins Kalkül gezogen wurde, daß Somerville (und andere) Recht haben könnten. „Unsere feste Überzeugung ist, daß wir in einem solchen Krieg siegen werden und daß es einen Sinn hat, zu kämpfen. Aber dort wird es eben ein militärwissenschaftliches Problem, dort wird die Grenze der Philosophie überschritten, dort muß … verarbeitet werden, daß ein solcher Krieg zu rationellen Zielen für unsere Klasse führen kann und daß die verschiedenen Berechnungen über die unvermeidliche Vernichtung allen Lebens von wesentlichen Faktoren abstrahieren.“[123]

Wahrscheinlich legte die Militärwissenschaft keine Ergebnisse diesbezüglich vor, denn im Jahre 1981 wurde jene „fragwürdige Prämisse“ ohne Verwendung naturwissenschaftlicher bzw. militärwissenschaftlicher Erkenntnisse[124] einer näheren Untersuchung unterzogen. „Nachdem erwiesen ist, daß aus der Prämisse, ein neuer Weltkrieg bedeute die Vernichtung der Menschheit, nicht der Schluß gezogen werden kann, daß damit auch auf sozialistischer Seite kein gerechter Krieg mehr möglich sei, soll auch die

120 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von …, a. a. O., S. 253.
121 Ebenda, S. 254.
122 W. Scheler, Zu einigen strittigen Fragen …, a. a. O., S. 111.
123 Ebenda, S. 111.
124 F. Rupprecht wies zwar 1976 auf das Buch von C. F. v. Weizsäcker „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, München 1970, hin. In: DZfPh, 1976, Heft 1, S. 12 f. Berücksichtigung in der marxistischen Philosophie der DDR fand dieser Hinweis jedoch nicht.

Prämisse selbst auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Die Marxisten-Leninisten verkennen nicht die ungeheuer schwerwiegenden Folgen eines solchen Krieges. … Bedeutet das aber physische Ausrottung der Menschheit? Stünde also am Ende eines gerechten Verteidigungskrieges gegen eine imperialistische Kernwaffenaggression nichts anderes als das Ende der Menschheit, um deren Interessen dann umsonst gekämpft worden wäre? Eine solche Annahme |60/61| würde zwar nichts an der Gerechtigkeit dieses Krieges ändern, wohl aber die Siegeszuversicht in Frage stellen und den Kampfwillen lähmen."[125] Wiederum war die Prämisse nicht beweiskräftig widerlegt. Dafür spürte man aber die gravierende Wirkung der Kriegsfolgenproblematik auf alle bisher als gültig angesehenen theoretischen Grundsätze und praktisch-politischen Handlungen. Nun wurde versucht, mit philosophischen Schlußfolgerungen der durch Somerville aufgeworfenen Frage zu begegnen. Dabei geriet man in eine eigentümliche Nähe zu kriegsbefürwortendem Denken. Das bedeutete, die Auffassung Somervilles als bürgerliches Krisenbewußtsein zu qualifizieren, das in Übereinstimmung mit der Untergangsstimmung der Bourgeoisie insgesamt stünde.[126] Im folgenden kritisierte man jene militanten Kriegsideologen, die die Folgen eines solchen Krieges als „gar nicht so schrecklich" betrachteten und den Sieg in einem nuklearen Weltkrieg für möglich hielten.[127]
Es mutet sonderbar an, aber bei der Begründung der Siegeszuversicht sozialistischer Streitkräfte in einem solchen Krieg mußte die marxistische Philosophie ebenfalls auf den Gedanken zurückgreifen, daß man in diesem Krieg rationale Ziele anstreben könne. „Im Falle eines imperialistischen Kernwaffenüberfalls hätten die sozialistischen Streitkräfte die historische Mission zu erfüllen, die Menschheit zu retten, sie durch die möglichst rasche Niederschlagung des imperialistischen Aggressors vor dem Schlimmsten zu bewahren. Die Gerechtigkeit eines Krieges zur Verteidigung der sozialistischen Gemeinschaft … ist einer der objektiven Gründe dafür, daß der Sozialismus von überlegener Position aus kämpfen und den Sieg erringen würde."[128] |61/62|

Zusammenfassend wurde der Schluß gezogen: „In der Abstraktion vom sozialen Wesen und Charakter eines nuklearen Krieges … liegt also der Grund für die Falschheit der Prämisse, daß die physische Ausrottung der Menschheit unvermeidlich wäre."[129]

---

125 W. Scheler, G. Kießling, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin 1981, S. 60.
126 Ebenda, S. 61.
127 Ebenda.
128 Ebenda, S. 63.
129 Ebenda.

All das wurde in einer Zeit geschrieben und vertreten, da die Kriegsgefahr durch eine neue Runde des Wettrüstens, die Eiszeit in den diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Großmächten und eine Phase der Konfrontation in den internationalen Beziehungen überhaupt zunahm. Was Wunder, wenn Somerville angesichts dieser Situation und auch angesichts der mangelnden Fähigkeit von Philosophen aus den sozialistischen Ländern, Neues zu erkennen und die eigenen Auffassungen kritisch zu überarbeiten, seine Haltung zuspitzte. Im Jahre 1981 erschien sein Buch „Soviet Marxism and Nuclear War", in dem er vor allem die Antwort auf den nuklearen Erstschlag für den Untergang der menschlichen Zivilisation verantwortlich machte. „Der erste Angriff mit solchen Waffen wird die Menschheit nicht vernichten. Wenn aber dieser Angriff mit Waffen derselben Art beantwortet wird und eine Reihe nuklearer Schläge ausgetauscht werden, wird die menschliche Rasse ausgelöscht werden."[130] Mit dieser zugespitzten Position goß Somerville Öl ins Feuer, denn diese direkte Freisprechung eines Aggressors konnte nicht unwidersprochen bleiben.[131] Im Grunde trug diese fehlerhafte Position Somervilles dazu bei, die Diskussion um die Kriegsfolgenproblematik zu behindern und sich der zutreffenden Kritik seinerseits an marxistischen Positionen nicht zu stellen.

In den 70er und 80er Jahren, also im gesamten Zeitraum der Auseinandersetzung mit Somerville, spielten auch noch andere Argumentationslinien eine Rolle. Sie sollen an dieser Stelle nur kurz |62/63| erwähnt werden. Eine Argumentationsrichtung bestand darin, darauf zu verweisen, daß die Einschätzung eines nuklearen Verteidigungskrieges als gerechten Krieg nicht mit einem „Wollen" dieses Krieges zu verwechseln sei. Eine andere Argumentationsrichtung lief darauf hinaus, das Einschwenken bürgerlicher Theoretiker, zu denen man auch Somerville zählte, auf eine nuklearpazifistische Position aus der Veränderung des internationalen (militärischen) Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus abzuleiten. Eine dritte Argumentationsrichtung lief darauf hinaus, das Primat der Kriegsursachen gegenüber den Kriegsfolgen zu betonen. Dieses Vorgehen ist nur in dem Punkt zu kritisieren, daß man die Kriegsfolgen, als Vernichtung der Menschheit, nicht akzeptierte. Ansonsten wurden hier richtige Einsichten in den Entstehungsmechanismus der Kriegsgefahr und Möglichkeiten ihrer Minderung vermittelt.

---

130 Soviet Marxism and Nuclear War. An International Debate. From the Proceedings of the Special Colloquium of the XVth World Congress of Philosophy. Edited with an Introduction by John Somerville. Greenwood Press. Westport (Connecticut) 1981, S. 27.

131 Vgl.: E. Woit, Diskussion um die Lebensfrage der Menschheit. In: DZfPh, 1982, Heft 10, S. 1257 ff.

Alles in allem wird deutlich, daß die Auseinandersetzung mit Somerville, die Auseinandersetzung um die Beurteilung der Kriegsfolgen einen großen Umfang philosophischer Arbeit in der DDR einnahm. Doch nicht nur der Umfang der Auseinandersetzung, sondern vor allem die Verfestigung der Positionen der Kontrahenten ließ einen Durchbruch auf diesem Gebiet philosophischer Arbeit in der DDR zu einem neuen Denken über das Wesen des Krieges als unwahrscheinlich erscheinen. Aus welcher Richtung philosophischen Denkens in der DDR kamen nun die Anstöße für das Überwinden jenes ambivalenten Beharrungsvermögens? Wurde in einer Zeit, da sich marxistisches philosophisches Denken in der Auseinandersetzung um die Kriegsfolgenfrage verstrickte, sich die konträren Positionen mehr und mehr verfestigten, neue Lösungsansätze gefunden, die sich als Voraussetzungen für eine Neubewertung des Wesens des Krieges im nuklear-kosmischen Zeitalter erweisen sollten? |63/64|

2.3. Die marxistische Philosophie der DDR an der Schwelle zur Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges

Stellt man sich die Frage, wodurch Lösungsansätze für die Neubewertung des Wesens des Krieges gefunden wurden, so muß man den Blick auf das philosophische Denken zum Frieden richten.

Im Verlauf des europäischen Entspannungsprozesses hatte sich vor allem in Westeuropa eine bürgerliche Friedensforschung etabliert, deren Vertreter, z. B. D. Senghaas, E. Jahn, J. Galtung u. a., von einer Wesensveränderung des Krieges im Nuklearzeitalter und von der Alternativlosigkeit des Friedens ausgingen. Sie teilten also vielfach die Positionen A. Einsteins, A. Schweitzers, K. Jaspers u. a. in diesen Punkten. Aufgrund des anhaltenden Wettrüstens und der damit verbundenen Kriegsgefahr entwickelten sie theoretische Konzepte, die beide Supermächte gleichermaßen kritisierten. Dieser zweiten Generation von „Paxologen“, die eine „klassenneutrale“ Haltung zur Krieg-Frieden-Frage einnahmen, stand nun auch die zweite Generation marxistischer Philosophen aus der DDR „gegenüber“. Ihr Herangehen, die „in der Konflikt- und Friedensforschung gängigen Auffassungen über Krieg und Frieden auf die ihnen letztlich zugrunde liegende philosophische Konzeption zurückzuführen, um damit ihre falschen (Hervorhebung d. A.) weltanschaulichen … Ausgangspunkte sichtbar zu machen,“[132] entsprach den aus den 50er Jahren überkommenen Anschauungen. Die Situation, in der sich die marxistischen Philosophen, wie z. B.

132 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von …, a. a. O., S. 48.

F. Rupprecht, E. Hocke, W. Scheler, F. Welsch u. a., befanden, unterschied sich jedoch kraß von der in den 50er Jahren.

Erstens war seitdem ein militärisches Vernichtungspotential angehäuft worden, dessen Einsatz die Menschheit mehrfach vernichten konnte. Zweitens zeigte sich immer deutlicher, daß zwischen militärischer Stärke und Entspannung kein ursächlicher Zusammenhang bestehen konnte. Denn das fortgesetzte Wettrüsten und das |64/65| damit verbundene Mißtrauen führten zum Umschlagen der politischen Entspannung in eine neue Phase der Konfrontation. Drittens stand mit dem Anwachsen der Konfrontation ein Aufschwung militanten kriegsbefürwortenden Denkens im Zusammenhang, dem man nur mit kategorischem Friedensdenken entgegentreten konnte. Das war aber auch ein Anliegen der bürgerlichen Friedensforschung. Unter diesen Voraussetzungen mußten jene Philosophen, die sich der Ausarbeitung einer marxistischen Friedenskonzeption zuwandten, die verhängnisvolle Wirkung einer ideologisch begründeten Grenzziehung zum bürgerlichen Friedensdenken früher oder später begreifen. Dieser komplizierte und widersprüchliche Entwicklungsprozeß ist aber nur zu verstehen, wenn man sich vorerst den Inhalt marxistischen Friedensdenkens, die Struktur des marxistischen Friedensbegriffes in jener Zeit verdeutlicht.

Um all den Herausforderungen an die Krieg-Frieden-Frage in den 70er Jahren begegnen zu können, entstand allgemein die Frage, wann und durch wen denn die philosophische Friedenskonzeption ausgearbeitet worden war. Dieser Frage nachgehend, mußte man auf eine eklatante Lücke stoßen.[133] Ein erster Ausdruck der Überwindung dieses Rückstandes war die beginnende Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforschung,[134] das Erscheinen eines thematischen Heftes der Deutschen Zeitschrift für Philosophie[135] sowie die von Hocke und Scheler vorgelegte Arbeit „Die Einheit von Sozialismus und Frieden“.[136] |65/66|

Vor allem diese Schrift prägte einen Friedensbegriff, dessen Struktur bis heute für das marxistische Friedensdenken konstitutiv ist.

Erstens wurde der Frieden nicht als polarer Gegensatz zum Krieg definiert und damit eine ahistorische Bestimmung des „Friedens an sich“ vermieden.[137] Den auf diese Weise geschichtlich (historisch-materialistisch)

133 Siehe: W. Scheler, Rede auf der Tagung des wissenschaftlichen Rates für Philosophie am 25.04.1980. In: Thematische Information und Dokumentation, a. a. O., S. 14.

134 A. Böhnisch / W. Steinke, Bürgerliche Friedensforschung, Berlin 1973, bzw. F. Welsch, Die „kritische Friedensforschung“ in der BRD und ihre Philosophie eines „dritten Weges“ zum Frieden. Dissertation (B), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1979.

135 Siehe DZfPh, 1976, Heft 1.

136 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, Berlin 1977.

137 Ebenda, S. 69.

definierten Frieden untersuchten Hocke und Scheler in unterschiedlichen qualitativen Ausprägungen (historischen Kategorien).[138] Um das zu realisieren, knüpften sie den Frieden an den Überbegriff der Gesellschaft. Ein, der Tendenz nach, stetiges Aufsteigen der Gesellschaft von einer ökonomischen Formation in die andere kennzeichnete so auch den Fortschritt des Friedens. Das bedeutete, die marxistische Friedenskonzeption der 70er Jahre entstand auf dem Fundament damals gültiger Ansichten zur Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation und im Zusammenhang mit einem allgemein verbreiteten linearen Fortschrittsverständnis. Der Fortschritt gesellschaftlicher Entwicklung zum Sozialismus bedeutete die Negation aller gesellschaftlichen Verhältnisse der Ausbeutergesellschaften, einschließlich des von ihnen geprägten Friedens. Das Entstehen dieser neuen Qualität der Gesellschaft bedeutete, auf das Entstehen einer neuen Qualität des Friedens zu schließen.[139] Diese durchaus schlüssige Ableitung des Zusammenhangs von Sozialismus und Frieden, die ein Mittel zur wissenschaftlichen Analyse des Friedens in der Geschichte insgesamt darstellte, kennzeichnete jedoch ein wesentlicher Mangel. Das wirkliche gesellschaftliche Leben im real existierenden Sozialismus wurde ob dieses Zusammenhanges nicht kritisch genug befragt. So wurde die Friedenstheorie und weniger die gesellschaftliche Praxis durch eine Parteiideologie als Aushänge- |66/67| schild für einen, auch auf diesem Gebiet, angeblich überlegenen Sozialismus genutzt. Diese Diskrepanz und der Mißbrauch der Friedensidee stellen unter gegenwärtigen Bedingungen eine schwere Bürde für das marxistische Friedensdenken dar und fordern zu neuen Arbeiten heraus. Die allgemeine Struktur des marxistischen Friedensbegriffes in den 70er Jahren war zweitens dadurch gekennzeichnet, von der historischen Kategorisierung des Friedens ausgehend die Aufmerksamkeit auf die friedliche Koexistenz zu richten. Die einschneidenden Bedingungen für diesen, in der Menschheitsgeschichte als einmalig bezeichneten Frieden erkannten aber F. Rupprecht, E. Hocke, W. Scheler u. a. (noch) nicht im Eintritt der Menschheit in das Nuklearzeitalter.[140] Vielmehr stellten sie einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen friedlicher Koexistenz und Epochebestimmung her.[141] Ihre Ansichten kennzeichneten damit nicht schlechthin die friedliche Koexistenz, sondern die friedliche Koexistenz zweier antagonistischer, entgegengesetzter, unversöhnlicher Weltsysteme,[142] also die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen.

138 Ebenda, S. 123 ff.
139 Ebenda, S. 135 f.
140 Ebenda, S. 145 f.
141 Ebenda, S. 147 ff.
142 Ebenda, S. 266 bzw. F. Rupprecht, Philosophische Probleme der marxistisch-leninistischen Friedenskonzeption. In: DZfPh, 1976, Heft 1, S. 10.

An diese Bestimmung der friedlichen Koexistenz knüpfte nahtlos das dritte Strukturelement des marxistischen Friedensbegriffes an. Der Frieden zwischen antagonistischen Weltsystemen konnte nur durch den bewaffneten Schutz der einen, friedlichen Seite (Sozialismus) gegen die andere, hauptsächlich aggressive Absichten verfolgende Seite (Imperialismus), gesichert werden. Der Begriff der friedlichen Koexistenz implizierte somit einen bewaffneten Frieden.[143] |67/68|

Innerhalb dieser hier gezeichneten Struktur des marxistischen Friedensbegriffes gab es in den 80er Jahren, ausgehend von einer neuen Wesensbestimmung des Krieges, gravierende Veränderungen. Doch dazu später.

Das tiefgründige Beschäftigen mit dem Frieden und die damit verbundene Identifikation mit diesem Thema führte Hocke und Scheler zu einer teilweisen Anerkennung der Positionen bürgerlicher Friedensforscher. Der sich daraus ergebende Disput[144] war Ausgangspunkt einer über Jahre dauernden Entwicklung.

Marxistisch philosophisches Denken zu Krieg und Frieden in der DDR verstand sich von Anfang an als Fortsetzung progressiven Friedensdenkens der klassischen deutschen Philosophie bzw. bürgerlich humanistischen Denkens in der europäischen Geschichte.[145] Ein bevorzugtes Herangehen marxistischer Philosophie in den 60er und 70er Jahren bestand darin, den Beweis anzutreten, daß die spätbürgerliche Philosophie (F. Nietzsche, O. Spengler u. a.) jene progressiven Gedankeninhalte des aufsteigenden Bürgertums zu |68/69| Krieg und Frieden zurückgenommen und geistige Grundlagen einer „Kriegsphilosophie“ gelegt hatte.[146] Damit wurde ein richtiger Sachverhalt erfaßt, nämlich die Existenz einer kriegsideologischen Strömung im spätbürgerlichen philosophischen Denken. Der Mangel dieses Herangehens lag aber darin, die aktuellen Gedankenströmungen der bürgerlichen Philosophie zu Krieg und Frieden wenig zu differenzieren und sie linear der regressiven Entwicklungslinie der spätbürgerlichen Phi-

143 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von …, a. a. O., S. 242 bzw. S. 267.

144 „Es ist deshalb nicht ganz verständlich, wenn Hocke und Scheler in dem Bestreben, die Gemeinsamkeiten der objektiven Interessen von Marxisten und kleinbürgerlichen Ideologen an der Erhaltung des Weltfriedens hervorzuheben …deren faktische Einordnung in das ideologische Herrschaftsarsenal … imperialistischer Kreise gering bewerten. Wenn sie z. B. Dieter Senghaas, Fritz Vilmar und Ekkehart Krippendorff bescheinigen, daß sie `einen wichtigen Beitrag … zur Durchsetzung des Gedankens der friedlichen Koexistenz `(S. 61) leisten, so ist das zumindest ein Mißverständnis.“ F. Welsch, Rezension, Die Einheit von Frieden und Sozialismus. In: DZfPh, 1978, Heft 11, S. 1443.

145 Vgl.: W. Mussler, M. Klein, Die Einheit von…, a. a. O., S. 17 ff. bzw. M. Klein, Deutsches M. Klein, Deutsches Friedensbuch – Vorwort, Berlin / Weimar, 1965.

146 Vgl.: G. Rau, L. Glaß, A. Loose, Politik und…a. a. O., S. 14 ff.

losophie zuzuordnen.[147] Einen ersten Durchbruch in diesem Zusammenhang erreichten Hocke und Scheler, W. anknüpfend an G. Klaus, als sie im spätbürgerlichen Denken zu Krieg und Frieden zwischen einer reaktionären und einer pazifistisch-humanistischen Linie unterschieden.[148] Eine Beziehung beider Linien zum Wesen des Krieges ergab sich aus folgendem Zusammenhang: Die reaktionäre Linie knüpften sie an ein Denken, das auch den Kernwaffenkrieg als Fortsetzung der Politik betrachtete. Dem entgegengesetzt ordneten sie der pazifistisch-humanistischen Linie jene Konzeption zu, die zwar den Krieg, nicht aber den Kernwaffenkrieg als Fortsetzung der Politik betrachtete.[149]

Neben dem erreichten Fortschritt hatte aber auch dieses Vorgehen einen Mangel. Die Trennlinie in der Auseinandersetzung wurde nicht zwischen beiden Linien bürgerlichen Denkens hindurchgezogen, sondern zwischen bürgerlichem und marxistischem Denken. |69/70| Wie in den Punkten 1.2. und 2.2. der vorliegenden Arbeit gezeigt, lag der Schwerpunkt der Auseinandersetzung nicht auf der reaktionären, sondern auf der pazifistisch-humanistischen Linie. Das führte zu dem Paradoxon, daß die marxistische Philosophie ihre eigentlichen Bündnispartner im Kampf gegen den allesvernichtenden Krieg oft stärker kritisierte als die beiden gemeinsamen Gegner. Die Gründe hierfür sind dargelegt und bestanden, kurz gesagt, erstens in einem noch unzureichenden Entwicklungsstand der marxistischen Philosophie selbst in Bezug auf die Erkenntnis qualitativer Unterschiede im Wesen des Krieges, und zweitens in den Grenzen, die die damals praktizierte Politik der Stärke, sowohl der NATO als auch der Staaten des Warschauer Vertrages, der Philosophie indirekt auferlegten.

Als Ende der 70er Jahre die politische Entspannung zu Ende ging und durch die Eigendynamik des Rüstungswettlaufs eine neue Phase schärfster politischer Konfrontation einsetzte, lag auch die Gefahr einer „geistigen Eiszeit“, einer Neuauflage des Kalten Krieges im geistigen Leben nahe. Daß das nicht geschah, ist u. a. auch ein Verdienst marxistischer Philosophen. Mit der Zunahme der Kriegsgefahr in dieser Zeit traten besonders jene reaktionären bürgerlichen Ideologen hervor, die einen Kernwaffenkrieg als handhabbares politisches Instrument betrachteten und die alle geistigen Hindernisse auf dem Weg der Kriegsvorbereitung niederreißen wollten. Die marxistische Philosophie reflektierte diesen Prozeß vor allem über die Ausarbeitung des Begriffes der „imperialistischen Kriegsideolo-

147 Dieses Herangehen wurde auch durch den „Kalten Krieg“ befördert. Beispiel dafür ist die in der Philosophie des Verbrechens“ vorgenommene ungerechtfertigte Kritik des „ganzen“ Jaspers. Siehe vorliegende Arbeit, S. 22 ff.

148 E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von …, a. a. O., S. 47 f.

149 Ebenda, S. 104 f.

gie“.[150] Doch bei der Analyse jenes kriegsideologischen Denkens wurde sichtbar, daß es sich gar nicht |70/71| so sehr gegen das marxistische Denken aus den sozialistischen Ländern richtete, sondern in erster Linie gegen den „feigen Pazifismus“ im eigenen Lager selbst. Und jenes Denken, das sich im bürgerlichen Lager gegen das kriegsideologische Denken formierte, das war auch nicht jener Pazifismus, den die marxistische Philosophie bisher als „blakendes Flämmchen im Schein der gleißenden Brandfackel des Krieges“ wahrgenommen hatte. Die marxistische Philosophie in der DDR registrierte die Entwicklung beider Strömungen im bürgerlichen Denken, und das noch, bevor sie Einsicht in das Wesen des allesvernichtenden Krieges erhielt. Überhaupt wurde das Analysieren der Entwicklung beider bürgerlicher Geistesströmungen ein Katalysator für das Erkennen des neuen Wesens des Krieges im nuklear-kosmischen Zeitalter. Doch bis zu diesem Punkt mußte noch eine Voraussetzung reifen, mußte die Trennlinie zwischen bürgerlichem und marxistischem Denken zu Krieg und Frieden neu bestimmt werden. Wie vollzog sich dieser Prozeß?

Ausgehende von Lenin, der auf die zwei Richtungen innerhalb der internationalen Bourgeoisie[151] hingewiesen hatte, wurde eine „weite Pazifismusauffassung“ entwickelt,[152] und das Feld imperialistischer |71/72| Kriegsideologie näher bestimmt. „Zweitens besteht der politische Sinn der Unterscheidung der imperialistischen Kriegsideologie von allen anderen

150 Eine Definition imperialistischer Kriegsideologie gab z. B. E. Hocke. Er fasste sie als „Teil der politischen Ideologie der Bourgeoisie, der die unmittelbare ideologisch-theoretische Grundlage des imperialistischen Militarismus, der Vorbereitung und Führung imperialistischer Raub- und Eroberungskriege, des fortschrittsfeindlichen Gebrauchs militärischer Gewalt und des reaktionären, ungerechten imperialistischen Frieden bildet.“ In: DZfPh, 1982, Heft 4, S. 492. Weitere Bestimmungen in: Schriften der Militärakademie 1981, Heft 192, S. 9 ff. oder E. Hocke, G. Kießling, W. Scheler, Wesen und Hauptinhalt der heutigen Imperialistischen Kriegsideologie, Berlin 1982, S. 11 ff.

151 Angeknüpft wurde an Lenin, der innerhalb der internationalen Bourgeoisie in ein „grob-bürgerliches, reaktionär-bürgerliches und pazifistisch-bürgerliches Lager“ unterschied. W. I. Lenin, Entwurf eines Entschlusses des ZK der KPR (B) über die Aufgaben der sowjetischen Delegation in Genua. Ergänzungsband Oktober 1917 bis 1923, Berlin 1971, S. 423. bzw. W. I. Lenin, Der XI. Parteitag der KPR (B), 27. März bis 2. April 1922, Band 33, Berlin 1962, S. 250.

152 Eine weite Pazifismusauffassung wurde in zweierlei Hinsicht entwickelt. Erstens: „Die Hauptvertreter der in der Krieg-Frieden-Frage realistischeren bürgerlichen Kräfte sind … im liberalen Flügel des amerikanischen und westeuropäischen bürgerlichen politischen Denken in der Sozialdemokratie … zu finden. Aktive Verfechter… gibt es auch innerhalb der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen pazifistischen Kreise und der anderen nichtmarxistischen Kräfte der … Friedensbewegung sowie in nichtpaktgebundenen Ländern Europas.“ In: Schriften der Militärakademie 1981…, a. a. O., S. 11. Zweitens: … “reicht die pazifistische Linie der Bourgeoisie heute von bürgerlich-humanistischen Motivationen über vorwiegend ökonomisch bedingte kapitalistische Friedensinteressen bis zum realistischen Verzicht auf einen Weltkrieg aus Motiven der Selbsterhaltung.“ In: Thematische Informationen, a. a. O., S. 33.

Strömungen des bürgerlichen Denkens über Krieg, Frieden und militärische Gewalt darin, den Rahmen abzustecken, in dem die geistigen Gemeinsamkeiten liegen, die wir mit allen am Frieden interessierten Kräften haben. … Die analytische Aussonderung der imperialistischen Kriegsideologie ist also wesentlich für die Herstellung eines äußerst breiten politischen Bündnisses, als dessen einzige ideologische Vorbedingung die gemeinsame Gegnerschaft zur imperialistischen Kriegsideologie gelten kann."[153]

Dieses Vorgehen fand aber nicht ungeteilte Zustimmung unter den marxistischen Philosophen in der DDR. E. Woit warnte in einem 1980 erschienenen Artikel vor der „Neutralität" in der Krieg-Frieden-Frage. Er verwies darauf, daß Philosophie immer ideologierelevant sei. Daraus abgeleitet zog er die Trennlinie prinzipiell zwischen marxistischem und bürgerlichem Denken zu Krieg und Frieden. „Spätbürgerliches Philosophieren zu Krieg und Frieden in unserer Zeit ist – trotz mancher wertvoller Teilerkenntnisse … stets Philosophieren im Geiste und im Interesse des Kapitalismus."[154] Diese Position, die Woit damals vertrat,[155] entsprach einem Herangehen, den Systemgegensatz über das einende Interesse am Frieden |72/73| zu stellen.[156] Demgegenüber setzte sich Hocke im Jahr 1982 mit dem Einwand auseinander, daß die Differenzierung der bürgerlichen Auffassungen ausschließlich politische und nicht auch weltanschauliche Bedeutung habe. „Bestimmender Ausgangspunkt ist selbstverständlich die Gegenüberstellung von Materialismus und Idealismus im Denken über Krieg und Frieden. … Im Hinblick auf die Formierung einer breiten Antikriegsfront gegen die imperialistische Kriegspartei und ihre imperialistische Ideologie ist

153 E. Hocke, Philosophische Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsideologie. In: DZfPh, 1982, Heft 4, S. 494.

154 E. Woit, Positionen spätbürgerlichen Philosophierens über Krieg und Frieden in unserer Zeit. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, 1980, Heft 1, S. 23.

155 Das philosophische Schaffen E. Woits weist in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Entwicklung auf. Mit später folgenden Arbeiten relativierte er diese Position und trug zur differenzierten Beurteilung spätbürgerlichen Friedensdenkens bei. Z. B.:
E. Woit, Angst – Bedrohung – Friedenssicherung. In: DZfPh, 1984, Heft 3, S. 214 ff.
E. Woit, Karl Jaspers über Krieg und Frieden in unserer Zeit, In: Karl Jaspers (1883-1969), Halle 1984, S. 149 ff.
E. Woit, Systemantagonismus und Weltfrieden. In: DZfPh, 1986, Heft 12, S. 1078 ff.
E. Woit, Zur marxistischen Analyse spätbürgerlichen philosophischen Friedensdenkens. In: Informationsbulletin – Aus dem philosophischen Leben der DDR, 1989, Heft 3 – 5, S. 33 ff.

156 Dieses Herangehen lag auch der, etwa ab Mitte der 70er Jahre in der DDR betriebenen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforschung zugrunde. Siehe
F. Welsch, Friedenssehnsucht und Friedenskampf. Zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforschung, Berlin 1980, bzw. Artikel von F. Welsch in der DZfPh, 1978, Heft 11 und DZfPh, 1981, Heft 3 – 4.

die ideologische Grenzziehung zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Über dem, was ideologisch trennt, muß … das übergeordnete Interesse am Frieden stehen."[157] Daraus wurde der Schluß gezogen, daß es notwendig sei, die „Gegenüberstellung von imperialistischer Kriegsideologie auf der einen Seite und von sozialistischer Friedensideologie und (Hervorhebung d. A.) bürgerlichem Pazifismus auf der anderen Seite" vorzunehmen.[158] Damit war ein wesentlicher, ein neuer Ausgangspunkt gewonnen, von dem aus das Wesen des klassischen Krieges als vergänglich erfaßt werden konnte. Die marxistische Philosophie in der DDR stand nicht mehr in einem ausschließlichen Gegensatz zu allen Strömungen der spätbürgerlichen Philosophie. Die neu gezogene Trennlinie ermöglichte es, die Erkenntnisse humanistisch gesinnter pazifistischer bürgerlicher Philosophen neu zu durchdenken und sich nicht in einem ausschließlichen Gegensatz zu ihnen zu verstehen. So wurde es |73/74| prinzipiell möglich, auch ihre Intention einer grundlegenden Wesensveränderung des Krieges aufzunehmen und ihr aus marxistischer Sicht „entgegen zu arbeiten".[159] |74/75|

3. Altes und neues Denken im Widerstreit – einige Aspekte der philosophischen Diskussion um das Wesen des allesvernichtenden Krieges in den 80er Jahren

3.1. Zur Charakteristik des Zustandes philosophischen Denkens zum Krieg am Anfang der 80er Jahre

Bevor man zu einer Charakteristik des Zustandes philosophischen Denkens zum Krieg am Anfang der 80er Jahre kommen kann, ist es angebracht, die politische und geistige Situation jener Jahre in einer kurzen Reminiszenz zu verdeutlichen.

---

157 E. Hocke, Philosophische Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsideologie. In: DZfPh, 1982, Heft 4, S. 495.

158 Ebenda.

159 Die hier vorgenommen Darstellung zielte darauf, Anstöße im philosophischen Denken zur Neubewertung des Wesens des Krieges herauszuarbeiten. Natürlich endete die philosophische Arbeit nicht an dem skizzierten Punkt. Vor allem in folgenden Arbeiten wurde eine differenzierende Sicht auf spätbürgerliches Friedensdenken entwickelt:
E. Hahn, Sozialistischer Humanismus und Frieden. Individuum und Gesellschaft bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus. In: VI. Philosophiekongreß der DDR, Berlin 1985.
E. Hahn, Friedenskampf ohne Ideologie?, Berlin 1988.
B. P. Löwe, Rezension, Bürgerliche Friedensforschung. In: DZfPh, 1976, Heft 1.
B. P. Löwe, Politologie contra Frieden. In: DZfPh, 1983, Heft 12.

Auf der einen Seite hatte der ausbleibende politische Erfolg für die USA und ihre Verbündeten im Ergebnis des Entspannungsprozesses, aber auch die dem Rüstungswettlauf innewohnende Logik zur Stärkung der Position jener konservativen Kräfte geführt, die nicht an einem Fortsetzen der Entspannung interessiert waren. Während man bisher von der Gleichzeitigkeit des Rüstens und Verhandelns ausgegangen war (Harmel-Bericht 1967), trat jetzt das Zurückdrängen der Entspannungstendenzen vor allem über das Forcieren des „Nachrüstens“ und das Entwickeln neuer, auf Europa ausgerichteter militärstrategischer Konzepte in den Vordergrund. Nur von einer neu zu erreichenden Position militärischer Stärke aus sollten zukünftige Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages geführt werden. Ihnen war es nämlich gerade in jenen Jahren der politischen Entspannung gelungen, ein etwaiges militärstrategisches Gleichgewicht zu erlangen. Das hieß, auf der anderen Seite waren auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten unter dem Grundsatz des Verhandelns auf der Basis militärischer Stärke in den Entspannungsprozeß eingetreten und hatten damit einen Erfolg erzielt. Zum einen war im Ergebnis der KSZE die Nachkriegsordnung in Europa anerkannt, zum anderen war der noch in den 60er Jahren vorhandene Abstand auf militärischen Gebiet aufgeholt und als politisches Druckmittel neutralisiert worden. Im politischen Bewußtsein der DDR schlug sich das so nieder, daß es dank der militärischen Stärke (Überlegenheit) gelungen war, den Imperialismus zur Entspannung zu zwingen.

Unter den sich nun ergebenden Bedingungen einer beginnenden Konfrontation, aus der Position des Erfolges heraus, was lag da |75/76| näher, als die bisher erfolgreich durchgesetzte Strategie weiter zu verfolgen, den neuen Rüstungswettlauf mitzugehen und zu versuchen, die Folgen der Konfrontation zu begrenzen.

Doch diese Strategien, vor allem das beiderseitige Setzen auf den militärischen Faktor, erwiesen sich als Spiel mit dem Feuer. Im Verlauf des Anwachsens der politischen und militärischen Konfrontation wurden besonders in den USA immer mehr Kräfte hochgespült, die ungeachtet aller Gefahren und Risiken auf die direkte Anwendung militärischer Gewalt setzten. Militärstrategische Siegkonzepte für einen Nuklearkrieg wurden entwickelt, und eine irrationale, einer Kriegshysterie ähnelnde Stimmung machte sich breit. Das wurde begünstigt durch eine größtenteils unflexible Außenpolitik der Sowjetunion[160] und unangemessene Reaktionen auf die

160 Vgl.: M. S. Gorbatschow, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1986, S. 92.

angekündigte Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.[161]

Das militärische Eingreifen in Afghanistan baute die Spannungen nicht ab, im Gegenteil, es rief die zur Konfrontation drängenden Kräfte regelrecht auf den Plan. So verschlechterten sich die internationalen Beziehungen innerhalb weniger Jahre teilweise dramatisch, und die Nuklearkriegsgefahr wuchs sprunghaft an. Mitten in dieser Situation wurden naturwissenschaftliche und medizinische Studien veröffentlicht, die den Beweis erbrachten, daß ein Kernwaffenkrieg zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag, ja, daß ein minimaler Einsatz militärischen Potentials in Europa zur Vernichtung der natürlichen und sozialen Lebensgrund- |76/77| lagen der Menschheit führen würde.[162] Diese offensichtliche Entwertung des militärischen Faktors, auf den man gerade verstärkt in der „Gestaltung“ der internationalen Beziehungen setzte, wurde vor allem von jenen Kräften wahrgenommen, die schon den politischen Entspannungsprozeß konzeptionell vorbereitet und praktisch mitgetragen hatten.[163] Durch eine sich weltweit formierende Koalition der Vernunft und des Realismus (zu der auch Kräfte in der DDR, auch in der ehemaligen SED zählten) wurde nach Auswegen aus dieser gefahrvollen Situation gesucht. Doch dieser Koalition der Vernunft und des Realismus stand die Phalanx derer entgegen, die auf die Tatsachen praktischer politischer Entwicklung verwiesen und die über erprobte militärische Lösungsansätze verfügten.

So entstand, auch in den sozialistischen Ländern, eine Auseinandersetzung um die Art und Weise der Gestaltung der internationalen Beziehungen, besonders die Rolle bewaffneter militärischer Gewalt. Es war jedes Mal ein Erfolg der auf Vernunft und Realismus setzenden Seite, wenn politische Grundsätze wenigstens teilweise durchbrochen wurden. So erklärten die die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Januar 1983, „daß alle Erwägungen, einen Kernwaffenkrieg vom Zaune zu brechen und ihn

---

161 Vgl.: W. Sagladin, Zum Frieden gibt es keine vernünftige Alternative, Berlin 1987, S. 87.

162 I. Tschasow, L. Iljin, A. Guskowa, Sowjetische Mediziner über die Gefahren eines Nuklearkrieges, o. O., o. J.; Sicherheit für alle, Abrüstungsprogramm, Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen unter Vorsitz von Olof Palme, Moskau 1982; J. Schell, Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkrieges, München, Zürich, 1982; Die UNO – Studie Kernwaffen. Vollständiger Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, München 1982.
G. Fuchs, Von der Atombombe zum nuklearen Holocaust. In: Wissenschaft und Friede. Wien 1981, Heft 3.

163 Ausdruck dafür waren verschiedene Artikel in der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“, z. B. A. Bowin, Die unvergängliche Bedeutung der Leninschen Ideen. In: Deutsche Außenpolitik 1981, Heft 2.
S. Doernberg, Die Strategie des Friedens der sozialistischen Gemeinschaft. In: Deutsche Außenpolitik 1981, Heft 4.

zu gewinnen, jeder Vernunft hohnsprechen. In einem Kernwaffenkrieg, würde er entfesselt, kann es keine Sieger geben“.[164] Doch blieb die Mili- |77/78| tärdoktrin, aus dem Jahre 1960 stammend, trotz dieser Erklärung gültig, was nichts anderes bedeutete, als dennoch der Option des Sieges in einem nuklearen Weltkrieg zu folgen. Eine gewisse Lösung fand diese Auseinandersetzung um die Rolle bewaffneter militärischer Gewalt bei der Gestaltung internationaler Beziehungen in den Ländern des Warschauer Vertrages durch die vom XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleitete und mit dem Namen Gorbatschows verbundene Wende hin zum „neuen Denken“ sowie durch das Inkraftsetzen einer neuen Militärdoktrin im Mai 1987.

In diese Widersprüche und Konflikte, in diese Auseinandersetzungen, ja Kämpfe, sahen sich marxistische Philosophen zu Beginn der 80er Jahre hineingestellt. Ihr Anliegen war es, zur Begründung und Ausarbeitung der Position der auf Vernunft und Realismus bauenden Kräfte beizutragen. Doch stellte sich das komplizierter dar als angenommen.

Der erreichte Entwicklungsstand philosophischen Denkens ließ es vielfach nicht zu, die neu entstandene, komplizierte Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen.

Dieser Umstand und die Tatsache, daß der Gegenstand Krieg und Frieden nur von wenigen Philosophen bearbeitet wurde, führte auch viele andere Sozial-, besonders Politikwissenschaftler dazu, philosophische Fragen, so auch die nach dem Wesen des Nuklearkrieges, aufzugreifen.[165] |78/79|

Den wohl tiefsten Einschnitt für die Entwicklung philosophischen Denkens zum Krieg stellte die veränderte Beurteilung der Kriegsfolgenproblematik dar. Ihre zentrale Stellung im System der Ansichten über den Krieg (aber auch den Frieden) verlangte eine Überarbeitung, wenn nicht sogar Neufassung aller diesbezüglichen philosophischen Auffassungen.

Folgende Situation war entstanden: Was man bis Anfang der 80er Jahre als marxistischer Philosoph noch mit guten Gewissen über Krieg und Frieden gedacht und geschrieben hatte, konnte man nun nicht wider guten Wissens weiter vertreten. Das führte zu einer tiefen Erschütterung philosophischen

---

164 Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: Neues Deutschland (A), 7. Januar 1983.

165 G. Powik, Entspannung und Konfrontation, Berlin 1984; H. Bonk, K. Franke, W. Paff, Friedenssicherung und Abrüstung – zentrale Frage des Kampfes im Staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1984.
Europa – Frieden oder Untergang, Berlin 1984; F. Berg, R. Reissig, Zur Dialektik von Frieden, Sicherheit und sozialem Fortschritt in der Gegenwart. In: DZfPh, 1985, Heft 10, S. 865 ff.; M. Geiger, Der gesunde Menschenverstand und die Logik des Nuklearzeitalters. In: DZfPh, 1986, Heft 12, S. 1116 ff.; H. Neubert, Friedliche Koexistenz und Kampf um sozialen Fortschritt in der Gegenwart. In: DZfPh, 1987, Heft 10, S. 867 ff.

Denkens in der DDR und verlangte, die eigens und z. T. vehement vertretenen Positionen schonungslos der Kritik zu unterziehen. Mit dem Abstand von heute ist das leichter gesagt, als damals getan. Das philosophische Denken zu Krieg und Frieden befand sich in einer komplizierten Situation. Jenes, im Abschnitt 2.2. verdeutlichte, ambivalente Beharrungsvermögen kennzeichnete einen latenten Vorkrisenzustand. Das besagt, philosophisches Denken war daran gewöhnt, den Schein gesellschaftlicher Prozesse zu analysieren und nicht diese selbst, es besagt auch, daß philosophisches Denken in unzureichender kritischer Distanz zu sich selbst stand und demzufolge ein teilweises Dogmatisieren nicht verhindern konnte. Aus diesem Grund lösten die naturwissenschaftlichen und medizinischen Studien zu den Folgen eines Nuklearkrieges nicht sofort einen Aufschwung philosophischen Denkens aus. Im Gegenteil, jener latente Vorkrisenzustand schlug dadurch in eine offene Krise philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden in der DDR um. Da es sich nicht nur um eine Krise einer speziellen Richtung philosophischen Denkens, sondern in diesem Punkt um eine umfassende, verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Bewußtseins erfassende geistige Krise handelte, ist es m. E. legitim, neben philosophischen, inneren auch äußere Krisenmomente zu benennen.

Das erste, innerphilosophische Krisenmoment resultierte aus der vor der Philosophie stehenden immensen Anforderung, Neues zu verarbeiten, und der noch unzureichend entwickelten Fähigkeit, dieser Anforderung zu entsprechen. So stellte sich philosophisches Denken nur zögernd der Herausforderung, das Wesen von Krieg und Frieden und alle daraus hervortretenden Ableitungen neu zu be- |79/80| stimmen. Die neuen Fragestellungen wurden vielfach nur genannt, zu ihrer Beantwortung wurden aber alte, für vergangene Zeiten und Bedingungen richtige, Erklärungs- und Interpretationsmuster herangezogen. „Die ideellen Haupthindernisse, die der neuen Denkweise entgegenstehen, sind konservative … Denk- und Verhaltensmuster. Konservativ meint hier … eine Haltung, die neuen Anforderungen mit alten Mitteln begegnet.“[166] Ihrem Wesen nach handelte es sich also um eine Krise philosophischen Denkens, in der sich konservatives altes und neues Denken begegneten. Damit soll auch gesagt sein, daß das innerphilosophische Krisenmoment auch die Möglichkeit der Überwindung der Krise zum Ausdruck brachte. Denn je mehr die Philosophen in der DDR dazu übergingen, in ihrem eigenen Denken alte Erklärungs- und Interpretationsmuster abzustreifen und auf neue Fragen neue Antworten zu finden, desto stärker wurden die Möglichkeiten der Überwindung der Krise.[167] Das ge-

166 H. Seidel, Philosophie, ihre Geschichte und die Gegenwart. In: DZfPh, 1987, Heft 8, S. 674.

167 Der Begriff der Krise philosophischen Denkens beinhaltet m. E. Entwicklungsstimuli,

schah auch dadurch, daß Anregungen anderer Sozialwissenschaftler aufgenommen bzw. politische Entscheidungen in ihrer Konsequenz auf die bisher gültigen philosophischen Prämissen geprüft wurden.

Ein zweites, äußeres Krisenmoment trat aus folgendem Zusammenhang hervor: Das philosophische Denken zum Krieg hatte bestehende militärpolitische Realitäten bisher noch nie in Frage gestellt, sondern immer zu ihrer Begründung beigetragen. Jetzt führte jeder zaghafte Versuch der Entwicklung eines neuen Gedankens zur Reibung mit Bestehendem (und zum Vorwurf der Ketzerei). Der von konservativen „Parteiideologen“ in unterschiedlichen staatlichen und wissenschaftlichen Gremien ausgeübte Druck auf manche Philosophen behinderte die zügige Entfaltung neuen Denkens zu Krieg und Frieden. Dieses Krisenmoment wurde aber teilweise durch einen |80/81| außenpolitischen Pragmatismus relativiert, durch dessen Rückendeckung die Publizierung so manchen neuen Gedankens möglich wurde.

Das philosophische Denken zu Krieg und Frieden in der DDR sah sich also Anfang der 80er Jahre dem Zwang ausgesetzt, entweder die bisher vertretenen Auffassungen als relative Wahrheiten zu erkennen und aus eigener Kraft die wissenschaftlichen Grundlagen umzubrechen oder aber im Dogmatismus und Konservatismus zu erstarren. Der krisenhafte Entwicklungsprozeß philosophischen Denkens führte nicht zu einem allmählichen Absterben, sondern zu einem kräftigen Aufschwung schöpferischen, kritischen, neuen Denkens (siehe Abschnitt 3.3.). Das ist auch die gegenwärtig vorherrschende Entwicklungslinie und Inhalt aktuellen Theoriebildungsprozesses. |81/82|

3.2. Die Krise philosophischen Denkens und das Wesen des Krieges

Eine Darstellung wichtiger inhaltlicher Momente, an denen sich die Krise philosophischen Denkens zum Krieg manifestierte, muß zweierlei in Rechnung stellen. Erstens ging es um den Entwicklungsstand und den Entwicklungsweg philosophischen Denkens. Woher kam es, wo lagen seine Stärken, wo seine Schwächen? Wie gelang es, in den 80er Jahren die Beschränktheit der eigenen Auffassungen zu erkennen und aus dieser Kenntnis heraus zu einer Fortentwicklung weiterzuschreiten?

All das sind Fragen, die wissenschaftlich streng zu konstatieren sind und denen sich die folgende Darstellung widmet.

Triebkräfte, die zur Überwindung des Stagnationsmomentes führen können.

Doch muß bei aller wissenschaftlichen Strenge nicht auch Beachtung finden, daß hier Menschen nach Auswegen aus einer bisher unerahnten Gefahr suchten, die durch andere, ja bis vor kurzem durch sie selbst, nicht als solche erfaßt bzw. akzeptiert wurde? Entsprach das Aufwerfen neuer Fragen, besonders nach 1982, die zum Teil unvollkommene Durchdringung und die in der Konsequenz häufig zum Ausgangspunkt zurückkehrende Darstellung nur dem Suchen der Philosophen als Philosophen nach neuen Wahrheiten? Widerspiegelte das nicht einen Zustand des Bewußtseins einer ganzen Gesellschaft, dem das philosophische Denken immanent war, nun aber versuchte, auf Grund neuer wissenschaftlicher Einsichten in die tatsächlichen Folgen eines Krieges, sich zu lösen und vorauszueilen?

Und konnte nicht manche Unvollkommenheit, das Ausweichen auf bisher gültige Auffassungen nicht einfach als Ausdruck politischer Machtkämpfe gedeutet werden, deren Reglement sich marxistisch philosophisches Denken zu fügen hatte.[168] Fragen, die aufgeworfen wurden, obwohl sie in der nachfolgenden Darstellung keine Priorität genießen – Fragen, die aber mit bedacht sein sollen. |82/83|

Anfang der 80er Jahre lagen also neue Erkenntnisse zu den Folgen eines Nuklearkrieges vor. Wie reagierten Philosophen aus der DDR auf diesen Umstand?

Im Jahre 1983 wurde erstmals durch Kießling und Scheler, W. auf den veränderten Stellenwert der Kriegsfolgenproblematik hingewiesen. „Nach Auffassung der Marxisten-Leninisten hat die Frage nach den Folgen eines Kernwaffenkrieges einen neuen Stellenwert erlangt, denn diese Folgen haben heute eine menschheitsgefährdende Dimension … Die Gefahr des Untergangs der Menschheit im Falle eines Kernwaffenkrieges ist also eine Realität, die auch der Verteidiger in Rechnung stellen muß.“[169] Darüber hinaus versuchten sie, alle Aussagen umzuarbeiten, die bisher auf den anzustrebenden Sieg in einem nuklearen Weltkrieg ausgerichtet waren. Beide Anliegen wurden jedoch nicht konsequent bewältigt. Erneut wurde eine prinzipielle Auseinandersetzung mit Somerville geführt,[170] wobei die durch ihn vertretene „Weltuntergangsvision“ als Mittel der ideologischen Diversion fehlinterpretiert wurde. Die Argumentation lief wiederum darauf hinaus, „die Prämisse, daß die physische Ausrottung der Menschheit un-

168 Die marxistische Philosophie in der DDR, ihre Stellung als Magd der Politik – das war eines der Hauptprobleme des VII. Philosophiekongresses 1989 in Berlin.

169 W. Scheler, G. Kießling, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, 2. bearbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1983, S. 65 f.

170 Ebenda, S. 61 ff. Hier wurde vor allem Bezug auf Somervilles Positionen in seinem Buch „Soviet Marxism and Nuclear War“ von 1981 genommen.

vermeidlich wäre“[171], als falsch zu bezeichnen. Auch in Hinblick auf den „Sieg“ kamen sie in dieser Broschüre, die eine Zweitauflage der im Jahr 1981 erschienenen Publikation gleichen Namens darstellte, noch nicht zu neuen Schlußfolgerungen. Im Unterschied dazu ging Scheler in einem 1983 veröffentlichten Kolloquiumsbeitrag, anknüpfend an S. Doernberg, davon aus, „daß der Krieg im Atomzeitalter nicht mehr die Fortsetzung, sondern das Ende der Politik wäre“.[172] |83/84|

Dieser für die Bestimmung des Wesens des Krieges so bedeutsame Gedanke verschwand aber für längere Zeit aus der philosophischen Literatur der DDR.

Im Jahre 1984 erschien die Schrift „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“. Hier wurde, durch einen breiten Autorenkreis, der Versuch unternommen, die veränderte Lage philosophisch tiefer und zutreffender zu erfassen. Das Wesen des Krieges berührend, wurden erstmals in der DDR die Folgen eines nuklearen Weltkrieges umfassend dargestellt. In diesem Zusammenhang wurden Kriegsursachen und Kriegsfolgen richtig zueinander ins Verhältnis gesetzt und die Überbetonung der Kriegsursachen gegenüber den Kriegsfolgen überwunden. Vor allem die aus den Kriegsfolgen abgeleiteten Schlußfolgerungen waren für das philosophische Denken der DDR revolutionär. Doch offenbarte sich auch hier ein Fortschritt in Grenzen.

Ein erster Durchbruch auf dem Weg zum Verständnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges und zum neuen Denken über den Krieg bestand in der Anerkennung des Veränderns der Ziel-Mittel-Relation in einem nuklearen Weltkrieg. „Infolge der militärtechnischen Entwicklung ist so eine Situation entstanden, in der sich mit immer mehr und qualitativ neuen Waffensystemen immer weniger … politische Ziele erreichen lassen. Wenn früher der Krieg oft als das letzte Mittel der Politik galt, so ist in der Gegenwart mit der Möglichkeit eines alles vernichtenden Kernwaffenkrieges eine grundlegend neue Lage entstanden. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß die Mittel der Kriegführung über die Kriegsziele hinausgewachsen sind.“[173] Von dieser Darstellung ausgehend, wurden eine „Veränderung der Ziel-Mittel-Relation“ und eine Veränderung „im Wesen des

171 Ebenda, S. 67.

172 W. Scheler, Die Lehre von Krieg und Armee und die sozialistische Friedensstrategie. In: Militärgeschichte im Klassenkampf unserer Zeit, Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz des Militärgeschichtlichen Institutes der DDR anlässlich des 100. Todestages und des 165. Geburtstages von Karl Marx. 24. März 1983, Berlin 1983, S. 65.

173 G. Kießling, Das Wesen des Krieges im Zeitalter nuklearer Waffen. In: Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984, S. 74.

Krieges“ bemerkt.[174] So wichtig und weitreichend diese Schlußfolgerungen auch waren, eine kritische Bemerkung sei trotzdem gestattet. Ein „Verändern“ bedeutete im Sinne der Autoren |84/85| noch keinen Qualitätssprung. Obwohl Kießling im Jahre 1983 schon in die unmittelbare Nähe dieses Gedankens geraten war, als er das Hinauswachsen der Mittel des Kernwaffenkrieges über sein Ziel als antagonistischen Widerspruch beschrieb[175], war doch mit der Anerkennung des „Veränderns“ die Grundlage dafür geschaffen, wie sich auch später zeigen wird, im Maß der Clausewitzschen / Leninschen Kategorie des Krieges zu verharren.

Durchweg positiv ist die Tatsache einzuschätzen, daß in diesem Buch auf den Prozeß des Umschlagens der Kriegsfolgen in die Dimension der Allesvernichtung verwiesen wurde. „Der qualitative Umschlag in den möglichen Kriegsfolgen setzte mit dem Übergang von der konventionellen zur nuklearen Bewaffnung ein und ist nunmehr vollzogen. Die Wesensmerkmale dieser neuen Qualität haben sich voll entfaltet, und damit können die Kriegsfolgen neuer Art in der ganzen Dimension, die ihrem Wesen innewohnt, in Erscheinung treten.“[176] Diese Einschätzung gestattete es, die Relativität früher vertretener Auffassungen zu verdeutlichen. Die aus all diesen neuen philosophischen Ansätzen abgeleiteten politischen Schlußfolgerungen begründeten die Alternativlosigkeit des Friedens und den Ausschluß des Krieges aus dem Instrumentarium der Politik, sie begründeten die Notwendigkeit der Abrüstung und der völligen Abschaffung der Kernwaffen.

Trotz allen Fortschrittes, zurück zu seinen Grenzen. Diese Grenzen türmten sich als „Hindernisse“ auf dem Weg zur Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges auf und kristallisierten sich besonders um folgende drei Problemstellungen heraus. Erstens lag ein Problem darin, die Veränderung im Wesen des Krieges als Umschlagen in eine neue Qualität zu begreifen. „Die neue Ziel-Mittel-Relation hat den Kernwaffenkrieg zwar zu einem untauglichen Instrument gemacht, politische Ziele zu verwirklichen; |85/86| dennoch handelt es sich hierbei um Veränderungen innerhalb des Maßes der Qualität Krieg.“[177] Auch nach 1984 wurde diese Auffassung vertreten. Großmann z. B. schrieb: „Unsere Ansicht besteht

174 Ebenda, S. 77.

175 G. Kießling, Zur marxistisch – leninistischen Auffassung vom Wesen des Krieges unter modernen Bedingungen. In: Die Lehren von Karl Marx und die Sicherung des Friedens. Protokoll des Kolloquiums an der Militärakademie „Friedrich Engels“ anlässlich des 100. Todestages und des 165. Geburtstages von Karl Marx, Berlin 1983, S. 33.

176 G. Kießling, Das Wesen des Krieges im Zeitalter nuklearer Waffen. In: Die Philosophie des Friedens …, a. a. O., S. 63.

177 Ebenda, S. 76.

nun darin, daß auch ein Kernwaffenkrieg die Fortsetzung der Politik mit dem Mittel des Krieges ist.“[178] Der tiefere Grund für diese Auffassungen ging praktisch auf die noch gültige Militärdoktrin, theoretisch in gewisser Weise auf Türpe zurück, der den Krieg in seiner absoluten Gestalt zwar als nicht handhabbares Instrument der Politik, aber eben doch als Krieg, im Clausewitzschen Sinne, betrachtete. An Türpe anknüpfend wurde demzufolge geschlußfolgert: „Wer allein die technischen Kampfmittel, die in einem möglichen Kernwaffenkrieg zum Einsatz kämen, zum A und O seiner Wesensbestimmung macht, … vermag das wahre Wesen eines solchen Krieges nicht zu erschließen. Vor einer solchen Haltung, die heute bei vielen bürgerlichen und revisionistischen Ideologen anzutreffen ist, warnte bereits Carl von Clausewitz, als er schrieb, daß auch dann, „wenn der Krieg ganz Krieg, ganz das ungebundene Element der Feindschaft wäre“, wenn er „zu seiner absoluten Gestalt“ gelangen würde, er durch und durch Politik bliebe. „Gehört der Krieg der Politik an, so wird er ihren Charakter annehmen“, folgerte Clausewitz. „Das gilt für alle Kriege ohne Ausnahme.“[179] (Hervorhebung d. A.)

Ein zweites Problem korrespondierte eng mit dem soeben dargestellten. Das Wesen des Krieges betreffend gelangten die Autoren der „Philosophie des Friedens …“ neben dem Konstatieren der Veränderungen der Ziel-Mittel-Relation noch zu einer weiteren wichtigen Schlußfolgerung. „Zuzustimmen ist gewiß auch dem sowjetischen Philosophen Jewgeni Rybkin, der im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Wesen des Krieges zwei Seiten unterscheidet, „die genetisch-inhaltliche (Entstehung, Klasseninhalt) und die funktional-zielsetzende (die Mittel zur Erreichung des Sieges). |86/87|

Die erste bleibt vollständig erhalten, die zweite ist unter den Bedingungen der massenhaften Anwendung der Kernwaffen ernstlich begrenzt.“[180]

Mit der Trennung des Wesens des Krieges in verschiedene Seiten wurde durch die Philosophen in der DDR dem „Ariadnefaden“ nachgegangen, der zur Erkenntnis des Wesens eines neuen gesellschaftlichen Phänomens, des allesvernichtenden Krieges, führen sollte. Doch auch das verlief nicht unkompliziert, auch in diesem Punkt offenbarte sich die Krise philosophischen Denkens, indem auf einen revolutionären Ansatz mit alten Erklärungs- und Interpretationsmustern geantwortet wurde. Durch ein unterschiedsloses Gleichsetzen von Kriegsvorbereitung und Krieg wurde jene

178 H. Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, Berlin 1985, S. 128.
179 G. Kießling, Das Wesen des Krieges im Zeitalter nuklearer Waffen. In: Philosophie des Friedens …, a. a. O., S. 80.
180 Ebenda, S. 76.

Trennung in verschiedene Seiten des Wesens des Krieges wieder nivelliert und „verschüttet". „Man behauptet, es (marxistisch-leninistisches Herangehen an Krieg und Frieden d. A.) sei für die Gegenwart nicht mehr gültig: die Gefahr, die vom Krieg unter den Bedingungen der heutigen Militärtechnik ausgehe, sei ein allgemeines, globales Menschheitsproblem geworden, das Sein und Nichtsein menschlichen Lebens überhaupt umschließe, und folglich könnten Krieg und Kriegsvorbereitung (Hervorhebung d. A.) heute nicht mehr als Fortsetzung der Politik gelten."[181] Eichhorn I und Grabek hoben zu Recht hervor, daß ein Nuklearkrieg, in dem es keine Sieger geben würde, durch politische Handlungen vorbereitet würde, die man nur über eine Analyse von Klasseninteressen verdeutlichen könne. Aus dieser offensichtlichen Existenz des genetischen Aspektes des Krieges, in einer Zeit schärfster politischer Konfrontation, zogen sie die Schlußfolgerung, daß die „politische Erkenntnisvoraussetzung dafür, unter den heutigen Bedingungen den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten, … also darin (bestehe) zu begreifen, daß (Hervorhebung im Text) Kriegsvorbereitung und Krieg auch heute Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind."[182] Dieses unterschiedslose Gleichsetzen, diese |87/88| Identifikation von genetischem und funktionalem Aspekt des Krieges führt die philosophische Diskussion weg von der Analyse der Funktion des Krieges. Doch gerade in der Funktion des Krieges vollzogen sich doch solch gravierende Veränderungen, wie z. B. die Veränderung der Ziel-Mittel-Relation!

Nun „rächte" sich die Inkonsequenz, nur von einer Veränderung der Ziel-Mittel-Relation auszugehen und nicht von ihrem Sprengen, nun „rächte" sich die Inkonsequenz, von den Veränderungen im Wesen des Krieges doch wieder auf das herkömmliche Wesen eines Nuklearkrieges zu schließen. So richtig wie es war, die politischen Zusammenhänge der Kriegsvorbereitung, das Wesen der Kriegsgefahr aufzudecken, so verhängnisvoll war es aber auch, aus diesen Zusammenhängen heraus auf das Wesen eines Nuklearkrieges zu schließen. Altes und neues Denken lagen offensichtlich im Widerstreit miteinander, doch nicht nur zwischen Philosophen, sondern in ihren Köpfen selbst. Die Befangenheit, in vertrauten, aber überlebten Kategorien und Zusammenhängen zu denken, führte dazu, neue philosophische Gedanken allmählich wieder auf ihr Ausgangsniveau zurückzuführen und somit, praktisch durch die Hintertür, den alten Gedankenzustand wieder herzustellen. Denn: waren Kriegsvorbereitung und Krieg nur verschiedene Erscheinungsformen eines Zusammenhangs, der Politik, dann waren sie qualitativ nicht voneinander abzuheben, dann verblieb auch aus

181 W. Eichhorn I, M. Grabek, Friedenskampf und Klassenkampf. In: Philosophie im Friedenskampf, S. 15.
182 Ebenda, S. 17.

dieser Sicht der Nuklearkrieg im Maß der Clausewitzschen Kategorie „Krieg“.

Genau diese Problemstellung, jetzt noch im Licht der Krise philosophischen Denkens dargestellt, sollte der Ausgangspunkt der Weiterentwicklung philosophischen Denkens und der Überwindung ihrer Krise werden. Doch dazu später.

Vorerst komplizierte sich die Diskussion in diesem Punkt noch weiter. Großmann ging von der ganzheitlichen Betrachtung eines Nuklearkrieges aus und lieferte damit neue Beweise, daß es sich nur um eine „Veränderung“ in der Ziel-Mittel-Relation handelte. „Die ganzheitliche, dialektische Betrachtungsweise hat dazu geführt, das Wesen des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu bestimmen. Sie darf nach unserem Dafürhalten auch dann nicht aufgegeben werden, wenn die relative Eigendynamik des Krieges zu bedeutenden Veränderungen geführt hat. |88/89| Wird die „Formel“ vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mit dem Hinweis auf die alles zerstörende Kraft der Kernwaffen verworfen, so wird sowohl die Dialektik von Ziel-(Zweck)-Mittel als auch die Dialektik von Kriegsursachen und -folgen sowie ihr wechselseitiger Zusammenhang aufgelöst.“[183]
Offensichtlich wurde hier, anknüpfend an die Darstellungen in den 70er Jahren, der Gedanke reaktiviert, die Kriegsursachen- und Kriegsschuldfrage vor die Kriegsfolgenproblematik zu rücken. Im Zusammenhang mit der Identifikation des genetischen und funktionalen Aspektes des Krieges, der Darstellung eines Nuklearkrieges als herkömmlichen Krieg überhaupt, war auch das ein „geordneter Rückzug“ auf alte Positionen.

Unter veränderten und grundsätzlich neuen Bedingungen, trotz revolutionärer Ansätze, bewegte sich philosophisches Denken in der DDR stetig wieder auf den Punkt zu, den Nuklearkrieg als herkömmlichen Krieg aufzufassen. Das hatte unmittelbare Wirkungen auf die „Ableitungen“ aus dem Wesen des Krieges. Folgerichtig gruppierte sich auch darum das dritte Problemfeld. Der tiefe Widerspruch zwischen menschheitsbedrohenden Kriegsfolgen und der Interpretation eines nuklearen Weltkrieges als herkömmlichen Krieg stürzte auch das Denken über die Gerechtigkeit eines nuklearen Verteidigungskrieges und das Nachdenken über den Sinn des Kampfes in einem solchen Krieg in eine tiefe Krise. Auch in dem Buch „Die Philosophie des Friedens …“ fand das seine Widerspiegelung. Zum einen wurde verdeutlicht, daß die These Somervilles, die Schuld für den

183 H. Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, a. a. O., S. 130 f.

Untergang der Menschheit trage der Verteidiger, veraltet war.[184] Die naturwissenschaftlichen und medizinischen Studien zu Beginn der 80er Jahre hatten belegt, die Schuld dafür traf den Erstanwender von Kernwaffen. Da auch Somerville diese Auffassung teilte,[185] lag eigentlich kein substantieller Grund der Auseinandersetzung mit ihm vor. Denn |89/90| welchen Sinn sollte eine nukleare Vereidigung im Todeskampf der Menschheit haben. Zum anderen schreckten aber die Philosophen in der DDR vor der Beantwortung genau dieser Frage erneut zurück. Im Zuge der konservativen Bewältigung auch dieses Problems führten sie erneut eine Auseinandersetzung mit dem „nuklearen Pazifismus“ und begründeten die „Legitimität der Selbstverteidigung des Opfers“.[186] Über diesen Weg erfüllte die Auseinandersetzung mit Somerville eine Ersatzfunktion, den verlorengegangenen Sinn der bewaffneten Verteidigung in einem nuklearen Weltkrieg wiederzufinden.

Doch damit begab sich das philosophische Denken, das auch unter dem Zwang starker politischer Kräfte zu solchen Aussagen gelangte,[187] in offensichtlichen Widerspruch zum gesunden Menschenverstand. Die europäische Friedensbewegung repräsentierte ein Massenbewußtsein, das den veränderten Stellenwert der Kriegsfolgenproblematik, die Unmöglichkeit des Sieges in einem Kernwaffenkrieg, die Sinnlosigkeit des Kampfes in ihm und die Sinnlosigkeit des nuklearen Wettrüstens prononciert zum Ausdruck brachte. Einen treffenden Einblick in dieses neue Denken und seine Reflexion in einer kirchlich getragenen oppositionellen Friedensbewegung in der DDR bietet das 1983 erschienene Buch C. Wolfs „Kassandra“.[188] |90/91|

---

184 G. Kießling, Das Wesen des Krieges im Zeitalter nuklearer Waffen. In: Die Philosophie des Friedens …, a. a. O., S. 130 ff.

185 Ebenda.

186 Ebenda.

187 Die Prager Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages vom Januar 1983 hatte zwar eine eindeutige Aussage getroffen, die Militärdoktrin jedoch war immer noch die aus dem Jahre 1960. Es bestand also ein ungelöster Widerspruch zwischen gültigen militärdoktrinären Grundsätzen und neuen politischen Einsichten. Das führte zur starken Reglementierung des Philosophischen Denkens, auch in der DDR.

188 C. Wolf, Kassandra, Berlin / Weimar 1983.
C. Wolf reflektierte in diesem Buch aktuelle philosophische Probleme. So z. B. kritisierte sie mit der literarischen Fabel der Kassandra eine seit Jahrtausenden betriebene patriarchalische Machtpolitik, die im Atomzeitalter immer noch in den alten Kategorien der Gewalt und des Krieges befangen war. Ihr Blick in die Zukunft geriet ebenfalls zu einem „Kassandra-Ruf“ und offenbarte die Aussicht auf den Untergang des europäischen Kontinents in einem nuklearen Holocaust. Krieg war für sie Vernichtung (S. 122), Sicherheit mit immer mehr Waffen nicht erreichbar (S. 112 f.), Frieden nur als unbewaffneter Frieden denkbar (S. 156) und die Sinnlosigkeit bewaffneter Verteidigung in einem Kernwaffenkrieg gewiß. (S. 138, 141, 156)

Die Suche philosophischen Denkens nach dem Sinn der bewaffneten Verteidigung in einem Kernwaffenkrieg mündete in der Frage: Gibt es in einem solchen Krieg einen Sieger oder gibt es ihn nicht? Die Einsicht in die Kriegsfolgen und offiziell vertretene politische Schlußfolgerungen ließen eine solche Fragestellung eigentlich absurd erscheinen. Doch die Auffassung, auch ein Nuklearkrieg sei nichts anderes als ein herkömmlicher Krieg, und der von retardierenden starken politischen Kräften ausgeübte Druck ließen auch diese Prämissen wieder ins Wanken geraten. So brach sich die Sinnkrise an der Diskussion um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Sieges in einem Kernwaffenkrieg Bahn. Nur wenige Beispiele sollen die Krisenhaftigkeit philosophischen Denkens in diesem Punkt belegen.

Eine typische Aussage bezog sich darauf, daß man in einem Kernwaffenkrieg nicht zulassen könne, daß der Aggressor den Sieg davontrage. „Wäre die sozialistische Gemeinschaft nicht entschlossen, die ganze militärische Macht gegen eine atomare Aggression einzusetzen, dann würde sie dem Aggressor den Sieg ermöglichen.“[189] Was bedeutet das aber anderes, als selbst auf das Davontragen des Sieges zu hoffen?

Eine andere Herangehensweise bestand darin, den Begriff „Sieg“ in andere, nicht den Krieg unmittelbar implizierende Zusammenhänge zu überführen, so z. B. in die Begriffe „Siegesbewußtsein“ oder „Siegeszuversicht“.[190] Schon die Begriffsbildung weist auf das Problem hin. Wenn schon objektiv kein Sieg in einem Kernwaffenkrieg mehr möglich war, so mußte man ihn aber noch „wollen“ können. Aber auch der Epochebegriff in Verbindung mit einem Krieg war ein häufig gebrauchtes Synonym, um den Gedanken des Sieges in einem Kernwaffenkrieg wieder zu beleben.

Jede Neubewertung des Epochebegriffs stellte natürlich auch diesen Zusammenhang in Frage und mußte zurückgewiesen werden. „Leben wir nun tatsächlich im nuklearen Zeitalter? Tun diese Leute recht |91/92| daran, uns die atomare Selbstvernichtung als ein unausweichliches Schicksal vorzuzeichnen? Hierauf kann es nur eine Antwort geben: nein, nein und nochmals nein! Bei allem Respekt vor jenen, die die Menschen im Kapitalismus deutlich auf die Gefährdung hinweisen, ihre Prognose eines zwangsläufigen Untergangs der Menschheit stimmt nicht! Ihre Sichtweise ist einseitig, undialektisch, damit falsch und letztlich auch gefährlich.“[191] |92/93|

---

189 G. Kießling, Das Wesen des Krieges im Zeitalter nuklearer Waffen. In: Philosophie des Friedens …, a. a. O., S. 87.

190 H. Großmann, Frieden, Freiheit …, a. a. O., S. 132.

191 F. Fiedler, Die dialektische Methode im Friedenskampf besser nutzen. In: Philosophen im Friedenskampf, Berlin 1986, S. 75.

3.3. Ein Durchbruch zum neuen Denken – die Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges

Inmitten der Krise philosophischen Denkens entwickelte sich auch der Ansatzpunkt ihrer Überwindung. Das „neue Denken“ über den Krieg brachte den Prozeß der Erkenntnis des neuen Wesens des Krieges zum Ausdruck und später auf den Begriff.

Der theoretische Ursprung für diese Entwicklung lag in der Aufspaltung des Wesens des Krieges in verschiedene Seiten, die Entstehung des Krieges (genetischer Aspekt) und den Krieg selbst (funktionaler Aspekt), sowie im Untersuchen der vermittelnden Zusammenhänge.[192] Das philosophische Problem bestand darin, daß mit dieser Unterscheidung in verschiedene Seiten des Wesens des Krieges ein Weg zur Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges eröffnet, aber noch nicht beschritten war. Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, standen sich auch in dieser Problemstellung altes und, in Anfängen, neues Denken gegenüber. Der Versuch einer konservativen Lösung, der Gleichsetzung von genetischem und funktionalem Aspekt des Krieges über die Gleichsetzung von Kriegsvorbereitung und Krieg führte zur Restauration alten Denkens. Um zur Weiterführung neuer philosophischer Gedanken zu gelangen, mußte erst die Dominanz des alten Denkens auf diesem Gebiet überwunden werden. Das geschah, indem sich die Diskussion auf das Feld der Analyse des funktionalen Aspektes des Krieges verlagerte.

Wie erfolgte das im einzelnen? Eine durch die Deutsche Zeitschrift für Philosophie im Jahre 1985 veranstaltete Diskussion zum Buch „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“ vermittelte dazu ein treffendes Bild.[193] E. Pirsch eröffnete die Diskussion unter der |93/94| Überschrift „Zum Wesen des Krieges im Nuklearzeitalter“. „Die im Buch enthaltenen Antworten auf die Frage, ob die von Clausewitz formulierte … Erkenntnis vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auch auf den Kernwaffenkrieg zutrifft, sind m. E. stichhaltig. Ein von den aggressivsten imperialistischen Kreisen ausgelöster Kernwaffenkrieg trüge natürlich politischen Charakter. Jedoch verliert der Nuklearkrieg seine Funktion (Hervorhebung d. A.), Politik mit anderen Mitteln fortzusetzen.“[194] Dieser offensichtliche Widerspruch wurde von

192 Wesen und Gesetz sind Kategorien gleicher Ordnung. Trotzdem bringt das Gesetz eher das „Verhältnis…zwischen den Wesenheiten zum Ausdruck. Vgl.: W. I. Lenin, Konspekt zur „Wissenschaft der Logik“. Die Lehre vom Wesen. In: Werke, Band 38, S. 144.

193 W. Teichmann, Diskussion zum Buch „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“. In: DZfPh, 1986, Heft 2, S. 143 ff.

194 Ebenda, S. 147.

F. Klein noch deutlicher gemacht. „Forderte Lenin damals die Arbeiterbewegung dazu auf, entgegen der Losung von der „Vaterlandsverteidigung“ die Interessen der Arbeiter dadurch zu realisieren, daß die Waffen zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft eingesetzt werden, so würde heute ein einmal ausgebrochener Nuklearkrieg überhaupt keine Möglichkeit bieten, ihn zur sozialistischen Revolution „weiterzutreiben“. Ohne Wenn und Aber müssen wir die … Prognosen akzeptieren, daß ein Kernwaffenkrieg zur Selbstvernichtung der Menschheit führen würde. Daraus folgt, daß die Clausewitz-These in dem Sinne, wie Lenin sie zitierte, nämlich als Begründung für eine bestimmte Politik im (Hervorhebung im Text) Kriege, für den Nuklearkrieg nicht anwendbar ist, in dem nach unserer gemeinsamen Auffassung keinerlei politische Ziele erreicht werden können, so daß auch jede Spekulation auf ein „Überleben“ der Menschheit grundsätzlich abwegig ist.“[195] Diesen Auffassungen trat W. Eichhorn I entgegen. Zum einen erkannte er den politischen Funktionsverlust des Kernwaffenkrieges an. Zum anderen verwies er aber im gleichen Atemzug auf die moralische Rechtfertigung eines mit nuklearen Waffen geführten Verteidigungskrieges.[196] Dieser Ansicht schloß sich E. Pirsch an und plädierte ebenfalls für die „Anerkennung der Notwendigkeit eines atomaren Gegenschlages“.[197] Daß eine solche militärische Auseinandersetzung für W. Eichhorn I |94/95| Krieg im herkömmlichen Sinne des Wortes war, belegt die Bemerkung: „Im übrigen sollten wir bei der Diskussion dieser Frage uns gründlicher der Erfahrungen der Arbeiterbewegung vergewissern. Denn zumindest seit 1864 ist sie damit konfrontiert, ihre Position zu bzw. in (Hervorhebung d. A.) einem Krieg zu bestimmen.“[198]

Was verdeutlichte diese Diskussionsrunde? Erstens zeigte sich, daß sich der Widerstreit zwischen altem und neuem Denken „aus den Köpfen der Philosophen heraus“ langsam zwischen sie verlagerte. Zweitens war es nicht mehr zu übersehen, daß sich die philosophische Diskussion um das Wesen des Kernwaffenkrieges auf die Analyse des funktionalen Aspektes ausrichtete. Das zeigten auch Publikationen von J. Kuczynski, M. Müller u. a., die vor allem in der Schrift „Frieden ohne Alternative“ zusammengetragen waren.[199]
Eine spürbare Wirkung auf das philosophische Denken in dieser Frage übten auch Veröffentlichungen sowjetischer Autoren aus,[200] deren Stand-

195 Ebenda, S. 148 f.
196 Ebenda, S. 149.
197 Ebenda.
198 Ebenda.
199 H. Meißner, K. Lohs, Frieden ohne Alternative, Berlin 1985.
200 G. Ch. Schachnasarow, Die politische Logik des Nuklearzeitalters. In: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1984, Heft 5, S. 451 ff.

punkt durch den XXVII. Parteitag der KPdSU eine Bestätigung erhielt. Insgesamt kann festgestellt werden, daß das erreichte Niveau der philosophischen Diskussion um das Wesen des Krieges nicht ohne Auswirkung auf das philosophische Denken zum Frieden blieb. Ein markanter Punkt war auch hier die Erkenntnis des neuen Stellenwertes der Kriegsfolgenproblematik. Von dieser neuen Prämisse ausgehend gelangten Scheler, W., Doernberg, Rupprecht, Kuczynski u. a. zur Feststellung, daß das Pendant zur friedlichen Koexistenz der allesvernichtende Krieg sei und sich aus dieser Tatsache die Alternativlosigkeit der friedlichen Koexistenz ergebe. Damit war in einem wesentlichen Punkt eine Annäherung an modernes bürgerliches Friedensdenken gelungen. Aber auch umgekehrt beförderte die Entwicklung des marxistischen Friedensdenkens ein Umdenken zur Beurteilung des Krieges. |95/96|

War man bisher dem Grundsatz gefolgt, die militärische Stärke als Garantie für die Sicherheit und als Voraussetzung für die Friedenserhaltung zu betrachten, so wurde nun, unter erkannten neuen Voraussetzungen, die bedrohliche Ambivalenz des Rüstungswettlaufs immer deutlicher. Das führte zu einer Umorientierung philosophischer Arbeiten auf Abrüstungsfragen[201], einer kritischen Bewertung des militärstrategischen Gleichgewichtes, überhaupt zu einer Relativierung des Nutzens militärischer Machtmittel zur Friedenssicherung.[202] Damit war einer des sensibelsten Punkte im Verhältnis von Politik und Philosophie berührt, was bis hin zu massiven Eingriffen in die wissenschaftliche Arbeit führte.[203] |96/97|

A. Gromyko, W. Lomejko, Neues Denken im Atomzeitalter, Berlin 1985.

201 F. Rupprecht, Ideologische Probleme des Kampfes um die Abrüstung. In: DZfPh, 1978, Heft 1, S. 1341 ff.; D. Müller, Philosophische Fragen der Kriegsfolgenproblematik in der Gegenwart. Dissertation (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1984.

202 S. Fischer, Friedliche Koexistenz und sozialistische militärische Macht (Eine philosophische Studie), Dissertation (A), Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden 1983. W. Scheler, Friedliche Koexistenz – Frieden ohne vernünftige Alternative, In: Die Philosophie des Friedens…a. a. O., S. 126 ff.

203 Ein analytischer Vergleich eines tatsächlich gehaltenen Plenarbeitrages von W. Scheler mit der zwei Jahre später erfolgten Veröffentlichung beweist, daß W. Scheler eine andere Auffassung zur Rolle des militärstrategischen Gleichgewichts bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen besaß. Unter massivem politischen Druck wurde er zu einer Betonung des Zusammenhangs von „Aufrüstung und Entspannung“ sowie zu einer positiven Bewertung der „Fähigkeit zum vernichtenden Gegenschlag“ gezwungen. Siehe: W. Scheler, Die friedliche Koexistenz als die gegenwärtig wichtigste Form des Friedens, autorisierter Plenarbeitrag, gehalten am 23.5.1984 auf der XII. Tagung der Gemeinsamen Kommission von Philosophen der DDR und der UdSSR in Neubrandenburg bzw. W. Scheler, Die friedliche Koexistenz als die gegenwärtig wichtigste Form des Friedens. In: Philosophie im Friedenskampf, Berlin 1986, S. 129 ff.

Von dem hier skizzierten Punkt aus nahm die philosophische Diskussion zur Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges ihren weiteren Verlauf.

Ein erster Abschnitt ist etwa wie folgt zu kennzeichnen. Die Annäherung an das Problem vollzog sich, indem durch viele Philosophen die Folgen eines Nuklearkrieges prinzipiell in Rechnung gestellt wurden. „Damit ist eine völlig neue Situation in der Geschichte der Menschheit eingetreten. Erstens gibt es jetzt Waffen, mit denen das Leben auf der Erde ausgelöscht werden kann. Zweitens kann die Eskalation des Krieges … nicht aufgehalten werden, ist die nukleare Schwelle erst einmal überschritten. Drittens bedeutet dies, daß ein Nuklearkrieg die absolute Katastrophe darstellt, von der sich die Menschheit niemals erholen könnte.“[204] Diese Beurteilung der Funktion eines Kernwaffenkrieges warf folgende Frage auf, die das Wesen dieser Erscheinung unmittelbar betraf. Ist der Kernwaffenkrieg von vornherein etwas Neues oder wächst er erst nach Überschreiten einer „Schwelle“ in die Dimension der Allesvernichtung hinüber? Beginnt der Kernwaffenkrieg als herkömmlicher Krieg und verliert er erst im Verlauf der Eskalation des Waffeneinsatzes seine Funktion? Mehrfach wurden Gedanken in folgender Richtung entwickelt. „In einem solchen Falle (Krieg d. A.) hätte sich das sozialistische Verteidigungsbündnis unter Kriegsbedingungen zu bewähren … Es ginge darum, die Wiederherstellung des Friedens in einem dem Sozialismus aufgezwungenen Krieg so schnell als möglich zu erzwingen, und zwar bevor es zum totalen, alles vernichtenden Kernwaffenkrieg käme.“[205] Dieses Herangehen markierte einen Schritt nach vorn bei der Überwindung alten Denkens. Die bisher vertretene Ansicht des nuklearen Gegenschlages, also des massierten Einsatzes von Kernwaffen auf beiden Seiten, wurde deutlich relativiert. Darüber hinaus eröffnete solch eine Herangehensweise |97/98| den Blick auf den eingeschränkten Handlungsspielraum der Politik, die die Absicht vertrat, sich des Einsatzes bewaffneter Gewalt zu bedienen. Trotzdem behielt der Kernwaffenkrieg damit noch eine rationale Komponente. Aus verschiedenen Richtungen wurde diese „Restrationalität“ minimiert. Fischer leitete aus den extremen politischen Zielstellungen der NATO und des Warschauer Vertrages sowie dem praktisch vorbereiteten massenhaften Kernwaffeneinsatz die Schlußfolgerung ab, daß diese „Schwelle“ zum Überschreiten der rationalen in die irrationale Funktion des Kernwaffenkrieges unmittelbar nach Beginn dieser militärischen Auseinandersetzung liegen müsse. „Der Kernwaffenkrieg wäre also nicht mehr Fortsetzung der

204 M. Müller, Kernwaffenkrieg – Konsequenzen und Wege zu ihrer Verhinderung. In: Frieden ohne Alternative, a. a. O., S. 55.

205 H. Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, a. a. O., S. 138.

Politik, sondern Ende jeglicher Politik (Hervorhebung im Text).“[206] Davon ausgehend wies er auf qualitative Veränderungen im Wesen des Krieges hin und konstantierte: „Unter diesen Bedingungen, die das Atomzeitalter hervorgebracht hat, würde also … die These des deutschen Militärtheoretikers Clausewitz, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, außer Kraft gesetzt.“[207]

Die andere Richtung, aus der jene „Restrationalität“ des Kernwaffenkrieges minimiert wurde, artikulierte folgenden Zusammenhang. Würde ein Kernwaffenkrieg als klassischer Krieg beginnen, so würden bis zum Überschreiten der „Schwelle“ des Kernwaffeneinsatzes konventionelle Waffen eingesetzt. Doch auch auf dem Gebiet der Entwicklung konventioneller Waffen vollzog sich eine Entwicklung. „Die schnelle Modernisierung der „konventionellen“ Waffen läßt also ihre Grenze zur Atomwaffe immer mehr verwischen. … Die Vervollkommnung der konventionellen Waffen führt letztlich zum Verschwinden der Grenzen zwischen dem konventionellen und dem Kernwaffenkrieg.“[208] |98/99|

Ein zweiter Abschnitt der Diskussion um das Wesen des Kernwaffenkrieges wurde im Jahr 1987 durch W. Scheler eingeleitet.[209] Neben einer Charakteristik neuen Denkens ging W. Scheler tiefgründig auf wesentliche Veränderungen des Krieges und der Ansichten über ihn ein. Er stellte die „Negation des Krieges infolge des waffentechnisch bedingten Sprengens der Zweck-Mittel-Dialektik“ (Hervorhebung d. A.) in Rechnung und knüpfte an die Fragestellung J. Somervilles an. „Berechtigt das zu der Auffassung, daß der Kernwaffenkrieg überhaupt kein Krieg mehr ist, daß er die Qualität der Kategorie Krieg überschreitet? John Somerville ist dieser Meinung …“[210] Die Antwort Schelers auf diese Frage fiel nicht eindeutig bejahend, sondern zwiespältig, widersprüchlich aus. Auch er ging von einer Trennung des Wesens des Kernwaffenkrieges in verschiedene Seiten aus. Die Funktion des Kernwaffenkrieges beurteilend schrieb er, “daß in der Tat der Kernwaffenkrieg das Maß der Kategorie Krieg insofern überschreitet, als die Ausmaße der Gewalt und die Folgen ihrer Anwendung seine Funktion aufheben, Mittel zur Verwirklichung politischer Ziele zu sein“.[211] In diesem Punkt stimmte Scheler der durch Somerville aufge-

206 S. Fischer, Die marxistisch-leninistische Militärwissenschaft und das Clausewitzsche Erbe. In: Militärwesen, 1986, Heft 10, S. 12 f.
207 Ebenda, S. 13.
208 V. Stejnberg, „Lokale Kriege“ und „konventionelle“ Waffen in unserer Zeit. In: Philosophen im Friedenskampf, a. a. O., S. 56.
209 W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden, DZfPh, 1987 Heft 1, S. 12 ff.
210 Ebenda, S. 13.
211 Ebenda, S. 14.

worfenen Frage zu. Doch während er die nicht mehr vorhandene Funktion eines Kernwaffenkrieges nur als einen Wesenszug neben anderen, noch intakten Wesenszügen charakterisierte, verblieb er für diesen Teil seiner Aussagen im Maß der Clausewitzschen Kategorie des Krieges. „So wichtig die Funktion des Krieges als einer seiner Wesenszüge ist, das Wesen des Krieges besteht noch aus anderen Merkmalen. … Weder der soziale, der Klasseninhalt des Krieges, noch die Kriegsursachen werden grundlegend verändert, wenn es sich um einen Krieg mit Genozidwaffen handelt.“[212] Die Leistung Schelers bestand darin, den „Widerspruch im Wesen des |99/100| Krieges“[213] auszuarbeiten und „den Begriff durch den Widerspruch hindurch scheinen“[214] zu lassen. „In bestimmter Hinsicht überschreitet er das Maß der Qualität Krieg, in anderer Hinsicht aber bleibt er im Maß dieser Qualität. Er ist schon nicht mehr Krieg in bezug auf seine Untauglichkeit, als Instrument der Politik zu dienen, in bezug auf seine Irrationalität und allesvernichtenden Folgen. Aber er ist noch Krieg in bezug auf seine sozialen Ursachen, seinen Klasseninhalt und seine Form als organisierte bewaffnete Gewalt.“[215] Der Grundgedanke lief also darauf hinaus, das Wesen des Kernwaffenkrieges als Ganzes aufzufassen, dessen einer Teil, die Funktion, zum „Unwesen“ geriet. Das ließ aber noch nicht den Schluß zu, daß der Kernwaffenkrieg als Ganzes das Maß der Qualität Krieg überschritt. Denn der andere Teil des Wesens war erhalten geblieben, und es war jener Teil des Wesens des Kernwaffenkrieges, auf den die Clausewitzsche Formel noch anwendbar war.

Obwohl Scheler in diesem Punkt noch Inkonsequenz bewies, vollzog er in seinem Denken zum Frieden einen radikalen Bruch mit bisher vertretenen Auffassungen. Die bisherige Form der friedlichen Koexistenz als bewaffneten Frieden auffassend und die daran geknüpfte verhängnisvolle Entwicklung durchschauend, erarbeitete er den Gedanken des notwendigen Übergangs zum „Frieden ohne Waffen“. „Doch gegenwärtig ist in der Entwicklung der friedlichen Koexistenz ein Wendepunkt erreicht. Sie kann sich nicht mehr progressiv entfalten und ist sogar in Gefahr zu scheitern, wenn nicht eine Tendenzwende vom bewaffneten zum unbewaffneten Frieden herbeigeführt wird.“[216] |100/101|

Ein dritter Abschnitt und vorläufiger Schlußpunkt der Diskussion um das Wesen des Kernwaffenkrieges ist in dem Buch „Frieden Krieg Streit-

212 Ebenda, S. 15.
213 Ebenda.
214 W. I. Lenin, Konspekt zur „Wissenschaft der Logik“. Die Lehre vom Wesen. In: Werke, Band 38, S. 131.
215 W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden, DZfPh, 1987, Heft 1, S. 19.
216 Ebenda, S. 19.

kräfte“ zu finden.[217] Bezogen auf das Wesen des Krieges liegt hier die bisher konsequenteste Verarbeitung der historisch neuen Bedingungen des nuklearen Zeitalters vor. Würde man dem Kapitel über das Wesen und die Wertung des Krieges jene Frage J. Somervilles, ob der Kernwaffenkrieg überhaupt noch „Krieg“ ist, zugrunde legen, so fiele die Antwort eindeutig und zugunsten Somervilles aus. „Indem im Nuklearzeitalter der Krieg sich aus einem ehemals tauglichen in ein untaugliches Mittel der Politik verwandelt, überschreitet er das Maß der Qualität, das für den bisherigen Krieg, den klassischen Krieg galt. Er wird zu einer neuen Wesenheit, … zur Allesvernichtung:“[218] Zu dieser Bestimmung gelangten Kießling und Scheler, indem sie den funktionalen und den genetischen Aspekt des Krieges deutlich voneinander abhoben. Aus der Disfunktion des Kernwaffenkrieges schlossen sie auf seine neue Qualität, im Gegensatz zu 1987, als noch aus dem vorhandengebliebenen genetischen Aspekt auf das Wesen des Kernwaffenkrieges geschlossen wurde. „Mit der Steigerung zum absoluten Vernichtungskrieg verliert der Krieg seine Funktion. … Einer der Zusammenhänge zwischen Politik und Krieg … löst sich auf. Darin (Hervorhebung d. A.) besteht die gravierende Veränderung im Wesen des Krieges.“[219] Vom Funktionsverlust des Krieges ausgehend, wurde der genetische Aspekt bestimmt und nicht wie bisher umgekehrt. „Funktionsverlust des nuklearen Krieges bedeutet nicht, daß jeder Zusammenhang zwischen Politik und Krieg zerstört wird. Der genetische Zusammenhang zwischen dem allesvernichtenden Krieg, der kein Krieg im alten Sinne mehr ist, und der Politik bleibt bestehen.“[220] |101/102|

Das aus dem Funktionsverlust des Kernwaffenkrieges abgeleitete neue Wesen des allesvernichtenden Krieges führten Kießling und Scheler auch zu einer historischen Kategorisierung des Krieges als gesellschaftliche Erscheinung überhaupt. Dabei knüpften sie an die Idee der historischen Kategorisierung des Friedens an. „Nimmt man eine Wesensbestimmung des Krieges vor, die das Erkenntnisobjekt in der Gesamtheit seiner historischen Entwicklung widerspiegelt, so lassen sich also drei verschiedene historisch-konkrete Kategorien des Krieges unterscheiden: Erstens der alte Krieg von Stamm zu Stamm, der noch keine Fortsetzung der Politik war. Zweitens der klassische Krieg, dessen Wesen die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln ist. Drittens der allesvernichtende Krieg des

217 Autorenkollektiv, Frieden Krieg Streitkräfte, Berlin 1989.
218 G. Kießling, W. Scheler, Wesen und Wertung des Krieges. In: Ebenda, S. 92.
219 Ebenda, S. 90.
220 Ebenda.

Nuklearzeitalters, der seine Funktion als Fortsetzung der Politik verliert und zum Unkrieg wird.“[221]

An dieser Stelle könnte man die Darstellung abschließen, denn entsprechend der Zielstellung für diese Schrift ist einigen Hauptgedanken nachgespürt. Doch sei noch ein Nachsatz gestattet. Die Erkenntnis des Wesens des allesvernichtenden Krieges hatte natürlich auch gravierende Wirkung auf die Bewertung eines solchen Krieges. Auch wenn die Autoren des Buches darauf verweisen, daß ihre Auffassung “noch keine anerkannte theoretische Lösung“ gefunden hat, so beweist wenigstens die Logik der historischen Aufarbeitung, daß sie recht daran taten, J. Somerville nicht nur halb, sondern vollständig zu rehabilitieren. „Wenn der Kernwaffenkrieg das Ende der gesamten Menschheit bedeutet, so ist es gegenstandslos geworden, diesen Krieg differenziert zu bewerten. Die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen … hatte zur Voraussetzung, daß es sich um einen Krieg handelt, der Fortsetzung der Politik ist. … Genau dieser Bedingung entspricht ein allesvernichtender Krieg nicht mehr. Weder ein Kernwaffenkrieg noch ein moderner konventioneller Krieg in hochindustrialisierten Gebieten vermögen Klassen- oder Menschheitsinteressen zu dienen. Deshalb ist jenes militärische Handeln humanistisch und gerecht, das der Verhütung eines solchen Krieges dient.“[222] |102/103|

Nachwort

Als im Oktober 1989 die Konzeption für die vorliegende Dissertationsschrift entstand, war noch nicht abzusehen, welcher Umbruchzeit man entgegenging. Selbstverständlich bestand das Hauptanliegen darin, trotz aller Beschäftigung mit der Geschichte die Gegenwart nicht zu vergessen. Doch daß durch die gesellschaftlichen Ereignisse ein solcher Bedarf an geschichtlicher Aufarbeitung und Vergangenheitsbewältigung entstand, das war damals nicht zu erahnen. Es entwickelte sich folgende Situation.

Der selbst gesetzte Anspruch, die Gegenwart nicht als Bezugspunkt in dem Sinne zu verstehen, daß der geschichtliche Stoff das eine oder andere für sie hergab, sondern umgekehrt, die aktuellen Fragen in ihrem geschichtlichen Werdegang zu verfolgen und sich über diesen Weg kräftig in den wissenschaftlichen und politischen Meinungsstreit einzumischen, drohte den Rahmen der Arbeit zu sprengen. Was ursprünglich auf das neue Den-

221 G. Kießling, W. Scheler, Wesen und Wertung…, In: Frieden Krieg Streitkräfte, Berlin 1989, S. 93.
222 Ebenda, S. 105.

ken zu Krieg und Frieden intendierte, berührte plötzlich alle Grundfragen der marxistischen Philosophie. Ja, es entstand die Frage, was war diese Art Philosophie in einem totalitären gesellschaftlichen System gewesen, gab es überhaupt Bewahrenswertes oder war die Blamage vor der Geschichte derart fundamental, daß alles in Frage zu stellen war?

Ein einzelner konnte und kann diesen Problemberg nicht bezwingen. Aber es gab und gibt nur die Alternative, entweder die Fragen überhaupt zu formulieren, bis dorthin zu denken, oder sich in geschichtsträchtiger Zeit aus der Verantwortung des Philosophen zurückzuziehen. In diesem Sinne ist der in der Arbeit erbrachte Beweis der Entwicklungsfähigkeit marxistischen philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden über Widersprüche und Hindernisse hinweg ein Beleg dafür, daß es ein Fehler wäre, dieses Denken insgesamt ungeprüft beiseite zu legen. Es steht allerdings noch aus, alle Prämissen dieses philosophischen Denkens in ihrer realen gesellschaftlichen Wirksamkeit zu überprüfen, um das wirklich Bewahrenswerte herauszufinden. Das allerdings wird weitaus weniger sein, als bisher angenommen. |103/104|

Abschließend sollen aus Sicht des Arbeitsthemas der vorliegenden Dissertation drei Fragen aufgeworfen werden, die einer unmittelbaren wissenschaftlichen Klärung bedürfen.

Erstens: Wenn es richtig ist, die Entwicklung des Friedens an die Entwicklung der Gesellschaft zu binden, dann muß die Philosophie des Friedens eine Soziologie des Friedens einschließen und diese auf den Begriff bringen. Gibt es eine solche, auf Geschichte und Gegenwart bezogene Friedenssoziologie? Zu welchen Leistungen diesbezüglich ist die Friedensforschung in Deutschland in der Lage? Auf jeden Fall wird es Aufgabe einer ostdeutschen, historisch angelegten Friedenssoziologie und -philosophie sein müssen, den Zusammenhang von „Sozialismus“ und Frieden aufzuarbeiten und produktiv in die deutsche Wissenschaftslandschaft einzubringen.

Zweitens: Wenn die Gegner einer friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus bisher das Argument benutzten, mit solch einem totalitären System könne man nicht friedlich koexistieren, ist dann nicht angesichts des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus der Beweis für die Richtigkeit dieser These erbracht? Hat hier die Idee der friedlichen Koexistenz eine Niederlage erlitten und ist der Weg offen für militantes kriegsbefürwortendes Denken? Oder geht hier nicht die Idee der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zugrunde? Belegt nicht gerade das Umschlagen des Ost-West- in den Nord-Süd-Konflikt den

Überlebenskampf dieses bipolaren, die Existenz der Menschheit gefährdenden Denkens? Ist nicht die Zeit reif, die Idee der friedlichen Koexistenz von diesem Ballast zu befreien, sie als universelles Prinzip der Gestaltung der internationalen Beziehungen am Ausgang unseres Jahrhunderts zu erarbeiten und auch hier das bisherige marxistische Denken kritisch zu berücksichtigen?

Drittens: Wenn es richtig ist, daß der Krieg im Nuklearzeitalter ein neues Wesen angenommen hat, ihn seine Funktionsuntüchtigkeit zum „Unkrieg" erhebt, werden dann auch alle gegenwärtig feststellbaren Entstehungszusammenhänge zur Kriegsgefahr (genetischer Aspekt) auch in dieser neuen Qualität begriffen? Ist das wissenschaftliche und politische Verständnis schon so weit ent- |104/105| wickelt, daß nicht nur der Krieg in seiner Funktionsuntüchtigkeit begriffen wird, sondern militärische Gewalt auch unterhalb dieser Stufe überhaupt?

Die hier aufgeworfenen Fragen weisen auf die Verantwortung des Philosophen in unserer Zeit hin. Ein Zurückweichen des Geistes vor der Macht kann unser aller Existenz gefährden.

Die Zeit drängt.

Militärakademie Dresden

– Konzil –

Das Konzil verleiht

Herrn Major Dipl.-Ges.-Wiss. Ulrich Knappe

geboren am 22. September 1954 in Schneeberg

den akademischen Grad

doctor philosophiae (Dr. phil.)

nachdem er seine wissenschaftliche Befähigung auf dem Gebiet

Philosophiegeschichte

nachgewiesen hat.

Für die Gesamtleistung wird das Prädikat

gut (cum laude)

erteilt.

Dresden, den 20.12.1990

Der Chef der Militärakademie
und Vorsitzende des Konzils

Doz. Dr. sc. Kolitsch
Oberst



Unhaltbares und Bewahrenswertes am marxistischen philosophischen Denken über Krieg und Frieden in der DDR

Eine wissenschaftliche Diskussion

Am 29. April 2011 trafen sich Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Horst Großmann und Ulrich Knappe zu einer wissenschaftlichen Diskussion über die im Jahr 1990 von Ulrich Knappe verfasste Dissertation zum Thema „Die Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR".

Im Vorfeld der Diskussion hatte Ulrich Knappe 4 Themen benannt:

1. *Was war marxistisches philosophisches Denken?*
   Gibt es Bewahrenswertes an diesem Denken? Wenn ja, was?
2. *Sind die Schwerpunkte der Entwicklung marxistischen philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden in der Arbeit richtig gesetzt worden oder fehlen „Gedankenäste"?*
3. *Hat sich in den zurückliegenden 21 Jahren Grundsätzliches ereignet, das die Wesensbestimmung des Nuklearkrieges und des konventionellen Krieges zwischen Industriegesellschaften als „Unkrieg" berührt?*
4. *Ist der Ausbruch der Naturgewalt am 11. März 2011 in Asien nicht eine weltgeschichtliche Zäsur, die den Beweis erbringt, dass die Anwendung jeglicher militärischer Gewalt zwischen Industrienationen sinnlos geworden ist und es genauso sinnlos ist und bleibt, für ihre Aufrechterhaltung oder Schaffung gigantische Mittel einzusetzen?*

Teil I Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken

Ulrich Knappe: Die Fragen für die Diskussion waren schnell formuliert. Als ich jedoch daran ging, lesend über sie nachzudenken, wuchs meine Skepsis, dass wir das mit einer Diskussionsrunde von wenigen Stunden „abhandeln" könnten. Besonders der erste Fragenkomplex hat es in sich.
Ich kann nicht sagen, eine abschließende Auffassung gewonnen zu haben, aber bei der Bildung meines Standpunktes hat mir die Kenntnisnahme von Teilen der Diskussion zur DDR-Philosophie (Themensammlung: Anfänge, Denkversuche, Ausgänge)[1] geholfen.

1 V. Gerhardt, H.-C. Rauh (Hg.), Anfänge der DDR-Philosophie. Anspruch, Ohnmacht, Scheitern (1945-1958), Berlin (Ch. Links) 2001; H.-C. Rauh, P. Ruben (Hg.), Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin (Ch. Links) 2005; H.-C. Rauh, H.-M. Gerlach (Hg.), Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren, Berlin (Ch. Links) 2009.

Vielleicht gelingt es uns heute, das Thema aufzunehmen und für uns einen Anfang zu machen.
Wo liegt der Zusammenhang von marxistischem philosophischem Denken und dem Gegenstand der Tätigkeit der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.?
Das Thema Krieg/Frieden, so wie es von vielen Mitgliedern dieser Studiengemeinschaft vor und seit 1990 bearbeitet wurde, ist eingebettet in ein übergreifendes Thema. Und dieses übergreifende Thema ist marxistisches philosophisches Denken.

Als ich 1989 an die Konzipierung meiner Dissertation ging, stand für mich keineswegs die Frage: „Was ist marxistisches philosophisches Denken?“ Diese Art zu denken war für mich gesetzt. Erst später, im Sommer 1990, fand ich zu dieser Frage, kam aber über ihre Formulierung nicht hinaus.
Was mich jedoch an dem Thema hielt, war die Vermutung, dass es ein Fehler sein könnte, diese Art zu denken unbesehen beiseite zu legen. Weiter war es die Gewissheit, mit der Entwicklung des marxistischen Denkens über Krieg und Frieden etwas Bewahrenswertes vorgefunden zu haben. Aber es war nicht nur das. Es war auch der Versuch einer Bewältigung, ein Abschied.
Jetzt hat das Thema für mich 21 Jahre geruht, und es ist ein notwendiger Abstand gewachsen. Warum bin ich zu diesem Thema zurückgekehrt? Zum einen hat mich mein Mentor Wolfgang Scheler ermuntert, die Arbeit wieder an- und aufzunehmen. Zum anderen hat mich das Buch von Christa Wolf „Stadt der Engel…“[2] berührt, und ich leitete einen persönlichen Anspruch für mich ab.

Ernst Woit: Die Dissertationsschrift von Ulrich Knappe aus dem Jahr 1990 ist ein Zeitdokument der Philosophiegeschichte, und sie ist als solches unverändert erhaltens- und publikationswert. Allerdings enthält sie Defizite, die, bezogen auf die damalige Zeit, zu benennen sind. Es steht die Frage, ob das mit der jetzt angestrebten Publikation geleistet werden soll?

Ulrich Knappe: Nein, das soll nicht geschehen. Es ist gerade das Anliegen, diese Arbeit auch in ihrer Beschränktheit zu zeigen. Sie ist Teil der Entwicklung des marxistischen philosophischen Denkens über Krieg und Frieden. Die jetzt zur Diskussion gestellten vier Fragenkomplexe stehen außerhalb dieser Arbeit. Sie sind eine Positionsbestimmung.

Horst Großmann: Es ist schade, dass wir diese Arbeit erst jetzt zur Kenntnis nehmen. Sie wäre ein guter Ausgangspunkt gewesen, nach 1990

2 Christa Wolf, Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud, Berlin (Suhrkamp) 2010.

marxistische philosophische Standpunkte zu Krieg und Frieden kritisch zu überdenken und unsere Positionen zu diesem Gegenstand weiter auszuarbeiten. Während meines Philosophiestudiums an der Karl-Marx-Universität in Leipzig spielte das Thema *Krieg/Frieden* kaum eine Rolle, und ich kam erst an der Militärakademie in Dresden in die laufende Diskussion. Ein Hinterfragen der vorgefundenen Positionen gab es für mich nicht, und ich finde, es wäre notwendig gewesen. Die Arbeit von Ulrich Knappe hält dazu an, das zu tun.

Ernst Woit: Wenn wir uns heute mit marxistischem philosophischem Denken beschäftigen, dann können wir nicht über die Fehler, die wir gemacht haben, die wir aber erst jetzt kennen, hinweggehen. Wesentlich finde ich den Mangel, sich nur anhand von „Gesetzmäßigkeiten" zu orientieren. Vernachlässigt wurde das, was man als „subjektiven Faktor" bezeichnete. Unser Gesellschaftsverständnis war eingeengt auf die sogenannten objektiven Gesetzmäßigkeiten. Die Bewältigung der Kuba-Krise 1962 ist nicht ohne die Einflussnahme von zwei Menschen, John F. Kennedy und N. S. Chruschtschow, zu erklären.
Als weiteres Problem möchte ich benennen, dass es uns bis heute nicht gelungen ist, die Frage zu beantworten: Was war der Kalte Krieg? Drittens möchte ich darauf verweisen, dass es ein grundsätzlicher Fehler war, philosophisches Denken an der Führung durch die marxistisch-leninistische Partei zu orientieren.

Horst Großmann: Die Frage, was marxistisches philosophisches Denken war, ist eine sehr allgemeine Frage, und sie ist bei Ulrich Knappe nicht ausgearbeitet. Ich schlage vor, nicht weiter auf sie einzugehen.

Wolfgang Scheler: Es ist für mich unerlässlich, eine Position zu dem philosophischen Denken zu bestimmen, das wir als das marxistische verstanden haben. Ansonsten würden wir auf Positionen beharren, die Ulrich Knappe in seiner Arbeit 1990 schon überschritten hat. Es war natürlich nicht sein Untersuchungsgegenstand, etwas darüber auszusagen, was an unserem Denken über Krieg und Frieden marxistisch war und was nicht. Aber er hat begonnen, sich dieser Frage zu stellen.
Die Diskussion zur DDR-Philosophie in den letzten 20 Jahren zeigt, dass entgegen allen Versuchen, sie als wertlos einzustufen, sie dennoch etwas an Substanz enthalten muss, das es zu bewahren gilt. Um das aber zu bestimmen, müssen wir differenzieren und uns von der marxistisch-leninistischen Staatsideologie abgrenzen. Wir sollten uns von der Verfälschung des marxistischen philosophischen Denkens distanzieren und

gleichzeitig die Sicht erweitern und auf jene philosophischen Strömungen blicken, die wir fälschlicher Weise als antimarxistisch bekämpft haben.
Horst Großmann: Ist das dann aber nicht ein völlig anderes Thema? Wie soll man das im Nachhinein erklären?

Ulrich Knappe: Das machen wir gerade, und ein völlig anderes Thema ist es nicht ganz.
Wir haben als marxistische Philosophen das Thema Krieg und Frieden bearbeitet. Was tun wir jetzt? Wir versichern uns unserer Denkwerkzeuge. Im hegelschen Sinne denken wir über unsere Gedanken und ihr Zustandekommen nach, hinterfragen also unsere Standpunkte.
Wir fragen: Was ist es denn gewesen, marxistisches philosophisches Denken? Ab wann ist es was, ab wann ist es was geworden und warum?
Die Arbeit aus dem Jahr 1990 ist ein absolvierter Abschnitt, ein Ergebnis unseres marxistischen Denkens zu einem konkreten Gegenstand. Jetzt, 21 Jahre später, wollen wir zeigen, inwiefern wir weiter sind oder welche Fragen beantwortet werden müssen, um weiter zu kommen. In 20 Jahren wird das wieder überholt sein.
Aber diese Frage, „Was war marxistisches philosophisches Denken?“ – und wir sollten an der Philosophie bleiben, sonst verlieren wir uns im Uferlosen – ist eine sehr spannende und tiefgehende Frage.

Ernst Woit: Engels bezieht seine philosophischen Auffassungen nicht nur von Materialisten, sondern auch von Kant und Hegel. Marxistische Philosophie kommt ohne die sogenannten Idealisten nicht aus. Bezogen auf unseren Gegenstand – als 1988 die Schrift „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“[3] erschien, waren daran Philosophen aus beiden Lagern beteiligt.

Wolfgang Scheler: Dieses Dokument wurde aber staatsoffiziell beiseite gelegt. Es wurde in der DDR nur einmal im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht und alle, die sich darauf bezogen, bekamen gesagt: „Das war aus dem Fenster gesprochen, bleibe mal schön bei den klassenmäßigen Positionen.“ Aber das Ergebnis dieses Dialoges ist etwas sehr Produktives, Bewahrenswertes und wurde bis heute nicht wieder aufgenommen.
Zum Bewahrenswerten an unserem philosophischen Denken hat Renate Wahsner etwas sehr Zutreffendes geschrieben: „Die ostdeutschen und die westdeutschen Philosopheme sind Gegenstücke der deutschen Geschichte oder gar der internationalen Nachkriegsgeschichte … Doch die totale Okkupation der einen Seite durch die andere bedeutet nicht nur die Unter-

3 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Informationsdienst der SPD, Nr. 3. 27. August 1987.

drückung der einen Seite, sondern auch die Verunstaltung der gesiegt habenden. Ihre vermeintliche Autarkie gibt es nicht. Und die in der DDR entwickelte Philosophie – sie mag einem sympathisch sein oder nicht – ist im philosophischen Denken der deutschen Nachkriegsgeschichte kein Fremdkörper, obwohl sie derzeit so behandelt wird. Sie ist dies sowenig, wie das Denken der ‚Zweiten Welt' ein Fremdkörper im Denken des 20. Jahrhunderts ist. Es ist ein notwendiges Moment (ob ein schönes oder unschönes, konstruktives oder destruktives, ist ja dann noch eine andere Frage)."[4]
Man muss sich mit dem, was uns in der DDR als marxistisches philosophisches Denken galt, auseinandersetzen und herausfinden, was daran konstruktiv oder destruktiv, richtig oder falsch war. Und ein Ansatzpunkt dafür ist die Arbeit von Ulrich Knappe, die für das philosophische Denken über Krieg und Frieden immer noch ein Unikat geblieben ist.

Ulrich Knappe: Ich möchte noch mal einen Schritt zurückgehen und eine Parallele ziehen.
Aufarbeitung marxistischen philosophischen Denkens bedarf nach meiner Meinung einer grundlegenden Erbe-Position.
Beispielhaft finde ich die Nietzsche-Diskussion unter DDR-Philosophen in den 80er Jahren.[5] Bei Nietzsche stand damals die Frage, wie sich die marxistische Philosophie dem „problematischen" Erbe gegenüber verhält. Und da brach die Problemstellung auf. Die Position des dogmatischen philosophischen Marxismus war die von Georg Lukacs, ausgearbeitet in den 40ern des vergangenen Jahrhunderts, von einem damals noch dogmatischen Standpunkt aus. Der hieß: Nietzsche = spätbürgerliche Philosophie = Idealismus = geistige Grundlage des Faschismus. Fazit: Das ist ein Denken, dessen sich marxistische Philosophen nicht anzunehmen, sondern das sie zu vernichten haben. Punkt.

Und jetzt zeigte sich, dass diese dogmatische Position unhaltbar wurde, weil sich ein anderes marxistisches philosophisches Denken regte. Nicht im offiziellen, sondern im abweichenden, dem immer wieder kaputt gemachten, dem immer wieder zurück geführten, dem ausgewiesenen, dem

4 Renate Wahsner, Brief zur Frage: Was war erhaltenswert in der Philosophie der DDR? In: TOPOS 10, Menschenbild, Bielefeld (AISTHESIS Verlag) 1998, S. 138 f.; auch unter: Werner Becker, Jürgen Mittelstraß, Ulrich Johannes Schneider, Renate Wahsner, Rolf Löther, Friedrich Tomberg, Dieter Wittich und Guntolf Herzberg (Diskussion), Philosophiekultur in der DDR?, online, eingesehen am 25.07.2011, unter URL http://www.michael-funken.de/information-philosophie/philosophie/philoDDR.html.

5 Renate Reschke, Nietzsche stand wieder zur Diskussion. Zur marxistischen Nietzsche-Rezeption in der DDR der 80er Jahre, in: H. C. Rauh / H. M. Gerlach, Ausgänge. Zur DDR–Philosophie in den 70er und 80er Jahren, Berlin 2009, S. 203 ff.

mundtot gemachten, dem zweifelnden, dem lebendigen marxistischen philosophischen Denken brach eine Gegenposition auf. Die da hieß: „Ohne Nietzsche ist die gesamte Moderne nicht zu verstehen. Wir teilen die Haltung von Literaten und Künstlern, die sich wie wir fragen: Kann man diese Gedanken vernichten? Oder sollte man nicht über sie nachdenken und daran seine Position bestimmen?“[6]
In einer ähnlichen Situation sehe ich uns heute, nach dem Scheitern des realen Sozialismus.
Das marxistische philosophische Denken ist ein „problematisches“, und seine Aufarbeitung bedarf dieser in den 80er Jahren gegenüber Friedrich Nietzsche gewonnenen ausgewogenen Haltung.
Mein Standpunkt ist folgender: Das marxistische philosophische Denken ist ein Ganzes. Es reicht von Marx bis heute. Eine Abtrennung des Dogmatismus und seine Kennzeichnung als nicht marxistisch greift zu kurz. Alles ist unser Erbe. Aber dieses Erbe zerfällt in zwei Teile, das dogmatische und das lebendige marxistische philosophische Denken. So paradox es ist, das Lebendige kommt aus dem Toten, dem Dogmatismus, es geht aus ihm hervor, reibt sich an ihm und arbeitet sich an ihm ab.
Ich wage zu behaupten, dass das lebendige marxistische philosophische Denken, inner- wie außersozialistisch, generell auf den Dogmatismus Bezug genommen hat. Und das war unter sozialistischen Verhältnissen nicht aus einem philosophischen Diskurs heraus, mal so gedacht, aufgeschrieben oder gesagt. Dahinter standen Lebenswege, Entscheidungen, die man bis zur letzten Konsequenz auf sich nehmen musste und auf sich nehmen wollte.
Ich finde, es haben sich in den 123 Jahren nach Karl Marx viele geistige, vor allem philosophische Trümmer im „…ismus“ angehäuft. Viele Begriffe und Sachverhalte sind unscharf geworden oder wurden gezielt verbogen. Es ist nach meinem Gefühl fast unmöglich, die alten Termini unerklärt, nicht hinterfragt, anzuwenden.
Das betrifft auch unseren Gegenstand. Ein Herunterbrechen dieser Erbeposition auf die Krieg/Frieden-Frage fällt allerdings schwer, weil zu diesem Gegenstand in der marxistischen Philosophie wenig gearbeitet wurde. Eigentlich unverständlich angesichts seiner Brisanz in der Realität.

Wolfgang Scheler: Ja, dieser Widerspruch zwischen der Bedeutung der Krieg/Frieden-Frage und der marxistischen philosophischen Arbeit zu diesem Thema in der DDR ist wirklich unverständlich. Wie er zu erklären ist,

6 Ebenda. „Wir“ – das sind hier Renate Reschke, Wolfgang Heise, Steffen Dietzsch, Eike Midell, Friedrich Tomberg

gehört zu unserem Thema. Möglicherweise liegt eine seiner Ursachen darin, dass Krieg und Frieden im marxistischen Denken mehr der politischen Theorie als der Philosophie zugeordnet worden sind. Erst spät sind Krieg und Frieden als philosophische Kategorien verstanden und als solche ausgearbeitet worden.
Die andere große Frage ist die nach unserer Position zum philosophischen Erbe, und ich finde es sehr wichtig, was Ulrich Knappe dazu eben gesagt hat. Unser marxistisches Erbe ganzheitlich aufzufassen unter Einschluss der Fehlentwicklung in den leninistischen und stalinistischen Strömungen, ist für mich ein interessanter Gedanke. So habe ich das noch nicht gesehen, und ich glaube, darüber sollten wir weiter nachdenken.

Ulrich Knappe: Ich möchte meine soeben genannte Position noch einmal zusammenfassen. Meine Erbe-Position besagt: Man kann das marxistische philosophische Denken nicht auftrennen, sondern man muss anerkennen, dass auch der dogmatische Marxismus eine Strömung im Marxismus war. Zeitweise lieferte sein Gebrauch als Rechtfertigungstheorie der Politik die ideologische Begründung für brutale Formen der Machtausübung. Und von beidem muss man sich abgrenzen.
Eine weitere Frage: Wenn der Marxismus ein Ganzes war, liegen dann nicht bei seinen Schöpfern Grundlagen dafür, dass daraus dogmatisches philosophisches Denken entstehen konnte? Ich meine diesen unmittelbaren Verwirklichungsanspruch, prägnant mit der 11. Feuerbach-These ausgedrückt. Kaum eine Philosophie schreibt es sich von Anfang an so auf die Fahne, dass sie in gesellschaftliche Realitäten übergeleitet sein möchte.
Ein dritter Gedanke: Wieso ist dieses dogmatischen Denken und die Art seiner politischen Umsetzung überhaupt möglich geworden? Von Fehlern auszugehen ist scheinbar nicht richtig, die Welt war so. Dieses Denken wurde verlangt, es steckt in den Gegebenheiten dieser Zeit. Sind diese Gegebenheiten heute überwunden? Meinen wir das nicht nur, und zeichnet sich nicht die Gefahr eines weiteren, vielleicht viel umfassenderen Totalitarismus ab? Bedeutet also das Aufarbeiten von marxistischem Dogmatismus nicht auch, auf die Gefahren hinzuweisen, die dieser schleichende Übergang im Denken, dieses nicht kritische Hinterfragen und das gutgläubige Übernehmen vorgefundener Positionen beinhalten?

Wolfgang Scheler: Dieses unkritische Übernehmen vorgefundener Positionen war wesentlich bedingt durch den Anspruch der marxistisch-leninistischen Partei auf das Wahrheitsmonopol. Also eine Partei, genauer gesagt, immer nur eine Parteiführung und letztlich nur ein Parteiführer gaben vor, was als marxistisch zu gelten hatte. Insofern lag es nicht nur an der Gut-

gläubigkeit derjenigen, die Vorgegebenes kritiklos übernahmen, sondern vor allem an der Unterdrückung kritischen Denkens.

Ernst Woit: Das wirft eine neue Frage auf. Ich bin davon überzeugt, dass jede gesellschaftliche Organisation ab einer gewissen Größenordnung Dogmatismus erzeugt, beispielhaft der Vatikan. Die Rolle der leitenden Organe, die Strukturen, die erzeugt und genutzt werden, um Macht durchzusetzen, das Ausschließen abweichender Meinungen und das Verfolgen von Abweichlern, das ist unvermeidlich und das ähnelt sich in allen Gesellschaftsformen.
Die Erklärung der Wirkungsgeschichte des Buches „Geschichte der KPdSU (B) / Kurzer Lehrgang“ ist nur möglich, wenn man weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung Russlands Analphabeten waren und man einen Bildungssprung erzwingen wollte. Die im „Kurzen Lehrgang“[7] gezeichneten Linien wurden in der DDR bis spät in die 80er Jahre hinein als Grundlage für Prüfungen im Fach Philosophie herangezogen, eben weil es so handhabbar, so einfach war.
Das Lehrfach *Dogmatik* wird an den katholischen Lehreinrichtungen als Selbstverständlichkeit betrieben. Es wird eine Lehrbarkeit hergestellt, und das war auch für den Sozialismus notwendig, um sein Funktionieren zu gewährleisten. Abweichend dazu gab es immer Philosophen, die da nicht mitmachten. Die Tendenz zum Dogmatismus ist unvermeidlich, und die Auseinandersetzung mit ihm ist eine Frage des Kräfteverhältnisses und des Interesses daran, und das war dann bei uns nicht mehr vorhanden.

Horst Großmann: Dem undogmatischen philosophischen Denken ist man auf Schritt und Tritt begegnet, z. B. die Auseinandersetzungen über die Lehre der ökonomischen Gesellschaftsformationen, oder die über die asiatische Produktionsweise. Man steckte gedanklich in der staatlich anerkannten Denkweise, stieß aber bei genauem Hinschauen immer auf Abweichendes, was, wenig hilfreich, in der Westpresse sofort aufgenommen wurde. Für mich bleibt trotzdem die Frage, ob wir mit dieser Arbeit das Thema „Was war marxistisches philosophisches Denken?“ abdecken können.

Ernst Woit: Das konnte die Arbeit nicht leisten, und das kann jetzt mit einer Überarbeitung auch nicht geleistet werden. Warum auch. Die Arbeit steht für sich und zeigt, dass es in der DDR Entwicklungen im marxistischen philosophischen Denken, eben hier am Gegenstand Krieg und Frieden, gab.

---

7 J. W. Stalin, Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, Werke, Band 15.

Wolfgang Scheler: Die Arbeit zeigt, dass Irrwege in unserem Denken über Krieg und Frieden korrigiert wurden und wir zu ursprünglichem marxistischem Denken zurückfanden. Das gelang aber nur, weil wir uns der Realität und den daraus abgeleiteten Fragen stellten. Das führte zwingend zur Kollision mit bisher als unumstößlich geltenden Theoremen und machte es notwendig, sie zu revidieren. Es kam so zu einer Kontroverse zwischen altem und neuem Denken über Krieg und Frieden. Hierzu hat Sieglinde Heppener in ihrem Gutachten zur Dissertation von Ulrich Knappe etwas Wichtiges geschrieben. Sie stellte die Frage, „inwieweit die Ursachen der vom Autor vermerkten ‚Krise des philosophischen Denkens' (S. 87/88) im Widerspruch zwischen altem und neuem Denken der Philosophen, also innerhalb des Systems philosophischer Arbeit lagen. Sind sie nicht in erster Linie im politischen und ideologischen Herrschaftsmechanismus des ‚sozialistischen' Staates zu suchen, den die Mehrheit der Philosophen nicht sprengen wollte oder konnte, eines sozialistischen Systems, das sie zu verbessern und zu reformieren, aber nicht zu überwinden suchten?"
Das war damals unsere Grenze, und sie ist hier treffend erfasst.

Ulrich Knappe: Ich möchte mit einer weiteren Frage an dem jetzt diskutierten Thema bleiben. Es ist die Frage nach dem Totalitarismus. Kann man DDR und das faschistische Deutschland gleichsetzen? Oder kann man Sozialismus und Nationalsozialismus gleichsetzen?

Horst Großmann: So weit mir in Erinnerung geblieben ist, hat Hannah Arendt diese Gleichsetzung in Hinblick auf Kommunismus und Nationalsozialismus verneint. Ich müsste mich dessen aber noch mal vergewissern.

Ernst Woit: Ich halte den Erkenntnisgewinn, der von der Anwendung dieses ideologischen Kampfbegriffes ausgeht, für sehr gering.

Wolfgang Scheler: Meiner Meinung nach hat der Totalitarismusbegriff eine Berechtigung, weil er Erscheinungsformen von Herrschaftsstrukturen richtig wiedergibt. Aber er passt auch nicht auf alle Erscheinungen, auf die er heute angewendet wird. In ihrer stalinistischen Phase war die Sowjetunion durchaus totalitär in ihrer Struktur und in ihrer Herrschaftsweise, also als Gesamtsystem. Das wurde dann teilweise nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 aufgebrochen, ohne die Grundstrukturen, die aus dieser totalitären Herrschaftsweise hervorgegangen waren, zu überwinden.
In der DDR hat es keinen originären Totalitarismus gegeben, weil die DDR eine solche Phase, wie sie die Sowjetunion erlebte, nicht durchlaufen hat. Gleichwohl war sie von der Sowjetunion so abhängig und das sowjetische Modell war so präsent, dass es auch in der DDR einige Tendenzen totali-

tären Herrschens gegeben hat. Trotzdem halte ich es für nötig, einen deutlichen Unterschied zur Sowjetunion zu machen. Allein die Nähe zum Westen und die Orientierung auf eine demokratische Umgestaltung in der Gründungsphase der DDR mit Beteiligung verschiedener, auch bürgerlicher antifaschistischer Kreise und vieler aus westlichen Demokratien zurückkehrender Emigranten setzte Unterschiede.
Ich denke, wir sollten den Totalitarismusbegriff als wissenschaftliche Kategorie ernst nehmen und sollten uns ihm wissenschaftlich stellen. Selbstverständlich wird er auch als Kampfbegriff benutzt, um diese Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus zu betreiben, die aus meiner Sicht in keinerlei Hinsicht gerechtfertigt ist. Wenn beide, die Sowjetunion unter Stalin und Hitlerdeutschland, auch totalitäre Diktaturen waren, so waren sie doch nicht dasselbe, sondern ihrem sozialen Inhalt und ihren politischen Zielen nach gegensätzlicher Natur. Betreibt man diese Gleichsetzung, reduziert man alles auf die Form und der Inhalt geht verloren.

Ulrich Knappe: Auf Ost-Deutschland bezogen, auf die Formulierung von „den zwei Diktaturen“, teile ich den differenzierenden Standpunkt von Wolfgang Scheler. Den Faschismus haben viele noch erlebt, der verlorene Krieg ist im Bewusstsein auch der Nachfolgegeneration noch präsent, die Schuldfrage ist geklärt, und das macht es so verlockend, durch die Gleichsetzung zum Faschismus, die DDR unbesehen und diskussionslos mit abzuhaken. Man nimmt also bildlich gesprochen eine Schablone, schneidet das Überstehende ab und verwirft beides.
Allerdings sind die Gemeinsamkeiten, die es zwischen 1925 und 1956 zwischen der Sowjetunion und Deutschland (bis 1945) gab, so frappierend, dass ich mich frage, ob man da voneinander gelernt hat? Was hat es in beiden Ländern so lukrativ gemacht, auf diese identische Herrschaftsform eines Führers mit dem dahinter stehenden Apparat und die Beherrschung von Millionen Menschen durch Angst zu setzen?

Wolfgang Scheler: Mit den Jahreszahlen rate ich zur Vorsicht. Die totalitäre Phase in der Sowjetunion fängt eher an. Es steckte in den Bedingungen dieser Zeit, dass solche Herrschaftsformen entstehen konnten. Ich glaube kaum, dass man da voneinander gelernt hat. Die Entwicklungen, die in Ländern wie Russland und Deutschland in analoge Herrschaftsformen münden, sind jeweils Auswege aus unterschiedlichen Krisen und entstehen aus sich selbst. Das Totalitäre und Diktatorische ist die effektivste Methode, dieser Krisen Herr zu werden, Macht zu erhalten und globale Ziele anzustreben. Ich empfehle die Lektüre des Buches „Im Land der verwirren-

den Lüge“ von Anté Ciliga.[8] Es gibt authentische Einblicke in die Sozialstrukturen und in die Herausbildung einer neuen Oberklasse in der Sowjetunion dieser Zeit, und es wird klar, dass die Ursache für die Entstehung des totalitären Sowjetstaates nicht allein und nicht hauptsächlich bei einzelnen Revolutionsführern zu suchen ist. Auch wenn der Nachfolger Lenins nicht Stalin, sondern Trotzki geheißen hätte, an der totalitären Herrschaftsform hätte das nichts Prinzipielles geändert.

Ulrich Knappe: Mich bewegt die Frage, warum im Sozialismus oder dem, was man dafür gehalten hat, Totalitarismus entstehen konnte und wie das gewirkt hat. Manchmal denke ich an den Beginn des Platonschen Höhlengleichnisses, wenn ich mir die Frage nach der globalen Wirkung des Sozialismus im vergangenen Jahrhundert stelle. An der Höhlenrückwand bewegen sich die sprechenden Schatten und werden durch die Höhlenbewohner als Realität wahrgenommen.
In den kapitalistischen Ländern hat man diesen Schatten wahrgenommen und hat darauf wie auf eine Realität reagiert. Eine Folge dieser Art der Wahrnehmung und entsprechender Reaktion war die Ausprägung sozialer Elemente der Marktwirtschaft. Man glaubte, auf einen Sozialismus, der das eigentlich gar nicht war, mit sozialen Zugeständnissen reagieren zu müssen, und kam damit dem Sozialismus näher als dort, wo man sich das auf die Fahnen geschrieben hatte. Nur nebenbei, das brachte auch die tradierten sozialen Bewegungen nahezu zum Erliegen.
Das Problem für unsere Gegenwart besteht darin, dass 1989, aus dem Gefühl der Überlegenheit heraus, der Blick zumindest in der Politik dafür verloren ging, dass es sich um keinen Sieg handelte, sondern der Gegner in sich zusammen gebrochen war. Das geschah vor allem, weil die sozialistischen Staaten kaum ökonomische Triebkräfte entfaltet hatten, durch die Hochrüstung überfordert und gesamtgesellschaftlich erschöpft waren.
Aber dieses Gefühl der Überlegenheit, dieser Rausch verstellte den Blick darauf, dass auch dieses kapitalistische Gesellschaftssystem an seine Grenzen kommen und implodieren kann. Ist der Zusammenbruch des Sozialismus ein Vorbote für Veränderungen im Übergang vom Kohlenstoff- in das Solarzeitalter? Als verhängnisvoll erachte ich die in den letzten 20 Jahren vollzogene Entfesselung des Finanzkapitals durch eine Entflechtung von Staat und Ökonomie, bei gleichzeitigem sozialem Abbau.

Wolfgang Scheler: Das heißt, der Sozialismus hat zur Flexibilisierung des Kapitalismus beigetragen und hat dessen Überleben befördert. Das bringt

8 Anté Ciliga, Im Land der verwirrenden Lüge, Paris 1938. neu aufgelegt im Verlag *Die Buchmacherei*, Berlin 2010.

mich auf einen weiteren Gedanken. Der Krieg, vor allem der Erste Weltkrieg, hat so tief in die Gesellschaften hineingewirkt, dass auch das, was in Form der Sowjetgesellschaft entstand, nur gewaltsam entstehen konnte und in die totalitäre Herrschaft führte. Nach dem ersten Weltkrieg wurde daher auch im marxistischen philosophischen Denken der nun neu entstehenden Gesellschaft die Frage nach Gewalt und Krieg anders gestellt. Der Krieg und der nachfolgende Bürgerkrieg beförderten einen Wechsel, eine Wandlung in diesem Denken. Faktisch hörte der Krieg gar nicht auf, sondern pflanzte sich fort im Krieg nach innen und in der Legitimation von Gewalt im Denken. Das aber bedeutete den Bruch mit dem originären marxistischen philosophischen Denken, das ja gerade die Auffassung von der Gewalt als der treibenden Kraft der Geschichte widerlegt.

Ulrich Knappe: Der von Wolfgang Scheler soeben skizzierte Wechsel im marxistischen philosophischen Denken hat auch noch eine zweite Wurzel. Peter Ruben weist darauf hin, dass die Aufnahme des originären dialektischen Materialismus bei Plechanow (in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts) ein Missverständnis beinhaltet.[9] Plechanow führt unter der Hand das Primat der Politik ein, für einen marxistischen Philosophen ein Unding. Im zweiten Satz sagt Ruben aber weiter, dass das, was wie ein Missverständnis aussieht, keines ist.
Die Deklaration des Primates der Politik ist die Übersetzung des Marxismus in russische Verhältnisse. Bei Lenin äußert sich das, wie Wolfgang Ruge[10] herausarbeitete, in der zweiten Aprilthese.
Eine Voraussetzung des Weitertreibens der Revolution in die sozialistische bestehe darin, den Menschen das Bewusstsein von Fortschritt zu vermitteln, auch wenn sie in der Realität Rückschritt erleben. Dieser subjektivistische Ansatz, gepaart mit dem Gewalt akzeptierenden Denken infolge des Ersten Weltkrieges, ist es, was zu der Entartung, zur sowjetischen Form des Totalitarismus führte.

Wolfgang Scheler: Der subjektivistische Ansatz vom Hineintragen des sozialistischen Bewusstseins in die Massen durch den bewussten Vortrupp führte, als dieser Vortrupp an die Macht kam, zur Herrschaft einiger Parteiführer. Schon Rosa Luxemburg hatte das klar gesehen und verworfen. Gegen diese Fremdbestimmung von oben wuchs von unten immer wieder

9 Peter Ruben, Von der Philosophie und dem deutschen Kommunismus. Ein Blick in die Vorgeschichte der DDR-Philosophie, in: V. Gerhardt / H. C. Rauh, Anfänge der DDR-Philosophie, Berlin, 2001, S. 46 ff.

10 Wolfgang Ruge, Lenin – Vorgänger Stalins. Eine politische Biografie, Berlin (Matthes und Seitz) 2010.

etwas nach, was dazu in Widerspruch geriet und dann von oben bekämpft wurde.

Ulrich Knappe: Richtig. Der Aufstand der Kronstädter Matrosen 1921 ist dafür ein prägnantes Beispiel. Jene, die in St. Petersburg die Oktoberrevolution getragen hatten, wurden unzufrieden. Sie forderten freie Wahlen, genug zu essen und Abschaffung der Bevormundung durch die Bolschewiki. Die Folge: Trotzki und Tuchatschewski schlugen diesen (wie paradox) „Aufstand" nieder und steckten die überlebenden Matrosen, die Revolutionäre, in Arbeitslager, die späteren GULags.

Ernst Woit: Als ein drittes Moment könnte man das Ausbleiben des Entstehens der Bedingungen für ein Fortsetzen des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion benennen. Lenin sprach nach den Interventionskriegen davon, dass alle Voraussetzungen verloren seien, um das Programm zu erfüllen. Das Festhalten am Sozialismus, unter diesen Bedingungen, führte ebenfalls zu seiner Entartung und war nur mittels Gewalt von oben durchsetzbar.

Ulrich Knappe: Um noch mal auf meinen Ausgangsgedanken zu sprechen zu kommen. Sind die Zeiten heute so, dass ein Drang ins Totalitäre ausgeschlossen ist, oder stehen wir am Anfang einer neuen totalitären Epoche?

Wolfgang Scheler: Dieter Klein hat in einem unserer Dresdner Symposien darauf verwiesen, dass eines unter fünf möglichen Szenarien künftiger Entwicklung der entzivilisierte Kapitalismus sein kann. Er meint damit, dass die Eskalation ungelöster Probleme und die Verknüpfung großer Krisen „von den konservativsten Teilen der Herrschenden durch autoritäre Regime, Gewalt, Militarisierung, radikalen Sozialabbau und Rechtsextremismus beantwortet werden könnten."[11] Das ist eine reale Gefahr.

Ulrich Knappe: Wenn das so ist, was ich auch befürchte, so ist die Ausarbeitung der Friedensidee und die philosophische Friedensforschung wichtiger denn je. Die letzten 20 Jahre haben dazu geführt, dass das Bedrohungsbewusstsein von Frieden und Demokratie hinter dem tatsächlichen Anwachsen von Bedrohungen zurück geblieben ist. Man sollte alles versuchen, adäquates Bedrohungsbewusstsein, schon aus Überlebensinteressen heraus, zu befördern.

Ernst Woit: Es gibt eine qualitative Veränderung in der Militarisierung von Sicherheit nach 1990. Sie ist mit zwei Momenten zu beschreiben. Auf

11 Dieter Klein, Eine mehrdimensionale Krise und ihre sicherheitspolitischen Folgen, in: Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden, DSS-Arbeitspapiere Heft 97, Dresden 2010, S. 11..

der einen Seite geht der Anteil des Menschen an der Kriegführung immer weiter zurück. Auf der anderen Seite wächst die Verwundbarkeit von Großstädten und industrialisierten Räumen mit zunehmender Geschwindigkeit.

Ulrich Knappe: Vernetzungen und Interdependenzen greifen ökonomisch und kulturell in atemberaubender Geschwindigkeit um sich. Was ist daraus für den von uns untersuchten Gegenstand, Krieg und Frieden, zu schlussfolgern?

Eine gute Überleitung, zum zweiten Teil unserer Diskussion.

Teil II Wesen des Krieges

Ulrich Knappe: Der zweite Fragenkomplex zu Veränderungen im Wesen des Krieges ist meiner 21jährigen Abwesenheit aus dem philosophischen Diskurs geschuldet. Also nur für mich zum Verständnis: Hat sich an der Wesensbestimmung des „Unkrieges“ etwas geändert?

Wolfgang Scheler: Ich bin der Ansicht, die Wesensbestimmung dieses Unkrieges hat sich nicht grundlegend geändert. Der Ausdruck „Unkrieg“ ist aber nur eine Metapher und kein wissenschaftlicher Begriff. Der Begriff ist der andersartige, in seinem Wesen veränderte Krieg, der die dem bisherigen Krieg wesenseigene Funktion verloren hat, die Politik mit anderen, gewaltsamen Mitten fortzusetzen. Am besten ist dieser entartete Krieg mit dem Syntagma „alles vernichtender Krieg“ zu benennen, um zu beschreiben, dass die Qualität des Krieges in dieser Form aus der Clausewitzschen Definition herausgewachsen ist, also in den Begriff des bisherigen, des klassischen Krieges nicht eingeordnet werden kann.
Meiner Meinung nach kann unsere schon früher ausgearbeitete Dreiteilung des Kriegsbegriffs beibehalten werden: alter Krieg, klassischer Krieg, neuer oder alles vernichtender Krieg.
1. Der alte Krieg in seiner Bestimmung als gesellschaftliche Erscheinung der frühen Urgesellschaft, als es noch keine Politik gab.
2. Der klassische Krieg, in seiner Bestimmung als Form der Politik.
3. Der neue Krieg, die Phase, in der der Krieg aufhört, eine Form der Politik zu sein, in der er aus diesem seinem Wesen heraustritt und in eine neue Qualität übergeht.

Ulrich Knappe: Was wäre nun die zutreffende Begrifflichkeit für den „neuen Krieg“?

Wolfgang Scheler: Es gibt noch kein einzelnes Wort als Namen für den Begriff. Man muss immer zu einem Syntagma greifen, um dem Begriff einen Namen zu geben. Das kann auch der Ausdruck *dysfunktionaler Krieg* sein, weil er die Auflösung des Zusammenhangs zur Politik erfasst. Im Moment ist der Name *alles vernichtender Krieg* die übliche Konvention, unter der man sich verständigt.
In der sowjetischen und in der DDR-Philosophie galt die Auffassung, dass die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Urgesellschaft keine Kriege gewesen seien, sondern der Krieg sich erst mit der Klassengesellschaft herausgebildet habe. Das widersprach aber den Aussagen von Marx und Engels über den so genannten alten Krieg und führte uns zu der Überlegung, die Kategorie Krieg in ihrer historischen Entwicklung als dialektische Negation zu begreifen. Damit kann man das neue Wesen des Krieges weit besser erfassen und ausarbeiten, es als Aufheben der politischen Funktion des Krieges und als Aufbewahren der politischen Entstehungsgründe und der Mittel des Krieges, also der Waffen und Streitkräfte, verstehen. Der Entstehungszusammenhang des Krieges aus der Gesellschaft heraus ist noch der alte.

Horst Großmann: Ursprünglich vertrat ich auch den Standpunkt, angelehnt an die Bücher des sowjetischen Autors Rasin „Die Geschichte der Kriegskunst“, dass es in der Urgesellschaft keinen Krieg gab. Dann las ich aber bei Engels nach, der vom alten Krieg sprach und damit die Überleitung in die Klassengesellschaft erfassen wollte. In der Urgesellschaft herrschte permanenter Kriegszustand zwischen den Stämmen, die Ausnahme war der Frieden, der erklärt werden musste.

Wolfgang Scheler: Krieg war in der Urgesellschaft ein Verhalten zur Natur, und zur Natur gehörte auch der andere Stamm. Dieser Engelssche Ansatz wurde von Joachim Herrmann und seinen Kollegen am Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR aufgenommen und publiziert. Wir haben uns dem angeschlossen, um unsere Auffassung über den Wesenswandel des Krieges verdeutlichen zu können.

Horst Großmann: Die Wesensbestimmung des alles vernichtenden Krieges haben wir an den Systemkonflikt NATO und Warschauer Pakt gebunden. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ist eine Seite ausgeschieden, obwohl Russland immer noch das Vernichtungspotenzial gegen das der USA aufrechterhält. Ist mit dem Eintritt neuer Kernwaffenmächte, China, Indien, Pakistan, Israel, eine neue Situation entstanden? Verändert

der mögliche lokale Einsatz von Kernwaffen etwas an der Wesensbestimmung des alles vernichtenden Krieges?

Wolfgang Scheler: Das ist eine Modifikation, die aber an der grundsätzlichen Einschätzung nichts ändert. Bei den möglichen Hauptkonfliktparteien, die sich in einem strategischen Gleichgewicht befinden, und bezogen auf die entscheidenden globalen Militärmächte – USA, Russland, Europa, China – hat sich nichts geändert. Krieg zwischen ihnen ist sinnlos geworden. Das gleiche gilt auch für andere atomar bewaffnete Konfliktparteien. Bezogen auf einen möglichen Kernwaffenkonflikt zwischen Indien und Pakistan gibt es veröffentlichte Studien, die belegen, dass schon der Einsatz von weniger als 100 Kernsprengköpfen die Ozonschicht der gesamten nördliche Halbkugel so empfindlich stören würde, dass die kosmische Strahlung das Leben vernichtet. Diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse gehen über das hinaus, was noch in den 80er und 90er Jahren mit dem nuklearen Winter beschrieben wurde.

Ernst Woit: Es geht aber nicht nur um die Folgen eines Krieges, sondern auch darum, welche Folgen die Vorbereitung auf einen Krieg für den Planeten hat. Die überirdischen und atmosphärischen Kernwaffenversuche der 50er bis 70er Jahre haben in einem Umfang zur Verstrahlung geführt, dass heute noch nicht abzusehen ist, welche Auswirkungen das auf die Lebensgrundlagen, ja genetischen Veränderungen innerhalb ganzer Ökosysteme, einschließlich des Menschen, hatte und haben wird.

Wolfgang Scheler: Das Auftreten immer weiterer Atommächte senkt die Schwelle für den Kernwaffengebrauch und erhöht die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes. Im Kalten Krieg hatten zwei Antagonisten die Hand auf den Kernwaffen und sorgten schon aus eigenem Überlebensinteresse dafür, dass sie nicht zum Einsatz kamen. Heute hat sich das geändert. Die Diversifizierung führt in eine neue Gefahr, die Beherrschbarkeit sinkt.

Ulrich Knappe: Könnte man sagen, dass das räumliche Ausweiten der Kriegssinnlosigkeit in Gestalt des alles vernichtenden Krieges zwischen den Hauptprotagonisten auf der Nordhalbkugel der Erde ein Ausdruck von Globalisierung ist?

Ernst Woit: Der Globalisierungsbegriff ist in diesem Sinne zu ökonomielastig. Aber im Sinne der globalen objektiven Ansprüche an entmilitarisierte Sicherheit, also im Sinne der Verstärkung von Interdependenz im Sicherheitsgefüge, kann man das sagen.

Wolfgang Scheler: Richtig, es geht nicht einmal nur um das Infragestellen des Sinnes der Kernwaffen in einer zunehmend interdependenten und störanfälligen Welt, sondern um den Sinn der Waffen überhaupt. Der neue Verteidigungsminister der USA, Leon Panetta, hat in seiner ersten öffentlichen Rede gesagt, er werde dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten die „einzigartige Militärmacht" bleiben. Diese einzigartige Militärmacht kann aber mit ihrer hochgerüsteten Militärtechnik immer weniger anfangen. Weder gegen die großen, noch gegen die kleinen Gegner führt der Einsatz von noch so modernen Waffen zum Erfolg.
In der Praxis der Kriegführung der Mächtigen gegen die Ohnmächtigen macht sich eine allgemeine Tendenz des Funktionsverlusts von Krieg und darüber hinaus von organisierter bewaffneter Gewalt bemerkbar.

Ulrich Knappe: Das zum einen. Zum anderen führt die Bindung gigantischer Mittel in Waffen zu einer ungeheuren Verschwendung. Die Zeit trägt uns völlig andere Probleme zur Lösung auf. Wie will man eine Energie- oder eine Rohstoffwende finanzieren, wenn man das dafür nötige Geld in Waffen steckt? Ich wundere mich über die Einfallslosigkeit kluger Leute, die allen Ernstes diesen Weg weiter beschreiten oder vor dem militärisch industriellen Komplex auf die Knie gehen und nicht anerkennen wollen oder dürfen, dass auch die USA an der Überrüstung in die Insolvenz abdriften können. Kurz gesagt, ohne Not rüsten sich die Amerikaner tot.

Ernst Woit: Hier manifestiert sich auch noch etwas anderes. Die Unipolarität der Welt mit der einzig verbliebenen Großmacht USA wird sich in eine Multipolarität auflösen oder besser gesagt, befindet sich schon in Auflösung. Das Mittel – militärische Macht – ist oder wird ungeeignet, die Weltherrschaft auszuüben, und indem die USA weiter darauf setzen, unterminieren sie ihre Weltherrschaftsposition schneller als es ihnen lieb ist.

Wolfgang Scheler: Wir haben im Verlauf der Diskussion, unter der Hand, den Begriff „Waffenkrieg" benutzt, um uns vom „Cyberwar" begrifflich abzugrenzen. Für mich steht die Frage, ob man bei Cyberwar von Krieg sprechen kann. Nimmt man den Cyberwar in den Begriff Krieg mit hinein, so ist das eine völlig andere, eine erweiterte Kategorie, denn im Cyberwar spielen Waffen keine Rolle mehr.

Ernst Woit: Computer sind Waffen.

Wolfgang Scheler: Nein, es sind keine Waffen. Kriegswaffen sind etwas Materielles. Sie sind Teil der Streitkräfte, und Streitkräfte sind die Mittel des Krieges. Im Cyberwar braucht man keine Streitkräfte.

Ernst Woit: In den USA steht im Generalstab des Pentagon ein Viersternegeneral an der Spitze der Abteilung *Cyberwar*. Das ist Ausdruck dafür, dass man das schon als Mittel der Kriegführung einordnet.

Horst Großmann: Wir müssen Waffen neu definieren. Der Vorläufer des Cyberwar ist der „Information War". Information War kommt aus den Streitkräften und bedeutete, das Internet in die Kriegführung einzubeziehen. Der Cyberwar geht darüber hinaus, wir haben dafür zwei Begriffe.

Wolfgang Scheler: Das ist der entscheidende Punkt. Man hat auf der einen Seite die Einordnung neuer technischer Gegebenheiten / Computer in die bisherige Art und Weise der Kriegführung. Das aber macht den Krieg nicht zu etwas ganz Neuem. Der Cyberwar ist aber etwas ganz Neues. Würde der Cyberwar imstande sein, den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen (Clausewitz), dann würde das den bewaffneten Kampf überflüssig machen. Das wäre also der waffenlose Krieg. Im Cyberwar benötigt man keine Waffen und keine Streitkräfte mehr, sondern nur eine Hand voll Cyber-Experten, um den Gegner zu bezwingen. Wenn das Wirklichkeit würde, hätte das zur Folge, dass aus ganz anderen Gründen als jenen, die wir bisher annahmen, Abrüstung zur Realität wird. Die Grenze für diese Art Kriegführung wird aber darin bestehen, dass sie nur anwendbar ist gegen einen Gegner, der für ihn lebenswichtige Ziele bietet, die durch Cyber-Angriffe lahm gelegt werden können.

Ernst Woit: Das würde heißen, zum einen müssten diese Gegner über einen technischen Entwicklungsstand verfügen, der diese Art Kriegführung Anwendung finden lassen kann, und sie müssten verwundbar sein.

Horst Großmann: Vor wenigen Monaten fand eine erste Attacke im Sinne von Cyberwar statt. Die iranischen Atomaufbereitungsanlagen, die mit Siemens-Technik ausgerüstet sind, wurden, von wem auch immer, mittels eines hoch komplexen Computervirus namens Styxnet angegriffen und lahm gelegt. Die Kernschmelzen in den Reaktoren von Fukushima könnten also auch auf anderem Wege als über eine Naturkatastrophe ausgelöst werden. Das ist nach meiner Auffassung Krieg, da das Ergebnis das Gleiche ist. Man muss keine Raketen abschießen, sondern drückt ENTER.

Ulrich Knappe: Wenn wir dabei bleiben, dass der alles vernichtende Krieg, der Raketen-Kernwaffenkrieg und der Krieg in hoch industrialisierten Ländern aus der Qualität des klassischen Krieges herausgewachsen ist und kein Weg zurück in die Politik führt, dann wird der Cyberwar wieder in die Kategorie des klassischen Krieges passen. Der Cyberwar wird politisch wieder beherrschbar werden.

Das Neue daran wird nicht die physische Vernichtung von Menschen sein, sondern der Entzug von Wohlstand und das Zurücksetzen von Hightech-Nationen auf ein steinzeitliches Niveau. Wie würde wohl der moderne Mitteleuropäer reagieren, wenn ihm plötzlich, vom Atlantik bis nach Moskau, der elektrische Strom fehlt? Und zu welchen Zugeständnissen wäre er bereit, ihn stundenweise wieder zugeteilt zu bekommen?
Der Zweikampf, das Ringen der Gegner, nicht die physische Vernichtung, sondern das Aufzwingen des eigenen Willens und darin das letztliche Niederwerfen der anderen Seite (Clausewitz), das wird ohne materielle, sondern mit digitalen Waffen angestrebt werden.
An der Humboldt-Universität zu Berlin gibt es 2011 eine Dissertation zum Cyberwar, die wir uns anschauen sollten. Eine Schlussfolgerung aus dieser Arbeit ist die, lokale Computernetze aufzubauen. Die totale Auslieferung an das Internet scheint große Gefahren zu bergen.

Wolfgang Scheler: Ich will den Gedanken nicht von vornherein ablehnen, dass der Cyberwar zu einer neuen Form des klassischen Krieges mit Mitteln der Informationstechnologie werden kann. Aber gegen jedes technische Mittel gibt es Gegenmittel. Was für mich viel wichtiger ist: Das Damoklesschwert der Waffenberge aus der Zeit des Kalten Krieges und der Zeit danach, ob nuklear oder herkömmlich, hängt noch über uns. Und solange diejenigen, die jetzt über den Cyberwar nachdenken und ihn entwickeln, sich dieser Waffenberge nicht entledigen, glaube ich nicht an einen Ersatz des Waffenkrieges durch den Cyberkrieg, sondern eher an eine Modifikation in dem Sinne, dass Waffenkrieg und Cyberkrieg verknüpft werden. Selbst der alles vernichtende Krieg bliebe, wenn er um die Spezifik des Cyberwar ergänzt würde, in seinem Wesen unverändert. Weiter kommt hinzu, dass die Entwicklung materieller Waffen nicht abgeschlossen ist. Es gibt immer noch die mit dem Cyberwar konkurrierende Intention, neue Wirkprinzipien und Erfindungen in materielle Waffen umzusetzen.

Ernst Woit: Den Standpunkt teile ich. Was wir aber in der weiteren Arbeit vertiefen sollten ist die Frage, ob es nichtmaterielle Waffen gibt.

Wolfgang Scheler: Clausewitz hat darauf verwiesen, dass der politische Zweck, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, im gewissen Grade bereits im Frieden durch die bloße Fähigkeit zum Krieg erreicht werden kann. Allein die Tatsache, dass es diese gigantische Militärmaschine der USA gibt und sie eingesetzt werden könnte, erfüllt den Zweck von Machtausübung. Es ist also nicht irrational für die USA, auf militärische Macht zu setzen.

Horst Großmann: Die Naturkatastrophe in Japan hat die Atomkraft thematisiert. Was an der gegenwärtigen Diskussion verwundert ist die Tatsache, dass man sich über die Gefahren Gedanken macht, die von Unfällen in Atomkraftwerken ausgehen. Über die Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen, wo es also um die willentliche Vernichtung mittels Atomkraft in einer viel höheren Wahrscheinlichkeit geht, dreht sich die Debatte sonderbarer Weise nicht.

Wolfgang Scheler: Der Zeitpunkt wäre also günstig, das wieder ins Bewusstsein zu rücken und dafür die Erschütterung zu nutzen, die ein Umdenken über die Atomkraft ausgelöst hat. Es ist doch schizophren, die Gefahren, die aus einem Unfall herrühren, ernst zu nehmen und die Gefahren, die aus einem kalkulierten Einsatz entstehen, unter den Tisch fallen zu lassen

Ulrich Knappe: Jonathan Schell hat in einem Spiegel-Interview[12] gesagt, dass beides im Moment passiert. Über die Ablehnung der zivilen Nutzung der Kernenergie würde sich die Haltung auch gegen Atomwaffen richten.

Wolfgang Scheler: Das wage ich zu bezweifeln. Es wird sorgfältig vermieden, überhaupt auf diesen Punkt zu verweisen.

Teil III Geschichte des philosophischen Denkens über Krieg und Frieden in der DDR

Ulrich Knappe: Zum letzten Themenkomplex. Das Abfassen meiner Dissertationsschrift im Jahr 1990 stand unter einem hohen Zeitdruck. Ich sah die Gefahr, dass es mir nicht mehr gelingen könnte, diese Arbeit zu platzieren, und so nahm ich inhaltliche Abstriche in Kauf.
Deshalb jetzt die Frage: Sind die wesentlichen „Gedankenäste“ der Entwicklung des marxistischen philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden in der DDR erfasst? Was ich selbst als Defizit sehe und was von mir nur ansatzweise behandelt wurde, ist die Diskussion um die militärische Überlegenheit.

Wolfgang Scheler: Es war lange Zeit Konsens und Axiom in der Gesellschaftswissenschaft der DDR, dass der Frieden nur ein Produkt der Stärke des Sozialismus sein konnte. Imperialismus wurde mit Krieg und Sozialis-

12 Jonathan Schell; Atomwaffen, gefährliche Illusion, in: Der Spiegel, 28.03.2011, Interview von Philip Bethge und Gregor Peter Schmitz.

mus mit Frieden identifiziert, und der Frieden musste der anderen Seite aufgezwungen werden. Die militärische Überlegenheit war damit nur ein Teil der allgemein vorhandenen, gesetzmäßigen Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Horst Großmann: Und hier setzten unsere Zweifel an. Wenn wir ständig Überlegenheit produzierten, forderten wir dann nicht das Wettrüsten heraus? Neben dem Gedanken der Überlegenheit gab es auch noch den der Systemauseinandersetzung, der den Wettlauf um den Sieg der einen über die andere Gesellschaftsordnung beinhaltete. Aber dieser Wettlauf im Rüstungsbereich war fatal, er senkte die Schwelle zum heißen Krieg immer mehr. Was also aus unserer Sicht erstrebenswert sein konnte, um unserer Auffassung von Frieden näher zu kommen, war die Ausarbeitung der Position des militärischen Gleichgewichtes.

Wolfgang Scheler: Den Übergang auf die Position des militärischen Gleichgewichts – eine öffentliche Diskussion darüber gab es nicht – habe ich folgendermaßen in Erinnerung: In den 70er Jahren begannen die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die strategische Abrüstung. SALT I und SALT II waren die Ergebnisse. Im Zuge der Ausarbeitung dieser Verträge wurde die bis dahin verfochtene These der notwendigen militärischen Überlegenheit von der Sowjetunion gegen die des militärstrategischen Gleichgewichts ausgetauscht. War die These des Gleichgewichtes bis dahin als eine Erfindung des Klassenfeindes verworfen worden, mit der dieser die klassenmäßigen Ursachen von Krieg und Frieden kaschieren will, so wurde die klassenindifferente Gleichgewichtsthese jetzt plötzlich anerkannt und politisches Diktum.
General Wolkogonow, damals noch Chef der Politischen Hauptverwaltung (PHV) der Sowjetarmee, kam zu einem Vortrag an die Militärakademie in Dresden und verkündete die neue Doktrin der militärischen Parität. Es gab keine Herleitung, keine Begründung, warum das bis jetzt Gültige nicht mehr gültig sein sollte und man sogar die Position des Klassengegners einnahm. Die neue Doktrin wurde verkündet, und damit war die alte Doktrin abgesetzt. Also im Sinne „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ wurde einfach die neue Formel gebraucht und deutlich gemacht, dass man jetzt als Militärwissenschaftler von dieser Prämisse ausgehend theoretisch zu arbeiten habe.

Ulrich Knappe: Sarkastisch gesagt wurde also nicht nur der Sommer, sondern auch das Gleichgewicht befohlen.

Wolfgang Scheler: Ja, aber so einfach ging es auch nicht. Der plötzliche Kurswechsel der sowjetischen Seite wurde in der Politischen Hauptverwal-

tung (PHV) der Nationalen Volksarmee (NVA) nicht so schnell verstanden. Als ich beispielsweise in meinem Vortrag zum 30. Jahrestag der DDR auf die neue These des Gleichgewichtes einging, kritisierte ein Verantwortlicher der PHV das scharf als klassenindifferentes Herangehen. Bei mir aber hatte der Positionswechsel von der Überlegenheit zum Gleichgewicht wirklich ein Umdenken zur Folge. Wenn ich bisher den damals bestehenden Frieden aus dem sozialen Charakter der eigenen Gesellschaft abgeleitet und begründet hatte, dass die militärische Überlegenheit gut für den Frieden sei, so verließ ich mit der Theorie des Gleichgewichtes diese Position und erkannte jetzt an, dass aufgrund des atomaren Patts auch die andere Seite ein Interesse am Frieden hat. Das war tatsächlich klassenneutral. Da wir uns mit dieser Position der öffentlichen Diskussion stellten und mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen in Kontakt traten, auf ihre Fragen nach Antwort suchen mussten, stießen wir auf die Widersprüche in unserem Denken.
Das so genannte Neue Denken über Krieg und Frieden kam nicht nur aus der Sowjetunion, sondern aus verschiedenen Quellen, insbesondere aus deutschen Quellen, sogar grenzübergreifend. Entscheidend war, die Bedingungen des Atomzeitalters anzuerkennen und von da aus Krieg und Frieden neu zu definieren. Was uns an der Militärakademie aber vom Neuen Denken in der Sowjetunion unterscheidet, ist, dass es dort an die Stelle marxistischen Denkens gesetzt wurde, während wir uns darum bemühten, das Neue gerade mit der Marxschen Theorie und Methode historisch und logisch zu begründen. Wir taten es nicht, indem wir den Marxismus beiseite legten, sondern indem wir versuchten, marxistische Positionen an einem neuen Sachverhalt neu auszuarbeiten.

Ulrich Knappe: Gibt es weitere Momente, die in der Arbeit aus dem Jahr 1990 nicht enthalten sind oder zu kurz kamen?

Wolfgang Scheler: Aus meiner Sicht sind die wesentlichen Punkte erfasst, auch wenn die Wichtung manchmal anders sein könnte. Was mir aber deutlich zu kurz kommt, ist die Ausarbeitung des Friedensbegriffs und einer Theorie des Friedens.

Horst Großmann: Ich erinnere mich noch an die Verteidigung eurer B-Promotion (Hocke/Scheler: Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, 1977). Der sowjetische Teilnehmer würdigte die Weiterentwicklung des Friedensgedankens. Unsere Vorgesetzten allerdings, vor allem die Ideologen in der PHV, fanden das gar nicht gut, dass sich Militärs dem Frieden widmeten. Ihrer Auffassung nach sollte das Sache von zivilen Wissenschaftseinrichtungen sein. Es ging sogar so weit,

dass sie die Übersetzung der Stellungnahme, die der sowjetischen Kollege abgegeben hatte, in Zweifel zogen.

Ulrich Knappe: Bewahrenswert am marxistischen philosophischen Denken in der DDR finde ich die prinzipielle Wertschätzung und Ausarbeitung des Friedensgedankens. Das war auch der Anspruch dieser Armee und Lebenseinstellung vieler Soldaten, bis zum General. Man sah sich dem Friedensgedanken verbunden und es als seine Pflicht, für den Frieden einzustehen. Völlig unabhängig davon, dass das gleiche Motiv bei den Angehörigen der Bundeswehr vorhanden war und wechselseitig dieser ehrenhafte Anspruch der Gegenseite nicht wahrgenommen wurde.

Wolfgang Scheler: Teilweise stimmt das, aber trotzdem hat sich innerhalb des Berufssoldatentums da etwas ins Gegenteil verkehrt, und das nicht nur in der Bundeswehr. Im Zentrum der praktischen militärischen Tätigkeit und auch im Denken stand der Krieg, die Fähigkeit zur Kriegführung als Abschreckung eines imperialistischen Aggressors. Das wurde als einzig möglicher Beitrag unserer Streitkräfte zum Frieden angesehen. Mehr aber auch nicht. Der Frieden selbst wurde nicht als ein Tätigkeitsfeld des Militärs angesehen. Deshalb stießen wir auf Widerstand, wenn wir begründeten, dass die Wehrmotivation im Atomzeitalter nicht mehr aus einem Verteidigungskrieg abgeleitet werden kann, sondern nur noch aus dem überlebensnotwendigen Frieden. Für ein Umdenken gab es wenig Bereitschaft. Seitens der PHV der NVA wurde dem Umdenken sogar mit einer regelrechten Verhinderungsstrategie begegnet.
In Truppe und Stäben waren diese Positionen lebhaft umstritten, doch anstelle sie zum Beispiel im Höheren Akademischen Kurs vor leitenden Generalen und Offizieren an der Militärakademie zu klären, vermied man es, ein solches Thema ins Programm zu nehmen. Ein weiteres Beispiel ist das Buch „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“[13]. Seitens der PHV wurde jeder Anstoß erregende Satz dreimal gewendet, abgeschliffen und weichgespült, bis wir ihn durchbringen konnten. Da aber der Einband des Buches von uns nicht vorgelegt werden musste, gelangte Picasso und seine Friedenstaube auf das Cover. Als ich das Buch an der Akademie einem leitenden General überreichte, sah er auf die Picasso-Graphik und sagte: „Das fette Huhn, das ist nicht unser Symbol. Unser Symbol ist der Mann mit dem Gewehr.“

13 Autorenkollektiv (Leiter Wolfgang Scheler), Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin (Dietz Verlag) 1984.

Übrigens sei zur Ehre der PHV gesagt, dass sie, nachdem sie das Buch anfangs abgewertet hatte, es kurz darauf für wert befand, das Autorenkollektiv mit dem Friedrich-Engels-Preis des Ministers auszuzeichnen.

Ulrich Knappe: Ich habe die Armee mehr von unten als von oben erlebt. In meiner Umgebung wurden diese philosophischen Ausarbeitungen und die Hinwendung des Militärs zum Frieden als befreiend empfunden.

Wolfgang Scheler: Die Ausarbeitung des Friedensbegriffs war übrigens nur möglich, indem wir uns auch hier originärem marxistischem Denken zuwandten. Die entscheidende Erkenntnis war die, den Frieden ebenso wie den Krieg als eine Form der Politik zu fassen. Die Clausewitzschen Gedanken zum Krieg übertrugen wir heuristisch auf den Frieden. Krieg und Frieden arbeiteten wir als komplementäre Formen von Politik aus. Das Ergebnis war eine Theorie des Friedens, die es bis dahin im marxistischen philosophischen Denken noch nicht gegeben hatte.
Zu dieser Theorie des Friedens zählte auch die Ausarbeitung des Begriffs der friedlichen Koexistenz als eine konkrete Form des Friedens und als die wichtigste Form des Friedens in unserer Zeit. Mit der Ausarbeitung dieser Bestimmungen brachen wir mit dem Postulat, die friedliche Koexistenz sei eine Form des Klassenkampfes zur Überwindung des gegnerischen Gesellschaftssystems, und gelangten zu der allgemein menschlichen Perspektive eines Verständigungsfriedens auf Grundlage der Gleichberechtigung der Systeme. Hier trafen wir uns mit der Theorie der gemeinsamen Sicherheit.
Diese Auffassungen wurden von der PHV der NVA aufs schärfste zurückgewiesen, und das Politorgan der Militärakademie wurde beauftragt, mich wieder auf Klassenposition zu bringen. Dazu rief man die „hellen Köpfe“ der Sektion zusammen, um eine Front gegen diese Häresie aufzubauen, was vor allem deswegen misslang, weil Horst Großmann ausscherte und sich auf meine Position stellte.
Den größten Kampf hatte man aber eigentlich mit sich selber zu führen. So ging es mir bei Christa Wolfs Buch „Kassandra“[14]. Nach dem ersten Lesen war ich empört und fragte auf einer Veranstaltung von Kulturfunktionären, wie sie das Erscheinen eines solchen Buches durchgehen lassen konnten. Wenig später fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Christa Wolf hatte recht, nicht nur partiell, den unbewaffneten Frieden betreffend, sondern grundlegend. Und so haben wir uns selbst bewegt, weg von den alten, überholten oder schon immer falschen Positionen, hin zu einer den Bedingungen der Zeit gemäßen Auffassung.

14 Christa Wolf, Kassandra, Berlin / Weimar (Aufbau-Verlag) 1983.

Ulrich Knappe: Die Erfahrung mit Christa Wolfs „Kassandra“ teile ich mit dir. Ein Soldat hatte mir das Buch empfohlen. Das erste Lesen empfand ich als Affront. Das zweite Lesen brachte die Erkenntnis.

Wolfgang Scheler: Die Ausarbeitung unserer Positionen zu Krieg und Frieden hatte aber auch Widerstände innerhalb des Lehrstuhls zu überwinden. Natürlich reiften neue Einsichten nicht bei allen zugleich. Zudem waren wir ständig Gegenstand der Kritik, die nicht wissenschaftlich argumentativ, sondern ideologisch disziplinierend vorgebracht wurde. Der eine oder andere sah sich in diesem Spannungsfeld einem Druck ausgesetzt, dem man doch lieber ausgewichen wäre. Die Erarbeitung neuer Positionen zu Krieg und Frieden im Lehrstuhl war somit nicht nur Sache wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern auch Sache der Selbstüberwindung und des Kampfes gegen eigene Vorurteile und das ganz normale Harmoniebedürfnis. Zu diesen inneren Widerständen gesellten sich die äußeren. Von der PHV wurde jeder Einbruch in die alten dogmatischen Lehrsätze zunächst erbittert bekämpft. War eine Erkenntnis durchgesetzt, so erhoben sich die Wogen der Empörung gegen den Bruch mit der nächsten Bastion alten Denkens.

Ulrich Knappe: Umso höher ist es zu werten, dass diese Entwicklung des marxistischen philosophischen Denkens zu Krieg und Frieden stattfand. Die eben gezeigten Umstände kennzeichnen die 80er Jahre, also eine Zeit scheinbar fest gefügter politischer und ideologischer Verhältnisse in der DDR.

Wolfgang Scheler: Diese äußeren Widerstände, die vor allem aus der PHV der NVA, aus dem Hauptstab und aus dem Kommando der Landstreitkräfte kamen, kann man aber auch nicht verteufeln. Dahinter stand das Verantwortungsgefühl für die Wehrmoral und Gefechtsbereitschaft unserer Armee, und diese wurden noch im herkömmlichen Sinne an militärische Grundsätze gebunden. Denn unsere neuen philosophischen Positionen zu Krieg und Frieden bargen den Sprengstoff, ein tradiertes Feindbild aufzubrechen, und waren im Denken dieser Führungskräfte somit gefährlich, nämlich klassenindifferent und pazifistisch.

Wir hatten in diesem Ringen zwei Vorteile. Zum einen traten Militärwissenschaftler an unsere Seite. An erster Stelle Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann als Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, aber auch die Oberste Dr. Eberhard Jakob, Dr. Klaus Kulisch, Prof. Dr. Eberhard Arnold u. a. Zum anderen wurde unser Herangehen von einflussreichen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für marxistisch-leninistische Philosophie und des Wissenschaftlichen Rates für Friedens-

forschung an der Akademie der Wissenschaften akzeptiert und gefördert. Das machte in einem derart obrigkeitshörigen System Eindruck und war als Symbol für Freiraum nicht zu unterschätzen. Am Ende sind unsere Arbeiten über Krieg und Frieden sogar mit dem Nationalpreis dritter Klasse ausgezeichnet worden, und den muss letztlich auch die PHV befürwortet haben.

Ulrich Knappe: Das eben Gesagte möchte ich in Hinblick auf die aktuelle Diskussion um die DDR-Philosophie (Anfänge, Denkversuche, Ausgänge) und den von Norbert Kapferer geprägten Begriff des „Kaderphilosophen" aufgreifen.[15] Man kann die Entwicklung des Denkens weder von Ernst Bloch, noch von Georg Lukacs, Wolfgang Heise, Georg Klaus, Rudolf Bahro, Robert Havemann und Wolfgang Harich, allesamt keine Kaderphilosophen, verstehen, wenn man nicht auch ihre dogmatischen Phasen berücksichtigt.
Auch das Entstehen neuen Denkens über Krieg und Frieden in der DDR-Philosophie kann man in seinem Zustandekommen nicht mit diesem einfachen Denkmuster erklären. Der Begriff des Kaderphilosophen verleitet dazu, die interpersonellen Auseinandersetzungen über die intrapersonellen zu setzen. Er verleitet darüber hinaus dazu, marxistischen Philosophen die Entwicklungsfähigkeit abzusprechen, sie als festgelegt eindimensional darzustellen und nicht die widersprüchliche Entfaltung ihres Denkens zu begreifen.
In diesem Sinne schließt sich der Bogen zu der eingangs aufgeworfenen Frage, was war marxistisches philosophisches Denken.

Ich danke allen für die anregende Diskussion.

15 Norbert Kapferer, Das Feinbild der marxistisch - leninistischen Philosophie der DDR (1945 - 1988), Darmstadt, 1990.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. *(DSS)*

Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

Heft 92: **Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation,** Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß, Dresden 2008, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 93: **Atomwaffen und Menschheitszukunft**
13. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 15. November 2008
Beiträge: Volker Bialas, Ernst Woit, Horst-Dieter Struening, Wolfgang Scheler, Detlev Bald
Dresden 2009, 54 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 94: **Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft**
17. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2009
Beiträge: Gerda Krause, Peter Strutynski, Erhard Crome, Manfred Sauer, Horst Schneider, Horst Semmelmann, Detlev Bald; Dresden 2009, 70 Seiten; 4,00 Euro.

Heft 95: **Militärakademie Friedrich Engels. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung**
Beiträge zum Kolloquium am 10. Januar 2009 im Rathaus Dresden
Dresden 2009, 310 Seiten; 10,00 Euro.

Heft 96: **Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020**
Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß; Dresden 2009, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 97: **Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden**
14. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 21. November 2009
Beiträge: Dieter Klein, Horst-Dieter Struening, Siegfried Schönherr, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Endre Kiss; Dresden 2010, 80 Seiten; 4,00 Euro.

Heft 98: **Frieden schaffen ohne Waffen!**
18. Dresdner Friedenssymposium am 20. Februar 2010
Beiträge: Gerda Krause, Inge Höger, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Siegfried Rumbaum
Dresden 2010, 36 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 99: **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 100: **Für Entmilitarisierung der Sicherheit.**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.

Heft 101: **Multipolare Sicherheit statt Pax americana.**
15. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 20. November 2010
Beiträge: Ernst Woit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro.

Heft 102: **Brennpunkt Afghanistan.**
Beitrage von Hermann Hagena und Arne C. Seifert
Dresden 2011; 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und –karten; 5,00 Euro

Heft 103: **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze**. Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst Liebig und Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten; 5,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. *(DSS)* informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.
http://www.sicherheitspolitik-DSS.de